

BezirksvorsteherInnen in Wien

Diskussionspapier Nr. 99-R-03

Hubert Sickinger*)

Juli 2003

ISBN: 3-900962-46-4



Institut für Wirtschaft, Politik und Recht
Universität für Bodenkultur Wien

DISKUS
SIONS
PAPIER

Die WPR-Diskussionspapiere sind ein Publikationsorgan des Instituts für Wirtschaft, Politik und Recht der Universität für Bodenkultur Wien. Der Inhalt der Diskussionspapiere unterliegt keinem Begutachtungsvorgang, weshalb allein die Autoren und nicht das Institut für WPR dafür verantwortlich zeichnen. Anregungen und Kritik seitens der Leser dieser Reihe sind ausdrücklich erwünscht.

Kennungen der WPR-Diskussionspapiere: W - Wirtschaft, P - Politik, R - Recht

WPR Discussionpapers are edited by the Department of Economics, Politics, and Law at the Universität für Bodenkultur Wien. The responsibility for the content lies solely with the author(s). Comments and critique by readers of this series are welcome.

The acronyms stand for: W - economics, P - politics, R - law

*) **Korrespondenz:**
DDr. Hubert Sickinger
Institut für Konfliktforschung
Lisztstraße 3
A-1030 Wien
e-mail: hubert.sickinger@ikf.ac.at

Bestelladresse:

Institut für Wirtschaft, Politik und Recht
Universität für Bodenkultur Wien
Gregor Mendel-Str. 33
A - 1180 Wien
Tel: +43/1/47 654 - 3660
Fax: +43/1/47 654 - 3692
e-mail: h365t5@edv1.boku.ac.at
Internetadresse:

<http://www.boku.ac.at/wpr/>

Inhalt

1. Fragestellungen und Methodik	3
Aufbau der Arbeit	6
2. Die BezirksvorsteherInnen als politische Elite: politische Karrieren und beruflicher Hintergrund	7
2.1 Die innerparteiliche Verankerung der BV	7
a) Die innerparteilichen Positionen der SPÖ-BV	7
b) Die innerparteilichen Positionen der ÖVP-BV	8
c) Der Sonderfall der Grünen	9
2.2 Die politischen Laufbahnen der BV	9
a) Die politischen Laufbahnen der SPÖ-BV	9
Schrittweiser Aufstieg in der Partei- bzw. Ämterhierarchie	10
Der Weg über den Gemeinderat	12
Bezirkskarrieren	13
b) Die politischen Laufbahnen der ÖVP-BV	13
c) Der grüne BV	15
2.3 Amtsdauer, Alter und Geschlecht der BV	15
2.4 Ausbildung und früher ausgeübte Berufe der BV	18
3. Das Amtsverständnis und Rollenprofil der BV: Die BezirksbürgermeisterInnen ohne formale Kompetenz	20
3.1 Vorbemerkungen: Die Prägung des Amtes durch die formale Aufgabenstruktur	20
3.2 Das Rollenbild der BV als bürgernahe LokalpolitikerInnen	21
Die Bürgernähe des Amtes	21
Ansprechpartner für alle	22
BezirksbürgermeisterInnen mit Gestaltungsmöglichkeiten trotz mangelnder Kompetenzen...	23
...oder auch: die „HausmeisterInnen“ des Bezirks	24
3.3 BV als ManagerInnen und MediatorInnen	24
BV als RegionalmanagerInnen	24
BV als MediatorInnen	27
3.4 BV als Anlaufstelle für Interventionswünsche	27
a) Wünsche um Interventionen in Wohnungsangelegenheiten und Hilfe bei der Jobsuche	28
b) Vorsprachen von Gewerbetreibenden, in Bauangelegenheiten usw.	32
3.5 BV als „Repräsentativorgane“	33
3.6 BV-Tätigkeit als zeitaufwändiger Hauptberuf	34
3.7 BV als besonders stark lokal verwurzelte PolitikerInnen	37
3.8 BV als KonsenspolitikerInnen	38
3.9 Zwischenbilanz	39

4. Das personelle/parteipolitische/institutionelle Umfeld: Die Praxis der Bezirksautonomie	41
4.1 Die übrigen BezirkspolitikerInnen	41
a) Die BezirksrätInnen	41
b) Der Zeitaufwand der BR für die Bezirkspolitik	44
c) Die BV-StV der Mehrheitspartei und die übrigen „höheren“ BezirkspolitikerInnen	45
4.2 Die landesweite Koordinierung der Arbeit der Bezirksparteien: die fraktionellen BV-Klubs; bezirksübergreifende Informationsnetzwerke	46
4.3 Bestimmungsfaktoren für die Beziehungen der Parteien in den Bezirken	48
a) Die Stärkeverhältnisse der Parteien im Bezirk	48
b) Politische Wettbewerbsintensität, ideologische Nähe/Distanz und persönliche Faktoren als Erklärungen für das Verhältnis der Parteien im jeweiligen Bezirk	50
c) Empirische Indikatoren zum tatsächlichen Konflikt - bzw. Konsensverhalten in der Bezirkspolitik	53
4.4 Die Arbeit in den Bezirksinstitutionen	56
a) Die Arbeit in den Bezirksvertretungen	56
BV als Vorsitzende der Bezirksvertretung	61
b) Ausschüsse und Kommissionen	65
Die drei Ausschüsse	65
Kommissionen	66
Besetzung der Vorsitzendenfunktionen	68
Die Entwicklung zum „kommunalen System im Kleinen“	69
4.5 Beziehungen zur Stadt und die Einschätzung des Status Quo der Bezirksautonomie	71
a) Kontakte zu BeamtInnen und StadträtInnen	71
b) Einschätzungen der BV zum Status Quo der Bezirksautonomie	73
4.6 Schlussbemerkung	76
Literatur	78

Tabellen:

Tabelle 1: InterviewpartnerInnen und Interviewtermine	4
Tabelle 2: Beruf und politische Karriere der SPÖ-BV	10
Tabelle 3: Beruf und politische Karriere der ÖVP-BV	14
Tabelle 4: Die Amtsdauer der BV	16
Tabelle 5: Alter zum erstmaligen Amtsantritt und aktuelles Alter der BV	16
Tabelle 6: Ergebnisse der Bezirksvertretungswahl 2001 in Prozenten	49
Tabelle 7: Ergebnisse der Bezirksvertretungswahl 2001 in Mandaten	50
Tabelle 8: Indikatoren für das Verhältnis der Parteien im Bezirk	55
Tabelle 9: Bezirksvertretungssitzungen	57
Tabelle 10: BV als Vorsitzende der Bezirksvertretung	63

1. Fragestellungen und Methodik

Der hier vorgelegte Bericht bildet den zweiten Teil eines vom Verfasser am Institut für Konfliktforschung (Wien) bearbeiteten mittlerweile dreiteiligen Projektzyklus zur Wiener Bezirkspolitik:

Den – abgeschlossenen – ersten Teil bildet ein 1999/2000 unter der Leitung von Univ.Prof. Dr. Anton Pelinka durchgeführtes, von der Gemeinde Wien unterstütztes Forschungsprojekt über die Politik im 1. Bezirk, das 2002 in aktualisierter Fassung veröffentlicht wurde (Institut für Konfliktforschung 2000; Sickinger 2002). In dieser Fallstudie wurde eine begleitende Beobachtung des Arbeitsalltags des Bezirksvorstehers (und damit zentraler Ausschnitte der Bezirkspolitik ganz allgemein) mit Tiefeninterviews mit anderen BezirksfunktionärInnen sowie der Auswertung vorhandener Literatur und einschlägiger Medienberichterstattung kombiniert. Dabei wurde getrachtet, für die Bezirkspolitik in Wien typische Gesetzmäßigkeiten herauszuarbeiten, trotzdem aber die Spezifika und gewissermaßen das „Lokalkolorit“ gerade der Wiener „City“ nicht zu kurz kommen zu lassen. Als Ergebnis wurde eine Studie vorgelegt, die einerseits struktur- und andererseits prozessbezogene Darstellungen liefert: Schwerpunktmäßig werden die *politischen Strukturen des Bezirks*, also die *Institutionen der gewählten Bezirksebene* und das *lokale Parteiensystem* beschrieben. Andererseits wird in Fallstudienform auch die konkrete *Einbindung des 1. Bezirks in lokalpolitische Entscheidungsabläufe* (im Sinne einer dezentralisierten Beteiligung an Verwaltungsentscheidungen) herausgearbeitet.

Das hier dokumentierte Forschungsprojekt, das von der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien unterstützt wurde, baut auf dieser Vorläuferstudie auf und versucht, einige ihrer zentralen Ergebnisse anhand aller 23 Bezirke zu überprüfen, vertiefen und korrigieren. Im Zentrum des Interesses stehen dabei die *amtierenden BezirksvorsteherInnen* (in der Folge abgekürzt: BV), insbesondere in ihrer Rolle als Teil der Wiener kommunalpolitischen Elite, hinsichtlich ihres Amtsverständnisses und ihres Zusammenwirkens mit den übrigen PolitikerInnen auf Bezirksebene.

Den Kern dieses Forschungsprojekts bilden Interviews mit allen amtierenden BV zu folgenden Themen:

- *Politische Karrieren und die aktuelle innerparteiliche Stellung der BV*, also die in der vorangegangenen politischen Karriere und aktuell zum Erhebungszeitpunkt bekleideten Ämter sowie ihr beruflicher Hintergrund.
- *Politikstile und Amtsverständnis* der BV.
- *Konkordanz versus Konkurrenz* der Parteien im Rahmen der Bezirksvertretungen und Bezirksvorstehungen (Verhältnis der Parteien zueinander) in der Einschätzung der BV.
- Die „Verfassungswirklichkeit“ der wichtigsten Bezirksorgane: Welche Bedeutung haben Ausschüsse/Kommissionen in den einzelnen Bezirken, und wie weit korreliert dies mit den Beziehungen der Parteien zueinander (eher konflikt- oder eher konsensorientiert)?

- Erhebung, auf welchen Wegen (*formellen und informellen Zugängen*) die führenden BezirkspolitikerInnen *Einfluss auf Entscheidungen der Gemeinde* ausüben können.
- Vorstellungen/Wünsche der BV in Hinblick auf mögliche Reformen der Bezirksautonomie.

Diese Interviews wurden im Zeitraum Jänner bis Anfang April 2003 durchgeführt; die folgende Tabelle listet die InterviewpartnerInnen und –termine auf. Die Interviews werden im Folgenden kurz mit BV und der Nummer des Bezirks zitiert.

Tabelle 1: InterviewpartnerInnen und Interviewtermine

Bezirk	Amtsinhaber	Partei	Datum
1., Innere Stadt	KR Franz Grundwalt	ÖVP	7.03.2003
2., Leopoldstadt	Gerhard Kubik	SPÖ	5.02.2003
3., Landstraße	Erich Hohenberger	SPÖ	6.02.2003
4., Wieden	Susanne Reichard	ÖVP	24.01.2003
5., Margareten	Ing. Kurt Ph. Wimmer	SPÖ	18.02.2003
6., Mariahilf	Renate Kaufmann	SPÖ	10.02.2003
7., Neubau	Mag. Thomas Blimlinger	Grüne	31.01.2003
8., Josefstadt	Margit Kostal	ÖVP	30.01.2003
9., Alsergrund	Hans Benke	SPÖ	7.02.2003
10., Favoriten	Hermine Mospointner	SPÖ	12.02.2003
11., Simmering	Otmar Brix	SPÖ	26.02.2003
12., Meidling	Gabriele Votava	SPÖ	9.04.2003
13., Hietzing	DI Heinrich Gerstbach	ÖVP	6.03.2003
14., Penzing	Andrea Kalchbrenner	SPÖ	3.03.2003
15., Rudolfsheim-Fünfhaus	Ing. Rolf Huber	SPÖ	17.02.2003
16., Ottakring	Ernestine Graßberger	SPÖ	27.03.2003
17., Hernals	Dr. Ilse Pfeffer	SPÖ	13.02.2003
18., Währing	Karl Homole	ÖVP	22.01.2003
19., Döbling	Adolf Tiller	ÖVP	3.02.2003
20., Brigittenau	Karl Lacina	SPÖ	23.01.2003
21., Floridsdorf	Ing. Heinz Lehner	SPÖ	26.03.2003
22., Donaustadt	Franz-Karl Effenberg	SPÖ	4.03.2003
23., Liesing	Manfred Wurm	SPÖ	19.02.2003

Die Interviews wurden mit Hilfe eines *losen Interviewleitfadens* anhand der oben angegebenen Fragestellungen durchgeführt. Zur Erhebung quantifizierbarer und direkt vergleichbarer Daten (insbesondere zur politischen Biografie, auch zur Arbeit der Bezirksvertretungen) wurden einige Fragen immer wiederkehrend und geschlossen gestellt. Sofern möglich, wurden die Angaben etwa über Rauchenberger 1994 sowie das Internet-Angebot des Wiener

Stadtmagistrats nachgeprüft und korrigiert.¹ Insgesamt wurde aber eher das Ziel verfolgt, die PolitikerInnen selbst „zu Wort kommen zu lassen“. Das soll auch in diesem Bericht insofern zum Ausdruck kommen, als zu einer Reihe von Punkten auch Auszüge aus den Interviews zur Illustration verwendet werden (derartige Interviewpassagen wurden manchmal stilistisch bzw. grammatikalisch leicht redigiert, wobei selbstverständlich sehr darauf geachtet wurde, die Originalaussage dadurch nicht zu verfälschen).

Die *Beschränkung dieser Arbeit auf die Perspektive der BV* hat forschungsökonomische Gründe: BV sind die Schlüsselpersonen der Wiener Bezirksautonomie, sie haben daher von allen BezirkspolitikerInnen mit Abstand den tiefsten Einblick in parteipolitische und administrative Prozesse in diesem Bereich. Die Konzentration auf Interviewaussagen limitiert andererseits die thematische Reichweite der Studie: Die Perspektive der jeweiligen Minderheitsparteien bleibt dadurch unterbelichtet, und von den in Wien relevanten Parteien stellt z.B. die zweitstärkste FPÖ keinen einzigen BV. Dies ist der Grund dafür, dass in *dieser Arbeit* eben die Rolle der BV im Vordergrund steht und die Beschreibung der Arbeit in den Bezirksorganen (Kapitel 4) hier v.a. auf den Gesichtspunkt zugespitzt wird, gewissermaßen das personelle/parteipolitische/institutionelle Umfeld der BV darzustellen.

Die Interviews wurden allerdings – über die hier vorgenommenen Auswertungen hinausgehend – auch mit der Absicht durchgeführt, Material für eine für eine thematisch umfassendere Studie zu sammeln, die den abschließenden *dritten Teil der angesprochenen Trilogie* bilden wird. In dieser Studie, die zwischen Herbst 2003 und Herbst 2004 durchgeführt werden wird (Projektleiter: Univ.Prof. Dr. Manfred Welan, Finanzierung: Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank),² werden erstens die Beschreibungen der politischen Praxis in den Bezirksorganen ausführlicher systematisch vergleichend ausgewertet werden. Weiters wird der Bereich der auf Bezirksebene relevanten *Politikinhalt*e systematisch dargestellt werden. Vor allem aber werden diese Fragestellungen durch eine Untersuchung der Politik in vier ausgewählten (für unterschiedliche politische Mehrheitsverhältnisse und Problemstrukturen typischen) Bezirken noch einmal stark vertieft werden, wobei auch die Perspektiven aller anderen Gruppen von BezirkspolitikerInnen (BV-StellvertreterInnen, Klubvorsitzende, einfache BezirksrätInnen) aller Parteien systematisch berücksichtigt werden sollen; die bereits durchgeführte Interviewserie diene auch zur Identifikation geeigneter Bezirke für diese Folgestudie.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei meinen InterviewpartnerInnen bedanken, die ihre Zeit – die Interviews dauerten zwischen einer dreiviertel und drei Stunden, zumeist zwischen einer und eineinhalb Stunden – für dieses Forschungsprojekt geopfert haben. Mein Dank gilt weiters der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien für ihre finanzielle Unterstützung sowie Herrn Univ.Prof. Dr. Manfred Welan für die Möglichkeit, diesen Bericht über

¹ Insbesondere: <http://www.magwien.gv.at/ma53/stpoliti/bv.htm> als Startseite zu den Bezirksvertretungen, Ausschüssen und Kommissionen, sowie die Online-Datensammlung über Wiener PolitikerInnen des Wiener Stadtarchivs: <http://www.wien.gv.at/ma08/politiker/bezirk.htm>

² Zum Zeitpunkt der Durchführung der Interviews war dieses Projekt zwar bereits eingereicht, seine Genehmigung war aber noch ungesichert (sie erfolgte erst Anfang Juli 2003).

die Schriftenreihe des Instituts für Wirtschaft, Politik und Recht den hier untersuchten BezirkspolitikerInnen selbst und darüber hinaus auch einem potentiell breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Aufbau der Arbeit

Die BV sind, wie bereits angesprochen, für diese Arbeit insbesondere unter zwei Gesichtspunkten von Interesse: Als Teil der österreichischen/Wiener Partieliten (also als hochrangige PolitikerInnen) und als InhaberInnen eines spezifischen kommunalpolitischen Amtes.

Die erstgenannte Ebene betrifft Fragen ihrer typischen politischen Karrieremuster, ihrer aktuellen innerparteilichen Stellung (Ämter in der Bezirks- und Landespartei) und vorangegangenen beruflichen Laufbahn. Diese Fragestellungen werden in Kapitel 2 behandelt.

Die zweite Ebene betrifft das spezifische *Amtsverständnis als BezirkspolitikerInnen* und die Frage, wie weit dieses *durch die Möglichkeiten dieses sehr spezifischen Amtes geprägt* ist. Weiters wird hier dem *tatsächlichen Tätigkeitsprofil* der BV nachgegangen. Dies ist die Fragestellung des Kapitels 3.

Das 4. Kapitel geht dann der Frage nach, wie sich dieses *Amtsverständnis in der politischen Praxis der Bezirksorgane auswirkt*. Hier werden einige grundlegende Fragen der innerparteilichen Funktionen und bezirksbezogenen Tätigkeiten der BezirksrätInnen (BR) und weiteren BezirkspolitikerInnen bzw. ihres Zusammenwirkens mit den BV behandelt sowie der Frage nachgegangen, wie konsens- oder konfliktorientiert sich das Verhältnis der Parteien auf Bezirksebene darstellt. Dabei wird deutlich, dass sich die Arbeitsbelastung der BezirkspolitikerInnen durch die beiden Dezentralisierungsschübe 1987 und – vor allem – 1997 deutlich erhöht hat und sich seither auf Bezirksebene zunehmend elaboriertere Spielregeln der zwischenparteilichen Kooperation und Konkurrenz bzw. in einem Teil der Bezirke auch ein zunehmend bedeutsames „Ausschusssystem“ (samt einer unterschiedlich hohen Zahl an Kommissionen) etabliert hat. Einschätzungen von BV zu ihrem Verhältnis zum Wiener politisch-administrativen System sowie daraus ableitbare Reformwünsche der Bezirksautonomie beschließen die Arbeit.

2. Die BezirksvorsteherInnen als politische Elite: politische Karrieren und beruflicher Hintergrund

2.1 Die innerparteiliche Verankerung der BV

BV sind durchwegs einflussreiche Mitglieder in ihren Bezirksparteiorganisationen: Dieses Amt wird innerhalb der Wiener PolitikerInnenhierarchie höher als das von (einfachen) GemeinderätInnen oder Nationalratsabgeordneten eingeschätzt (Sickinger 2002, 24 f.). Hierarchisch höher angesiedelt sind hingegen Mitglieder der Bundesregierung, amtsführende StadträtInnen, Klubobleute auf Gemeinde-/Bundesebene u.ä.. Nicht-amtsführende Stadträte bei Oppositionsparteien (ÖVP, Grüne) dürften im Status in etwa vergleichbar hoch angesiedelt sein (verfügen aber über weniger reale Gestaltungsmöglichkeiten als die BV).

Im österreichischen politischen System liegt die Basis für eine langfristig stabile politische Eliteposition auf Bundes- und Landesebene (letztere ist in Wien auf innerparteilicher Ebene ident mit der Gemeindeebene) vor allem in der prominenten Verankerung auch auf regionaler Ebene: In der SPÖ ist dies insbesondere die Ebene der Bezirkspartei, in der ÖVP aufgrund der stärker ausdifferenzierten Parteistruktur auch die Ebene der Landespartei bzw. der bündischen Teilorganisationen ÖAAB, Wirtschaftsbund und Bauernbund (ebenfalls auf Landesebene), von denen in Wien allerdings im Wesentlichen nur ÖAAB (als die mit Ausnahme der Inneren Stadt mit Abstand mitgliederstärkere Organisation) und Wirtschaftsbund eine zentrale Rolle spielen (der ebenfalls teilweise sehr mitgliederstarke Seniorenbund kommt als Machtbasis für *aktive* öffentliche MandatarInnen kaum in Frage, Funktionärinnen der Frauenbewegung sind üblicherweise zugleich in einem „Bund“ verankert). Daher liegt die Vermutung nahe, dass der bzw. die höchstrangige bzw. einflussreichste im Bezirk verankerte PolitikerIn zugleich Bezirksparteivorsitzende/r bzw. -obmann³ ist (eine Ausnahme bilden die Landes- oder Bundesparteiobleute, die üblicherweise nicht zugleich auch Vorsitzende „ihrer“ Bezirkspartei sind). Nur bei den Grünen gibt es diese Funktion eines Bezirksvorsitzenden (-sprechers) nicht.

Bei SPÖ und ÖVP ist daher die innerparteiliche Funktion der BV zweifellos ein Indikator, wer der „starke Mann“ bzw. die „starke Frau“ in der Bezirkspartei ist. Die Auswertung ergibt, dass sieben der 22 von diesen beiden Parteien gestellten BV (also 32%, ca. jede/r dritte) zugleich Vorsitzende der Bezirkspartei sind (vgl. dazu auch unten die Tabellen 2 und 3 in Kapitel 2.2).

a) Die innerparteilichen Positionen der SPÖ-BV

Bei der SPÖ sind *fünf von 16 BV Vorsitzende ihrer Bezirkspartei*. Die übrigen BV sind kraft ihres Amtes allerdings jeweils *stellvertretende* Bezirksparteivorsitzende. Weiters sind alle BV – und ebenso die sozialdemokratischen Bezirksvorsteher-StellvertreterInnen (im Folgenden

³ In der SPÖ wird heute die geschlechtsneutrale Form „Vorsitzende“ bzw. „Vorsitzender“, bei der ÖVP die Bezeichnung Obmann bzw. Obfrau verwendet.

abgekürzt: BV-StV) Mitglieder im *Rathausklub*, und ihre Rolle ist dort auch durchaus wichtig, wie anhand der Zusammensetzung des *Klubpräsidiums* abgelesen werden kann: Von den derzeit neun Präsidiumsmitgliedern des Rathausklubs sind neben dem Klubobmann, dem SPÖ-Landesgeschäftsführer, dem Klubsekretär (alle zugleich Gemeinderäte), dem 1. Vorsitzenden des Gemeinderats, der zweiten Vorsitzenden des Landtages und einer weiteren Gemeinderätin auch die BV des 20. (zugleich Vorsitzender des Bezirksvorsteherklubs) und des 10. Bezirks sowie der Verbandssekretär des Verband der sozialdemokratischen Gemeinde- und BezirksvertreterInnen, der BV-StV des 9. Bezirks, vertreten.

In den 11 Bezirken, in denen nicht die BV die Funktion des Bezirksparteivorsitzenden einnehmen, liegt diese Position in fünf Fällen (2., 5., 11., 12., 23.) bei (ehemaligen) StadträtInnen (darunter dem heutigen Vorsitzenden des Gemeinderats und dem SPÖ-Fraktionsleiter im Europäischen Parlament), je einmal beim Klubobmann des Rathaus- (16.) und des Nationalratsklubs (17.), dreimal bei Nationalratsabgeordneten (9., 10. und 21.) und einmal (14.) bei einem Gemeinderat. Bei den Nationalräten wurde dieses Amt in einem Fall (9.) an einen damaligen Bundesminister (Caspar Einem) vergeben. In den beiden anderen Fällen, wo – langjährige und eher prominente (keine „Hinterbänkler“) – Nationalräte diese Position innehaben, handelt es sich um Bezirksorganisationen mit einer größeren Zahl von höheren FunktionsträgerInnen (10.: National- und Gemeinderäte, im 21. auch amtsführende StadträtInnen und der Landespartei sekretär).

Wenn berücksichtigt wird, dass das BV-Amt im allgemeinen als *Endpunkt einer politischen Karriere* eingeschätzt wird (siehe weiter unten), dürfte sich das eingangs vermutete Muster im allgemeinen bestätigen: Im allgemeinen wird das Amt des/der Parteivorsitzenden – wenn auch gegebenenfalls mit Zeitverzögerung – von der innerparteilich am einflussreichsten eingestufteten Person übernommen: Dies können anstelle der BV im Einzelnen eben StadträtInnen bzw. MinisterInnen, Klubobleute in Gemeinderat/Nationalrat, aber auch als „ministrabel“ geltende GemeinderätInnen bzw. Nationalratsabgeordnete sein. In Einzelfällen kann dieses Amt natürlich auch bei einem Amtsträger bleiben, weil ansonsten *mehrere* solche AnwärterInnen mit gleichrangigem „Anspruch“ in Frage kommen würden.

Als Fazit kann für die SPÖ jedenfalls festgehalten werden, dass innerhalb der SPÖ die BV jedenfalls tatsächlich zum engsten Kreis einflussreicher PolitikerInnen innerhalb der Bezirksparteiorganisationen zählen.

b) Die innerparteilichen Positionen der ÖVP-BV

Bei der ÖVP sieht die Situation differenziert aus: Zwei der sechs BV sind zugleich auch Bezirksparteiobleute (8., 19.), der BV des 13. ist stellvertretender Bezirksparteiobmann, die BV des 1., 4. und 18. Bezirks sind hingegen *nicht* stellvertretende Bezirksparteiobleute (der Vorsteher des 1. ist nicht einmal Mitglied des Bezirksparteivorstandes). Offensichtlich sind die Amtsinhaber, die gerade auch den ÖVP-BV das Image von (auch gegenüber der eigenen Landespartei) eigenwilligen „Bezirkskaisern“ eingetragen haben, mit der markanten Ausnahme des bereits fast ein Vierteljahrhundert amtierenden BV des 19. Bezirks mittlerweile aus ihren Ämtern geschieden.

Zu beachten ist, dass der *Stellenwert der Position eines BV in der Wiener ÖVP von derjenigen in der SPÖ abweicht*: Während ambitionierten SPÖ-FunktionärInnen innerhalb des Wiener *kommunalpolitischen* Systems auch deutlich höhere exekutive Positionen (insbesondere die von amtsführenden StadträtInnen) offen stehen, ist die BV-Position für die Wiener ÖVP innerhalb der Wiener Kommunalpolitik die *einzig*e zur Verfügung stehende hochrangige *exekutive* (mit tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten verbundene) Funktion. Das könnte an sich nahe legen, dass ein höherer Anteil zugleich Obmann/Obfrau der Bezirkspartei sein sollte, allerdings wirken die Spezifika gerade dieses Amtes zugleich in die gegenteilige Richtung: Gerade das typische Rollenprofil von BV (dazu Kapitel 3) könnte ein Grund sein, dass einige BV die *Übernahme wichtiger Positionen innerhalb des Parteiapparats sogar bewusst vermieden* haben. Einige BV (1., 13., 19.) betonten nämlich stark ihr gutes Verhältnis zum Magistrat bzw. auch zu sozialdemokratischen StadträtInnen sowie ihr *überparteiliches Rollenbild*; der BV des 13. betonte im Interview zudem ausdrücklich, dass er die Position des Bezirksobmanns *ganz bewusst nicht* angestrebt hatte.

Alle ÖVP-BV sind kraft ihres Amtes allerdings automatisch Mitglieder des *Landespartei Vorstandes* und Mitglieder des ÖVP-Gemeinderatsklubs, insofern also jedenfalls prominent in der Landespartei verankert.

c) Der Sonderfall der Grünen

Der bisher einzige grüne BV weicht von diesen Mustern in mehrfacher Hinsicht ab: Er ist nicht Mitglied des grünen Gemeinderatsklubs, auch nicht des Landesvorstandes (sondern nur z.B. Delegierter zum Bundeskongress), und bei den Grünen gibt es auch nicht die Funktion eines Bezirksvorsitzenden bzw. Bezirksparteisprechers. Dies ist auch Ausdruck der Tatsache, dass die Grünen weitaus weniger als Apparatspartei organisiert sind; auch die KandidatInnen für öffentliche Ämter werden immer erst in einer öffentlichen Mitgliederversammlung gewählt.

2.2 Die politischen Laufbahnen der BV

a) Die politischen Laufbahnen der SPÖ-BV

Die SPÖ verfügt in der laufenden Legislaturperiode über 16 BV. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die beruflichen und politischen Laufbahnen dieser AmtsträgerInnen. Auf den beruflichen Hintergrund wird weiter unten in Kapitel 2.4 noch näher eingegangen.

Tabelle 2: Beruf und politische Karriere der SPÖ-BV

Bez.	Geb.	Beruf	Parteiangestellte/r, gewerkschaftliche Funktion	Bezirks- rat ab	Vors. BR- Klub, BV-StV	Gemeinde- rat, NRAbg.	BV seit	Vors. Bezirks- partei
2.	1955	Bankangestellter (Z)	Bezirkssekretär 1988-99	1987		GR 1993-99	1999	nein
3.	1948	Bankangestellter (Z)	Bezirkssekretär 1982-89	1983	BV-StV 1985-1989		1989	ja
5.	1957	Elektrotechniker (ÖBB, leit. Ang.)		1997			1999	nein
6.	1955	Hauptschullehrerin, später EDV		1983	BV-StV (2. Partei!) 1993-2001		2001	ja
9.	1945	Abt.Ltr Wiener Stadtwerke	Vors. Ang.BR Wienstrom	1978	Klubvors. 1987-88 BV-StV (2. Partei!) 1988-91		1991	nein
10.	1952	Büroberufe, zuletzt Stadtmagistrat		1986		GR 1989-94	1994	nein
11.	1944	Radiomechaniker	Bezirkssekretär 1980-88	1978	Klubvors 1983-85	GR 1985-94 NRAbg 1994-2001	2001	nein
12.	1956	Beamtin (Büroleite- rin VBgm. Mayr, dann Referatsleiterin im Büro Bgm. Häupl)		1991	Klubvors 1991-2003		2003	nein
14.	1959		Angestellte Wiener Kinderfreunde	1998			2001	nein
15.	1943	Wiener Stadtwerke (Techniker/EDV), Ltr.		-		GR 1984-96	1996	ja
16.	1940	kfm. Angestellte; Geschäftsführerin Ges. Österr. Kinder- dörfer	(Vorsitzende Wiener Kinder- freunde)	1976	BV-StV 1980-94	GR 1994-96	1996	nein
17.	1955	Psycholog. Dienst, MA 11 (Itd. Funkti- on)		1987	BV-StV 2001-02		2002	nein
20.	1942	Verkäufer, Ang. WGKK	Bezirkssekretär 1970-85, Ang. SP-Wien 1985-87	1977		GR 1981-87	1987	ja
21.	1950	Techniker ÖBB (Itd.)	Bezirkssekretär 1991-94	1983	BV-StV 1991-94		1994	nein
22.	1948	Beamter Finanz- verwaltung Wien; Büroleiter des BV 22.		1978 (bis 1981)		GR 1991-98	1998	ja
23.	1949	Pflichtschullehrer	Ang. Bundes-SPÖ 1980-83, Bezirkssekr. 1983-88	1982	Klubvors. 1983-88	GR 1988-95	1995	nein

Quelle: Interviews.

Diese politischen Laufbahnen lassen sich folgendermaßen allgemein beschreiben:

Schrittweiser Aufstieg in der Partei- bzw. Ämterhierarchie

Mit einer einzigen Ausnahme (15.) waren alle heutigen AmtsinhaberInnen zuvor im Verlauf ihrer Karriere auch *Bezirksrat* bzw. *Bezirksrätin* (im Folgenden abgekürzt: BR), und diese

weitgehend ehrenamtliche Funktion war naturgemäß zugleich das *erste Amt in einem allgemeinen Vertretungskörper* (wie auch aus den Interviews hervorgeht). Die Funktion als BR ist, wie noch zu beschreiben sein wird, traditionell ihrerseits *Folge des Erreichens einer innerparteilichen Funktion wie v.a. eines Sektionsvorsitzes* oder auch eines Referats auf Bezirksebene (Bezirksfrauenvorsitzende etc.). Erst seit ca. einem Jahrzehnt wird das bisherige Muster, dass BR bereits zuvor SektionsleiterInnen sein sollen, in relevantem Ausmaß durchbrochen.

Die *Dauer zwischen dem erstmaligen Antritt eines öffentlichen Amtes und der Übernahme des gegenwärtigen Amtes des BV* liegt bei der SPÖ zwischen zwei (BV 5, der Eintritt in die Politik erfolgte hier bereits mit der Perspektive, kurz darauf auch die Position des BV zu übernehmen) und 23 Jahren; der *Durchschnittswert* beträgt *12,4 Jahre* (und der Median 12 Jahre). Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass fast alle SPÖ-BV ihre Position erst als Folge eines längerfristigen innerparteilichen Aufstiegs erlangt haben. Der einzige BV, der zuvor *nicht* Bezirksrat war, war vor Übernahme dieses Amtes 12 Jahre lang Gemeinderat, ist also ebenfalls keine Abweichung von dieser Regel (BV 15). Typisch für dieses Muster ist die Aussage des Doyens der sozialdemokratischen BV, Karl Lacina:

Wie es in der Sozialdemokratie zumindest in meiner Generation noch üblich war. Außenstehender bezeichnen es als Ochsentour, aber in Wahrheit ist es ein Durchgehen der politischen Gremien, man lernt eigentlich alle Ebenen auch innerhalb der parteilichen Demokratie kennen, das ist genauso wichtig wie außerhalb. (BV 20)

Echte „Quereinsteiger“ in dem Sinne, dass die Amtsinhaber vorher mit der Parteiorganisation wenig bis nichts zu tun gehabt hätten, sind nicht vorhanden: Alle AmtsinhaberInnen waren bereits zuvor langjährige Parteimitglieder, jede/r hatte zuvor bereits längere Erfahrungen innerhalb des Parteiapparats. Nicht alle SPÖ-BV waren allerdings zuvor *langjährige (höher-rangige) ParteimitarbeiterInnen*, in Einzelfällen geschah der Umstieg auch sehr rasch. Am raschesten wohl beim Vorsteher des 5. Bezirks, der vor seinem Einstieg in die Bezirkspolitik (1997 zunächst als BR, im Februar 1999 dann als BV) allerdings bereits ein Dutzend Jahre Vorsitzender einer Sektion im Bezirk war. BV Wimmer ist am ehesten „Quereinsteiger“, weil er nahezu lückenlos von seinem Beruf als leitender Techniker in der ÖBB in die BV-Funktion gewechselt ist:

Ich bin, seit ich politisch denken kann, Sozialdemokrat, bin am Westrand des Bezirks in einer Sektion verankert, auch heute noch als Sektionsleiter, und war aufgrund meiner beruflichen Entwicklung und meines privaten Werdegangs nie vorgesehen oder bestrebt, überhaupt in die Bezirkspolitik zu kommen. Das hat sich schlagartig geändert, als man zum Jahreswechsel 1996/97 an mich herangetreten ist, ob ich mir vorstellen könnte, den Bezirk zu übernehmen und zu neuen Ufern zu führen, vor dem Hintergrund, dass damals in einem Arbeiterbezirk wie Margarethen die Freiheitliche Partei noch geglaubt hat, die Sterne greifen zu können. Im Oktober 1996 sind sie bis auf drei Mandate an die Sozialdemokratie herangekommen, inzwischen sind sie 2001 wieder auf 10 Mandate abgestiegen (...). Ich bin im April 1997 Bezirksrat geworden schon in Hinblick darauf, später diese Funktion (des BV) zu übernehmen. (BV 5)

Das heißt: In vereinzelt Fällen kann der Einstieg in eine hochrangige Bezirksfunktion zwar sehr rasch erfolgen – aber selbst derartige „Quereinsteiger“ haben einen ausgeprägten parteipolitischen Hintergrund und waren zuvor keine „öffentlichen Personen“ (etwa SportlerInnen,

JournalistInnen, WissenschaftlerInnen o.ä.), wie das etwa bei Quereinsteigern bei Nationalratswahlen nicht selten der Fall ist.

Der Weg über den Gemeinderat

Die Hälfte der SPÖ-BV war vor Übernahme dieses Amtes auch im Gemeinderat (=Landtag), von diesen acht Personen war einer anschließend an seine neun Jahre als Gemeinderat weitere sieben Jahre Nationalratsabgeordneter (BV 11). Dies war allerdings der einzige BV, der zuvor im Nationalrat war; der Umstieg vom *Nationalrat* in die genuin kommunalpolitische (und besonders stark lokal bezogene) Funktion des BV ist offensichtlich *kein* übliches Karrieremuster.

Zumindest seit den 1990er Jahren ist kein/e BV nachträglich in noch höhere Positionen innerhalb des Wiener kommunalpolitischen Systems (oder auf Bundesebene) aufgestiegen. In einem Fall, dem heutigen Doyen und Vorsitzenden des fraktionellen BV-Klubs Karl Lacina (BV 20), wäre Ende 1988 (eineinhalb Jahre nach Antritt des BV-Amtes) der Aufstieg zum Landespartei sekretär vorgesehen gewesen, eine Position, die er allerdings „in letzter Minute“ ablehnte, weil er lieber in seinem lokalbezogenen Amt blieb. *Zumindest bisher ist das Amt des BV regelmäßig der Abschluss einer politischen Karriere gewesen* – ein Amt, das meist im Alter Mitte 40 erreicht wurde und außer im Fall eines Wechsels der stärksten Partei im Bezirk erst im Pensionsalter verlassen wurde –, und dieses Karrieremuster ist *innerhalb der SPÖ* offensichtlich bereits seit langem weitgehend unstrittig.

Nicht alle SPÖ-BV, deren Politikarriere den Weg über den Gemeinderat genommen hatte, waren übrigens mit dieser Weggabelung ihrer Laufbahn hin zur Stadtpolitik glücklich (was einen Hinweis auf die stark lokalpolitisch orientierten Interessen von BV gedeutet werden kann; vgl. ausführlicher Kapitel 3):

Was nicht wirklich mein Wunsch war: Mein Freund und damaliger Bezirksvorsitzender Albert Schulz hat gesagt, na ja jetzt müssen wir einmal schauen, wo Du politisch in der eigenen Fraktion stehst. Und das hat leider Gottes 1991 den Ausschlag gegeben, dass ich auf einmal Spitzenkandidat im Bezirk war. Das wollte Albert Schulz nicht und das wollte auch ich nicht, aber wir haben dann gesagt, ich komme leider aus dem nicht heraus, weil das Enttäuschung bei allen hier im Bezirk hervorrufen würde. Ja, und 1998 bin ich dann auch wieder eher ungewollt BV da im Bezirk heraußen geworden. (BV 22)

Auch die BV von Ottakring deutete an, mit ihrem Zwischenaufenthalt als Gemeinderätin (nachdem sie bereits 14 Jahre BV-StV gewesen war) nicht sehr glücklich gewesen zu sein, auch wenn sie betonte, dort viel gelernt zu haben:

Ich bin dann wie gesagt in den Gemeinderat und konnte dort auch noch, was mir dann sehr geholfen hat, wie ich Vorsteherin geworden bin, wahnsinnig viel lernen und vor allem die Beamtenschaft noch näher kennen lernen, was sehr wichtig ist. Man muss nicht den Bürgermeister unbedingt so kennen, man muss die Stadträte natürlich kennen, aber wichtig sind immer die Beamten.

F.: Lernt man die als Gemeinderätin eher kennen als als bereits hervorgehobene Bezirkspolitikerin?

Natürlich. Es ist ganz klar, weil man ja dort in den diversen Ausschüssen die Beamtenschaft immer dabei hat. Also fraktionell, aber dann auch im Plenum, da lernt man sie ganz einfach kennen. (BV 16).

Der Weg über den Gemeinderat/Landtag vermittelt also offensichtlich auch für die BV-Tätigkeit sehr nützliche Kontakte im politisch-administrativen System der Stadt, eben weil SPÖ-GemeinderätInnen in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich (der sich institutionell v.a. in ihren Ausschussmitgliedschaften im Gemeinderat niederschlägt) eng mit den amtsführenden StadträtInnen und leitenden BeamtInnen zusammenarbeiten. Zugleich vermittelt dieser Karriereweg die persönliche Bekanntschaft mit hochrangigen SPÖ-PolitikerInnen der gesamten Stadt, so diese sich nicht ohnehin bereits zuvor aufgrund der bisherigen innerparteilichen Funktionen ergeben hatten. Die auf Stadtebene gewonnenen Erfahrungen sind also zweifellos einschlägig, wenngleich das Aufgabenprofil von BV zweifellos deutlich von denen der Gemeinderäte abweicht.⁴

Bemerkenswert ist nicht nur, dass die Hälfte der SPÖ-BV zuvor Gemeinderäte waren, sondern auch, dass von diesen zwei noch früher bereits die Funktion eines Klubvorsitzenden in der Bezirksvertretung (charakteristischerweise als Nebenamt zur Funktion des Bezirksparteisekretärs) und eine BV zuvor das Amt einer BV-StV bekleidet hatte. Dieses Ineinandergreifen von Bezirks- und Gemeindefunktionen ist insbesondere auch als Kontrast zur ÖVP zu beachten, wo diese beiden Karriereschienen offenbar deutlich getrennt verlaufen.

Bezirkskarrieren

Die übrigen acht SPÖ-BV haben ihre *kommunalpolitische* Laufbahn ausschließlich im Bezirk gemacht. Davon waren zwei (BV 3, 21) vor Übernahme dieses Amtes *Bezirksparteisekretäre und zugleich BV-StV* (der SPÖ als stärkster Partei), zwei weitere waren (nachdem sie bereits länger BR gewesen waren) *BV-StV der zweitstärksten* Partei gewesen, die dann durch einen Wahlsieg der SPÖ 1991 (BV 9) bzw. 2001 (BV 6) in die heutige BV-Position gekommen sind. Eine BV war zuvor langjährige Klubvorsitzende in der Bezirksvertretung (BV 12) und daneben in einer sehr „politiknahen“ Beamtinnenposition (u.a. Büroleiterin von Vizebürgermeister Hans Mayr), eine zumindest kurzfristig BV-StV (BV 17). Nur zwei BV waren (nur zwei bzw. drei Jahre lang) davor nur einfache BR (5, 14).

b) Die politischen Laufbahnen der ÖVP-BV

Wie bereits angesprochen, ist der Stellenwert des BV-Amtes innerhalb der ÖVP mangels Beteiligung an der Stadtregierung höher als bei der SPÖ. Insofern bildet es einen besonders interessanten Kontrast zu den politischen Karrieren der SPÖ-BV, dass die BV der ÖVP *zuvor durchwegs nicht im Gemeinderat* oder im Nationalrat vertreten waren (die entsprechende Spalte wurde daher in Tabelle 3 nicht aufgenommen).

⁴ Zu den Abgeordneten des Wiener Gemeinderats/Landtages gibt es leider nur eine mittlerweile fast drei Jahrzehnte alte – dafür sehr ausführliche, auf einer Vollerhebung basierende – Studie von Gerlich/Kramer 1968 (deren Feldarbeit Mitte der 1960er Jahre erfolgte). Für Nationalratsabgeordnete liegt mit Müller et al. 2001 eine sehr viel rezentere, ebenfalls sehr detaillierte Studie vor (Erhebungszeitraum 1998).

Tabelle 3: Beruf und politische Karriere der ÖVP-BV

Bez.	Geboren	Beruf	Teilorg.	Bezirksrat	Bez.-Klubvors., BV-StV	BV seit	Vors. Bezirks- partei
1.	1940	Gastronom	WB	1978 (ausg. 1983-87)	BV-StV 1998	2001	nein
4.	1963	Unternehmerin	WB	1996	LIF-KO 1996-99	2001	nein
8.	1948	Angestellte	ÖAAB	1987	Klubvors. 1991-94 BV-StV 1994-98	1998	ja
13.	1941	Techniker (Patentamt) [dort auch PV-Obmann]	ÖAAB, WB	1981	KO 1987-90	1990	nein
18.	1941	Ltd. Ang. (Prokurist)	ÖAAB	1984	BV-StV 1987-90	1990	nein
19.	1939	Bankangestellter, dann Unternehmer (Tankstelle)	WB, ÖAAB	1969	BV-StV (2. Partei!) 1973-78	1978	ja

Quelle: Interviews.

Die amtierenden ÖVP-BV haben ihre öffentliche Karriere also im Rahmen des Wiener kommunalpolitischen Systems *ausschließlich in den Bezirken gemacht*. Im Durchschnitt ist der Zeitraum zwischen der erstmaligen Übernahme einer BR-Funktion und dem Amtsantritt als BV mit zehneinhalb Jahren nur wenig kürzer als bei der SPÖ. Bei den WirtschaftsbündlerInnen ging dem Ein- bzw. Aufstieg in der Bezirkspolitik zumeist (BV 1, 19) das Engagement in der *Wiener Wirtschaftskammer* voraus, ein ÖAABler (BV 13) war zuvor Personalvertretungsobmann (Patentamt). Die BV des 8. Bezirks war (ursprünglich ausgehend von kulturpolitischem Engagement) schrittweise in der Bezirkspolitik aufgestiegen, während der BV des 18. (nach ersten innerparteilichen Gehversuchen in den 1960er Jahren) sich weniger in der Bezirkspartei (wohl aber im Bezirks- und katholischen Vereinsleben) engagiert hatte, dann allerdings relativ rasch aus einer beruflichen hohen Managementfunktion in die BV-StV- und BV-Position geholt wurde.

Auf eine sehr atypische Karriere kann nur die BV des 4. Bezirks Susanne Reichard zurückblicken: Diese hatte sich während ihres Studiums an der Wirtschaftsuniversität zunächst stark studentenpolitisch im Rahmen der (konservativen) JES – also durchaus im ÖVP-Umfeld – betätigt, engagierte sich aber Mitte der 1990er Jahre dann beim neu gegründeten Liberalen Forum (LIF), dessen Bezirksgruppe sie maßgeblich aufbaute und deren Klubobfrau sie nach der Bezirksvertretungswahl 1996 wurde. Als das Wiener LIF nach der Nationalratswahl 1999 an internen Konflikten weitgehend zerfiel, wechselte sie zur Bezirksfraktion der ÖVP. Als nach der Wahl die ÖVP nur mehr äußerst knapp nach Stimmen vor der SPÖ lag (die sogar denselben Mandatsstand erreicht hatte), wurde nach einer innerparteilichen „Revolte“ überraschend nicht die bisherige BV und Spitzenkandidatin Susanne Emmerling, sondern Reichard zur BV bestellt.

ÖVP-BV wurden in jüngerer Zeit jedenfalls nicht aus der Gemeindepolitik rekrutiert, sondern stiegen im Rahmen der Bezirksvertretung auf oder wurden aus sonstigen Positionen in die Bezirkspolitik geholt. Dabei war bzw. ist offensichtlich von Beginn an relativ klar, dass sie ein Amt übernehmen, das zwar prestigeträchtig und mit Gestaltungsmöglichkeiten verbunden ist, aber keine weiteren politischen Aufstiegsmöglichkeiten vermittelt. Vor 1996 wurde die

BV-Position von einigen ÖVP-Mandataren für den erhofften Fall, dass die ÖVP wieder über amtsführende Stadträte verfügen (=an einer Koalition beteiligt) würde, vermutlich auch als mögliches Sprungbrett in den Stadtsenat angesehen; Richard Schmitz (damals BV 1), Kurt Pint (damals BV 6) und Karl Lengheimer (damals BV 4) traten mit gemeinsamen Forderungen durchaus offensiv an die Öffentlichkeit und empfahlen sich dadurch indirekt wohl auch für höhere Ämter. Allerdings wurden dann 1996-2001, als die ÖVP für eine Gesetzgebungsperiode wieder in einer Koalition auf Gemeindeebene vertreten war, die beiden amtsführenden ÖVP-Stadträte mit keinem der in der Öffentlichkeit durchaus bekannten BV besetzt. In der laufenden Periode ist diese Ambition bzw. Hoffnung unter den ÖVP-BV offenbar nicht mehr verbreitet.

Wohl auch aus der spezifischen Situation ihres Amtes heraus sind ÖVP-BV weniger als andere Wiener ÖVP-PolitikerInnen in der Lage bzw. willens, sich als *Oppositionelle* gegenüber der SPÖ-dominierten Stadtpolitik zu begreifen – da sie ja in vielen Bereichen auf den Konsens mit dem Magistrat und den StadträtInnen angewiesen sind. Dies wird durch nur schwach ausgeprägte Ambitionen auf noch höhere Funktionen in der Stadt bzw. der Wiener ÖVP, die auch in den Interviews deutlich wurde, noch verstärkt (möglicherweise sind diese mangelnden Ambitionen freilich auch ein Reflex auf die konkreten Erfahrungen im BV-Amt und den Schwierigkeiten, dessen Handlungsimperative mit den Anforderungen als ParteipolitikerInnen in Einklang zu bringen). ÖVP-BV waren und sind gegenüber ihrer Landespartei daher bereits traditionell relativ „eigenständig“ (vgl. ausführlich Sickinger 2002, 116 ff.).

c) Der grüne BV

Die bisherige politische Laufbahn des einzigen grünen BV ist eine Bezirkskarriere: Thomas Blimlinger war ab der Bezirksvertretungswahl 1991 Bezirksrat, 1996-2001 dann Klubvorsitzender (die Grünen waren damals nur viertstärkste Partei, wenngleich nur mit 2,5% Abstand zur zweitstärksten Partei) im Bezirk, 2001 wurde er schließlich BV. Angesichts der schon seit den frühen 1990er Jahren sehr kleinen Abstände zwischen den Parteien konnte aber offensichtlich die Eroberung der Position der Nummer 1 im Bezirk nur durch einen stark lokal engagierten Spitzenkandidaten, nicht z.B. durch einen Gemeinderat gelingen. Auf ein gleichwohl über die Bezirksgruppe hinausgehendes Engagement verweist, dass Blimlinger zwei Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen Bildungswerkstatt, dann (wohl auch aufgrund seiner Ausbildung als Volkswirt) 1992-98 Finanzreferent der Bundespartei und anschließend Mitglied des Bundesvorstandes war.

2.3 Amtsdauer, Alter und Geschlecht der BV

Die beiden folgenden Tabellen dokumentieren die Altersstruktur und Amtsdauer der BV:

Tabelle 4 kann entnommen werden, dass die BV mit Stichtag 15. April 2003 im Schnitt 6 Jahre und zehneinhalb Monate, also *fast sieben Jahre im Amt* waren; hinter diesem Durchschnittswert verbirgt sich freilich eine enorme Spannbreite zwischen einigen Wochen und nahezu einem Vierteljahrhundert.

Tabelle 4: Die Amtsdauer der BV

Bezirk	Amtsantritt	Bisherige Amtsdauer (15. 04. 2003)	
		in Monaten	in Jahren
1.	19.04.2001	24	2,0
2.	19.11.1999	41	3,4
3.	14.12.1989	160	13,3
4.	30.05.2001	11	0,9
5.	16.02.1999	50	4,2
6.	2.05.2001	23	1,9
7.	9.05.2001	23	1,9
8.	24.06.1998	58	4,8
9.	19.12.1991	136	11,3
10.	5.12.1994	100	8,3
11.	7.05.2001	23	1,9
12.	20.03.2003	1	0,1
13.	7.02.1990	158	13,2
14.	2.05.2001	23	1,9
15.	25.01.1996	87	7,3
16.	12.12.1996	76	6,3
17.	6.03.2002	13	1,1
18.	25.01.1990	147	12,3
19.	6.12.1978	292	24,3
20.	1.06.1987	190	15,8
21.	2.02.1994	110	9,2
22.	14.01.1998	63	5,3
23.	21.09.1995	91	7,6
Durchschnitt		82,6	6,9

Quelle: Interviews und eigene Berechnungen.

Tabelle 5 gibt das Alter zum erstmaligen Amtsantritt sowie das aktuelle Alter der BV wieder. Zu einem nahezu identen Ergebnis kommt man, wenn man statt dem arithmetischen Mittel der Amtsdauer bzw. des erstmaligen Eintritts in die BV-Funktion den Median (also dem mittelsten Wert) heranzieht. Im Schnitt haben die BV ihr Amt mit 47 Jahren angetreten und sind nun knapp Mitte 50. Diese Altersstruktur ist kongruent mit dem bisher beschriebenen Bild, dass die BV-Position üblicherweise den Abschluss einer politischen Karriere bildet.

Tabelle 5: Alter zum erstmaligen Amtsantritt und aktuelles Alter der BV

	Geburtsjahr	Jahr des Amtsantritts	Alter zum Amtsantritt	aktuelles Alter
1.	1940	2001	61	63
2.	1955	1999	44	48
3.	1948	1989	41	55
4.	1963	2001	38	40
5.	1957	1999	42	46
6.	1955	2001	46	48
7.	1957	2001	44	46
8.	1948	1998	50	55
9.	1945	1991	46	58
10.	1952	1994	42	51
11.	1944	2001	57	59
12.	1956	2003	47	47
13.	1941	1990	49	62
14.	1959	2001	42	44
15.	1943	1996	53	60
16.	1940	1996	56	63
17.	1955	2002	47	48
18.	1941	1990	49	62
19.	1939	1978	39	64
20.	1942	1987	45	61
21.	1950	1994	44	53
22.	1948	1998	50	55
23.	1949	1995	46	54
Durchschnitt			46,9	54
Median			46	55

Quelle: Interviews und eigene Berechnungen.

Der *Frauenanteil* liegt (Stichtag 15. April 2003) bei acht der 23 BV, also bei 34%.⁵ Von den 16 SPÖ-BV sind sechs (37,5%), von den sechs ÖVP-BV zwei (d.h. ein Drittel) Frauen; der einzige grüne BV ist ein Mann (die grüne BV-StV und Klubobfrau im 7. Bezirk sind zum Ausgleich Frauen). Frauen an der Spitze der Bezirkspolitik sind erst in den 1990er Jahren häufiger geworden: Die ersten beiden weiblichen BV wurden 1973 (Herta Haider, 4., amtierte bis 1987; in diesem Bezirk folgten dann ab 1997 erneut Frauen an dieser Position nach) bzw. 1978 (Elfriede Bischof, 13., amtierte bis 1990) angelobt. Beide wurden interessanterweise von

⁵ In der letzten Juniwoche 2003, also nach Abschluss der Erhebungen für dieses Projekt und damit auch nach dem hier zugrunde liegenden Stichtag Mitte April, wurde im 9. Bezirk BV Hans Benke durch Martina Malyar, zuvor SPÖ-Gemeinderätin, ersetzt. Der nun *aktuelle Frauenanteil unter allen BV beträgt somit 39%*, der *Frauenanteil unter den SPÖ-BV knapp 44%*. Damit hat die SPÖ ihre angepeilte Mindestquote von 40% Frauen an ihren MandatarInnen nun zumindest bei den BV erreicht.

der ÖVP gestellt und blieben in den 1970er und 1980er Jahren die einzigen weiblichen BV. Erst ab 1992 kamen, nun stark forciert von der SPÖ, zunehmend wieder Frauen in dieses Amt (SPÖ: 14.: ab 1992; 10.: ab 1994, 16.: ab 1996, 7.: 1998-2001; 12.: seit 2003. ÖVP: 4.: seit 1997, 8.: seit 1998). Im einzigen Bezirk, wo seither eine Frau wieder durch einen Mann ersetzt wurde, geschah dies aufgrund der Abwahl der SPÖ zugunsten der Grünen im 7. Bezirk.⁶

Die derzeit amtierenden weiblichen BV unterscheiden sich von ihren männlichen Kollegen durch eine im Durchschnitt markant niedrigere bisherige Amtsdauer in dieser Position: Im Schnitt waren die acht Frauen zum Stichtag drei Jahre und zwei Monate im Amt, die Männer im Vergleich dazu acht Jahre und 10 Monate. Das durchschnittliche Alter beim erstmaligen Antritt des BV-Amtes unterscheidet sich bei Männern und Frauen nur geringfügig (Männer waren zu diesem Zeitpunkt im Schnitt ca. 1 Jahr älter), die weiblichen BV sind – als Folge der durchschnittlich geringeren Amtsdauer – mit knapp unter 50 Jahren daher deutlich jünger als die amtierenden Männer (knapp über 56). Dies ist damit zu interpretieren, dass die Bemühungen der Parteien um eine möglichst gleichgewichtige Vertretung von Frauen unter ihren AmtsträgerInnen zwar meist nicht zum Ersetzen von Männern (im „amtsfähigen“ Alter) durch Frauen führen, wohl aber Frauen beim Nachbesetzen freiwerdender Positionen überdurchschnittlich häufig berücksichtigt werden (vgl. allgemein Steininger 1998).

2.4 Ausbildung und früher ausgeübte Berufe der BV

Betrachtet man den bildungsmäßigen und beruflichen Hintergrund der BV, so liegt der formale Bildungsgrad – wie innerhalb der österreichischen politischen Eliten ganz allgemein – deutlich über dem der Gesamtbevölkerung: Fast alle der befragten BV haben einen Maturaabschluss (einige davon die B-Matura, haben sich also im zweiten Bildungsweg hinaufgearbeitet). Über einen Universitätsabschluss verfügen drei der 23 BV (13%), aufgeteilt auf alle drei Parteien, zwei weitere BV haben ein Studium wegen Berufstätigkeit nicht abgeschlossen. Dieser AkademikerInnenanteil ist allerdings auffällig niedriger als in anderen politischen Elite-Positionen, etwa im Gemeinderat, wo er bei einem Drittel liegt (2002: 33%), oder im Nationalrat, wo deutlich mehr als 40% (1997: 44%; vgl. Müller et al. 2001, 59) über ein abgeschlossenes Studium verfügen.

Bei den vorangegangenen *beruflichen Laufbahnen* zeigen sich folgende Muster:

Von den 16 *SPÖ-BV* (vgl. oben Tabelle 2) haben immerhin sechs (übrigens durchwegs Männer) ihren Einstieg in die hauptberufliche Politik als *Bezirksparteisekretäre* (im selben Bezirk, in den sie später BV wurden) begonnen. Von diesen waren zwei „Umsteiger“ aus dem Bankensektor, nämlich der gemeindeeigenen Zentralsparkasse (heute Bank Austria), ein (höherer) Techniker aus dem Bereich der ÖBB, ein Pflichtschullehrer (der zuvor auch drei Jahre in der Bundes-SPÖ gearbeitet hatte), ein Sozialversicherungsangestellter und ein Radiotechniker. Zumindest in einem Teil der Fälle war dieser Umstieg in die Politik also *zunächst* kein beruflicher bzw. finanzieller Aufstieg („Motto war eigentlich: wenig arbeiten, viel Geld verdienen, ideal für einen Bankdirektor“, so BV 3 über seine Zeit vor dem von ihm selbst so genannten

⁶ Quelle: <http://www.wien.gv.at/ma08/politiker/bezirk.htm>

„Quereinstieg“ in die Bezirkspolitik). Die übrigen SPÖ-BV kommen zum größeren Teil aus dem Bereich der Gemeinde Wien, darunter mehrere aus bereits *höheren* Funktionen (etwa zwei Abteilungsleiter der Stadtwerke).

Betrachtet man die beruflichen Laufbahnen der SPÖ-BV *vor ihrem hauptberuflichen Einstieg in die Politik* (d.h. vor der Übernahme des BV-Amtes oder einer Parteisekretärposition, die ebenfalls bereits als Teil der *politischen* Karriere eingestuft werden kann) so stammen *fast alle aus dem öffentlichen Sektor*: Zwei BV kommen aus dem gemeindenahen Bankenbereich, zwei aus dem E-Werk (heute Wienstrom), vier aus dem Stadtmagistrat (darunter zwei ursprünglich aus der Finanzverwaltung), zwei stammen aus den ÖBB, zwei waren PflichtschullehrerInnen, hinzu kommen ein Sozialversicherungsangestellter und eine Geschäftsführerin mehrerer Kindergärten (Kinderfreunde, also aus dem Vorfeld der Partei); aus der Privatwirtschaft stammen ursprünglich nur ein Arbeiter und eine kaufmännische Angestellte (die sich schrittweise zur leitenden Angestellten hinaufarbeitete hatte).

Die sechs ÖVP-BV (vgl. oben Tabelle 3) teilen sich je zur Hälfte auf UnternehmerInnen und Angestellte/Beamte auf; die Selbständigen kommen aus den Bereichen Gastronomie, Beratungsbranche und Mineralölhandel; die DienstnehmerInnen waren eine Angestellte aus der Reisebürobranche, ein Techniker (Patentamt) und ein Prokurist (Verkaufschef von Henkel für Österreich). Obwohl innerhalb der ÖVP insbesondere auf Landesebene, aber auch in einem Teil der Bezirke strikt auf Aufteilung der parteiinternen und öffentlichen Mandate auf die beiden in Wien wichtigen „Bünde“ (im ÖVP-Jargon: den „Stellenplan“) geachtet wird, dürfte es doch Zufall sein, dass sich die BV exakt gleichmäßig auf den ÖAAB und den Wirtschaftsbund aufteilen; dies auch deshalb, weil mit Ausnahme der Inneren Stadt eigentlich überall der ÖAAB von der Mitgliederzahl her dominiert.

Der grüne BV hat zwar ein Studium der Volkswirtschaftslehre abgeschlossen, übernahm aber nach dem Tod seines Vaters dessen Tabak-Trafik. Dies ist insofern untypisch, als grüne Funktionäre eher aus dem öffentlichen Sektor kommen, hat sich andererseits in einem Zeitraum, als die Grünen im Bezirk systematisch politisch „Aufbauarbeit“ betrieben hatten, für die Karriere in der Bezirkspolitik als sehr vorteilhaft erwiesen (da es sich um einen Beruf mit sehr vielen Kundenkontakten handelt).

3. Das Amtsverständnis und Rollenprofil der BV: Die BezirksbürgermeisterInnen ohne formale Kompetenz

3.1 Vorbemerkungen: Die Prägung des Amtes durch die formale Aufgabenstruktur

Das BV-Amt ist stark durch die formalen Kompetenzzuweisungen an die Bezirksorgane im Allgemeinen und die BV (als zentrale AmtsträgerInnen der Bezirksautonomie) im Besonderen geprägt. Diese Kompetenzen sind ausführlich in Sickinger 2002, 13-24 und Welan 2002 beschrieben, brauchen hier also nicht erneut aufgezählt werden. Hier reichen einige kurze Hinweise: Die Wiener Bezirke haben eine beträchtliche Zahl von aus dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde stammenden, fein abgestuften Mitwirkungs-, Anhörungs- und Informationsrechten. Die Mitwirkungsrechte werden dadurch, dass die Bezirke auch über ein eigenes Budget (das formell freilich Teil des Gemeindebudgets ist und zu dessen Erstellung entsprechende Anträge der Fachabteilungen des Stadtmagistrats erforderlich sind) verfügen, teilweise zu Entscheidungsrechten aufgewertet. Die Bezirksbudgets sind allerdings vergleichsweise sehr knapp und umfassen nur ca. 1,55% des Gemeindebudgets; andererseits haben die Bezirke auch nur den Sachaufwand, nicht den Personalaufwand der Gemeindeverwaltung für die Bezirksaufgaben zu tragen. Die größten Ausgabeposten der Bezirke stellen v.a. die in ihre Kompetenz fallenden Haupt- und Nebenstraßen und die Erhaltung der Pflichtschulen und Kindergärten dar.

Von geringer praktischer Relevanz ist, dass die BV formell Hilfsorgane des Bürgermeisters der Stadt Wien und auch dessen Weisungen unterworfen sind, weil derartige Weisungen in der Praxis offenbar nicht vorkommen. Von großer Bedeutung für die Arbeit der BV ist hingegen, dass ihnen selbst keine Weisungsrechte gegenüber den Fachabteilungen des Stadtmagistrats zur Verfügung stehen (formell unterstehen ihnen nur die MitarbeiterInnen ihres Büros). Das bedeutet, dass BV in der Praxis stark auf ein gutes Verhältnis mit den für ihren Bezirk zuständigen BeamtInnen des Magistrats angewiesen sind, wenn sie erfolgreich arbeiten wollen. Zudem ist oft auch einiges Geschick bei Verhandlungen mit den amtsführenden StadträtInnen erforderlich: Dies einerseits deshalb, weil durch größere Projekte nicht selten der finanzielle Rahmen des Bezirksbudgets gesprengt würde und daher auch Kostenbeteiligungen des Zentralbudgets notwendig sind. Andererseits müssen BV auch unabhängig davon, ob dabei eine formelle Bezirkskompetenz besteht bzw. wie stark diese aus rechtlicher Sicht ist, bei überregional bedeutenden Projekten über die *politische Ebene* die Interessen „ihres“ Bezirkes einbringen.

Das BV-Amt ist somit ein Amt, das im Alltag von vielen „kleinen“ (manchmal auch „kleinlichen“) Problemen und Aufgaben – und nicht von der „großen Politik“ – geprägt ist. Es erfordert AmtsträgerInnen, die einen guten Überblick über den Wiener Stadtmagistrat und Wissen über dessen Funktionsweisen haben und über administrative Fähigkeiten verfügen. Erforderlich sind ferner Kommunikationsfähigkeiten gegenüber den BewohnerInnen wie auch Motivationsfähigkeiten gegenüber den BR. Gefragt sind PolitikerInnen mit gewissen Management-

Fähigkeiten, die sich aber für den – permanenten – Kontakt mit den „kleinen Leuten“ im Bezirk und das Eingehen auf deren (oft mit den Bezirkskompetenzen wenig verbundenen) Problemen nicht „zu gut sind“ (vgl. dazu und im Folgenden auch Welan 2002, 25-30).

3.2 Das Rollenbild der BV als bürgernahe LokalpolitikerInnen

In den Interviews wurde, nachdem zunächst nach einer Beschreibung der bisherigen politischen Laufbahn und der innerparteilichen Verankerung gefragt wurde, üblicherweise danach gefragt, wie die BV ihr Amt beschreiben würden. In der folgenden Antwort finden sich vermutlich auch alle übrigen BV wieder:

Es ist vielleicht eine der interessantesten Möglichkeiten, Politik auch sehr sichtbar und sehr an den Menschen zu machen. Die Lokalpolitik ist etwas, das man entweder sehr liebt, so wie ich, oder nie verstehen wird. Sie hat ein Spannungsfeld vom Hundstrümmerli bis zum 150-Millionen-Projekt und hat vor allem eine sehr sehr große Nähe zur Bevölkerung. Und wer die Menschen nicht liebt, der sollte es besser bleiben lassen, das zu tun. Es ist ein voller Tag, eine volle Woche, ein volles Monat, ein volles Jahr, mit einer Permanenz von interessanten Kontakten, mit einer Permanenz von Möglichkeiten, im Lebensumfeld der Menschen Verbesserungen zu bringen, wie es glaube ich keine andere Funktion hat. (BV 5)

Die Bürgernähe des Amtes

Durchwegs betont wurde die Nähe zu „den Menschen“ – mit dem Zusatz, dass diese stärker als bei anderen hochrangigen politischen Ämtern gegeben sei:

Weil das zum Unterschied zu Gemeinderats-, Landtags-, Nationalratsabgeordneten die Position ist, wo man wirklich mit den Menschen zu tun hat. Also egal, ob's jetzt der Computer ist – ich kriege täglich e-mails –, ob's das Telefon ist oder ob's die persönlichen Begegnungen sind. Ich wohne seit meiner Geburt in diesem Bezirk, bin da aufgewachsen, war Schülerin, war dann junge Mutter, als Hundebesitzerin bin ich spazieren gegangen, ich gehe einkaufen, also ich habe wirklich aus vielen Positionen heraus den Bezirk erlebt, und dann endlich in der Position sein zu können, Probleme lösen zu helfen – und ich sage bewusst „zu helfen“, denn die Kompetenz des Bezirksvorstehers ist ja *nicht* wirklich die allmächtige, die sich ein Bezirksbewohner vorstellt, in Wirklichkeit schafft die Stadtverfassung nur einen sehr kleinen Spielraum, es ist das, *was wir daraus machen*. Welche Agenden wir uns eigentlich frecherweise aneignen, auf das kommt es an. Aber das Schöne ist eben, dass man wirklich – ich sage mal nicht aus der Kompetenz, aber aus dem Titel heraus so viele Möglichkeiten hat zu helfen, und wenn man's nützt, hat man auch sehr viele Erfolgserlebnisse. Und das gibt's in keiner anderen Position. Also auf keiner anderen Ebene ist man wirklich so nah beim Bürger und an den Problempunkten. (BV 6)

In der CA habe ich fünf Jahre als Zweigstellenbeamter gearbeitet und dort gelernt: „Der Kunde ist König“. Dann bei der Tankstelle [Anm.: Tiller war 1965 bis 1979 Selbständiger als Betreiber einer Tankstelle und Reifenhandel/Autozubehör] war der Kunde schon wieder König. Und jetzt ist der Wähler König, und ich habe nicht umlernen müssen. Aber jemand, der in seinem Beruf nicht so viel mit Menschen zu tun gehabt hat, tut sich da natürlich ein bissl schwerer. (BV 19)

In eine ähnliche Richtung geht eine spontane Rollendefinition als Ombudsmann samt aufschlussreichem Verweis auf eine frühere Funktion als Personalvertreter.

Ombudsmann der Bevölkerung. Bitte, so *sollte* es sein. Das geht natürlich nicht immer, weil die Bevölkerung unterschiedliche Meinungen vertritt, aber so empfinde ich mich halt. Es sind eigentlich die Dinge, die man eben meint oder die wirklich aus der Bevölkerung kommen, die man umsetzen will. Natürlich hat man auch seine eigenen Vorstellungen, aber ich glaube, ich bin sehr in diese Richtung geprägt, denn ich war vorher auch Personalvertreter. Ich war im Patentamt sehr lange Personalvertreter, ich war zum Schluss auch Obmann der Personalvertretung, ich bin natürlich auch geprägt durch diese frühere Arbeit. (BV 13)

Auf eine derartige gewerkschaftliche Funktion verweisen auch einige sozialdemokratische BV (etwa BV 9 als ehemaliger Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrats von Wienstrom; aber auch die BV 15, 22).

Ansprechpartner für alle

Ein typisches, in ausnahmslos allen Interviews angesprochenes prägendes Element des BV-Amtes sind die häufigen Kontakte mit BürgerInnen: Diese beschränken sich keineswegs auf Sprechstunden (solche werden in formalisierter Form gar nicht von allen BV abgehalten), sondern äußern sich viel stärker darin, dass die AmtsträgerInnen sehr häufig auch auf der Straße und bei diversen Veranstaltungen im Bezirk, an denen sie ja regelmäßig teilnehmen, ansprechbar sind und angesprochen werden. Unabhängig davon, ob die BV vorab festgelegte Sprechstunden im Amtshaus abhalten, ist es für BürgerInnen mit konkreten inhaltlichen Anliegen oder auch sozialen Problemen relativ leicht, einen persönlichen Termin beim BV zu bekommen.

Zumindest ein Teil der BV genießt diese öffentliche Rolle, die permanenten Kontakte mit Angehörigen unterschiedlichster Gruppen der Bevölkerung auch sichtbar:

Ich werde auch überall angesprochen... Es kommen auch junge Leute her, auch Schülerinnen und Schüler, so sie mich nicht auf der Straße treffen, wenn sie ein Problem haben. Das macht mir überhaupt die größte Freude, denn das ist eher anormal. Als junger Mensch geht man nicht zu einem Politiker.

F.: Normal sind es eher ab mittlerem Alter?

Ja. Sehr viel Junge. Aber auch Mittelalter und alte Leute, ich habe eigentlich zu allen einen sehr guten Bezug, zu den älteren Herrschaften sowieso aufgrund der Pensionistenklubs, aufgrund der Vereinstätigkeiten in den Siedlungen draußen, die ja bis zu einem gewissen Zeitpunkt doch eher von älteren Herrschaften wahrgenommen worden sind, ich habe Pensionistenwohnhaus bei mir im Bezirk, ich habe das Donauspital mit dem Geriatriezentrum bei mir im Bezirk, wo ich sehr sehr oft dort bin und die Menschen sich freuen, wenn ich komme – sei es zum Gratulieren oder auch sonst, da komme ich auf ein Zigaretterl, tu ein bisserl Schmach führen, so wie man das halt macht. (BV 22)

Einige BV betonen darüber hinaus nicht nur die besondere Nähe zu den Menschen und ihre gute Erreichbarkeit für die BürgerInnen, sondern *ganz allgemein die bewusste Offenheit ihrer Amtsführung:*

Mein stehender Satz dazu: Meine Tür ist stets offen, nur mit Ausnahme dann, wenn jemand wie Sie herinnen ist, um auch zu zeigen, jetzt brauche ich keine Telefonate, denn sonst komme ich zu keinem Gespräch. Aber sonst ist die Tür offen. Und jeder, der bei uns in der Bezirksvorstehung anklopft und irgend etwas fragen will, sieht auch herein, sieht, dass ich da bin, und steht dann auch oft schon da. Daher bin ich, auch bei Veranstaltungen, täglich, auch Samstag, Sonntag unterwegs, ich habe daher einen sehr großen Be-

kanntheitsgrad. Das führt dann dazu, wenn ich von da zur Schnellbahn gehe am Jonas-Platz, dann gehe ich manchmal eine halbe Stunde, manchmal drei Minuten. Drei Minuten ist die normale Zeit, eine halbe Stunde ist dann, wenn mich vier Leute aufhalten und etwas erzählen, was sie halt momentan bewegt. Das heißt, ich habe hier täglich den Tag der offenen Tür. Ob das für Kollegen anderer Fraktionen oder für eigene ist, die halt irgend-ein Sachthema mit mir politisch diskutieren wollen, oder ob das der Bürger ist, der mir erzählt, dass es vor seinem Fenster stinkt, weil dort die Hunde hingemacht haben. (BV 21)

Über diese Erfahrung, auf ihren alltäglichen Wegen häufig von BürgerInnen angesprochen zu werden, berichten alle BV. Dies ist zweifellos eben Ausdruck dessen, dass es sich bei den BV um die wohl *bekanntesten BezirkspolitikerInnen* handelt. Nur einer der BV sprach im Interview aber die – zweifellos richtige – Einschätzung aus, dass dieses Ansprechen in informellem Rahmen oft auch Ausdruck dessen ist, dass es gegenüber der institutionalisierten Bezirkspolitik bzw. einem persönlichen Vorsprechen im Amtshaus auch *verbreitete Hemmschwellen* gibt:

Es ist nach wie vor eine gewisse Hemmschwelle da, das habe ich auch festgestellt, zum BV zu gehen, um über ein Problem zu reden. Wenn ich einkaufen gehe zum Billa oder Merkur oder Spar oder was immer, und es treffen mich Leute, die reden mich dann dort an und dort entstehen dann Gespräche fast leichter als hier. (BV 23)

BezirksbürgermeisterInnen mit Gestaltungsmöglichkeiten trotz mangelnder Kompetenzen...

Von ihrem tatsächlichen Rollenprofil sind die BV, gleichermaßen in ihrem Selbstbild wie in ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung, BezirksbürgermeisterInnen:

Meine Tätigkeit als BV ist in etwa deckungsgleich mit jener eines Bürgermeisters, wobei aufgrund der Gegebenheiten, wie sich meine Persönlichkeit darstellt, es so ist, dass ich im Grunde genommen mitten unter oder zwischen den Menschen stehe. Also ich bin ein sehr volkstümlicher BV, ich bin sehr viel bei den Menschen draußen – unter Anführungszeichen – unterwegs. (BV 21)

Man ist für alles verantwortlich und hat für kaum etwas Kompetenzen – vom Rechtlichen her –, und ist sicherlich so etwas wie ein Bezirksbürgermeister, ein Ansprechpartner für alles. (BV 3)

Und die Gestaltungsmöglichkeiten dieses Amtes sind den Amtsinhabern durchwegs bewusst:

Es ist eine spannende Sache. Der bürokratische Ablauf, der sein muss und der auch klarerweise da ist, den versuche ich möglichst gut zu managen, aber darüber hinaus weiß ich auch, dass es doch Gestaltungsmöglichkeiten gibt für den BV, und das sind natürlich oft die spannenderen Dinge. Wenn es um Bezirksentwicklung geht, um Bausachen – Umbauten, Neubauten –, das sind meine ich möchte nicht sagen Hobbies, aber Schwerpunkte. Einerseits öffentliche Raumgestaltung, andererseits Bauprojekte. Dann merke ich auch, dass BV tatsächlich einen Einfluss haben können. (BV 7)

Was mich an dieser Position so besonders reizt und ich auch das Tolle finde, dass der BV schon sehr viele Entscheidungsmöglichkeiten hat, auch wenn er sie formell nach der Stadtverfassung nicht hat. Aber man kann sich's nehmen, indem man halt Ideen selbst entwickelt oder aufnimmt und sie dann beginnt umzusetzen. Ich kann nicht sagen: macht's dort ein Halteverbot. Aber wenn ich glaube, dass das gescheit ist oder mir je-

mand sagt, manchen Sie das, dann leite ich den Prozess ein, dass sich die Gruppe damit beschäftigt, damit dort ein Halteverbot kommt. (BV 21)

Und eben diese Möglichkeit, in sehr konkreten – meist „kleinen“, aber für die Betroffenen unmittelbar spürbaren – Problemen Erfolge zu erzielen, macht ein Spezifikum eben des BV-Amtes aus:

Und das ist auch quasi unmittelbar die Rückmeldung der Bürger, er weiß eben jetzt, er hat mir das gesagt, ich hab's verstanden und bin daher auch dafür, und dann wird es umgesetzt, und dann weiß der, ‚aha, der hat reagiert‘. Ich werde natürlich auch identifiziert, wenn ich es nicht schaffe, den Hundehaufen dort wegzubringen. ‚Ja, schaffen Sie nicht einmal das, dass die Hundehaufen dort wegkommen?‘ Und im Gemeinderat, im Landtag oder auch auf der Nationalratsebene sind andere Themen. Die werden nicht so personifiziert. Daher ist auch der Bekanntheitsgrad eines BV, wenn er öffentlich wirksam ist – ich behaupte, da sind unterschiedliche Zugänge –, dann ist er auch ein viel größerer als das beim Nationalrat des jeweiligen Grätzels ist. (BV 21)

...oder auch: die „HausmeisterInnen“ des Bezirks

Die Gestaltungsmöglichkeiten von BV beziehen sich also einerseits auf sehr konkrete, „kleine“ Angelegenheiten, zum anderen aber auch auf recht weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten, auf die weiter unten unter dem Rollenbild des Bezirksmanagers eingegangen werden soll. Die vorrangige Beschäftigung mit den – nur scheinbar – „kleinen“ Problemen der Bevölkerung klingt im sehr anschaulichen *Bild des/der HausbesorgerIn* an:

Wenn ich spaßhalber antworte, dann ist er der Hausbesorger. Ich sehe mich eher als eine Art Katalysator, der kraft dieser Funktion und kraft des in Österreich üblichen voraussetzenden Gehorsams vielleicht das eine oder andere beschleunigen oder erreichen kann. Die Funktion als solche gibt mir nicht das Recht dazu. (BV 18)

Allgemein, und das ist eine *positive* Aussage, auf das lege ich Wert, würde ich sagen, ich bin die *Hauswartin von Ottakring*, denn es gibt keine Grenzen, um was man sich nicht kümmern soll, muss, kann. Und ich kann niemandem sagen, das geht mich nichts an, oder da rufen sie dort oder da an, wenn irgendetwas in der Sprechstunde oder telefonisch ist. (BV 16).

Als BV oder Bezirksbürgermeister ist man natürlich auch ein bisschen ein Hausmeister da im Bezirk. (BV 22)

3.3 BV als ManagerInnen und MediatorInnen

BV als RegionalmanagerInnen

Ich sehe den Bezirk wie eine Firma, der ich als Manager vorstehe. (...) Ich würde das politische da hintanstellen, ich bin da nicht unbedingt Parteipolitiker. Um diesen Bezirk, diese Firma so zu verwalten, zu führen mit allen seinen Problemen, denn es ist in diesem Bezirk viel zu vereinbaren: Es ist die Wirtschaft, es sind die Bewohner und die Besucher unter einen Hut zu bringen. Und da kann man nicht immer genau nach parteipolitischen Kriterien entscheiden. (BV 1)

Was hier der BV des kleinsten, aber prominentesten Wiener Bezirks formuliert, entspricht auch dem expliziten Selbstverständnis einiger anderer BV, und bei anderen VorsteherInnen

mutiert die Beschreibung ihrer Tätigkeiten im Verlauf der Interviews kurzerhand vom etwas augenzwinkernd gezeichneten Bild des „Hausmeisters“ zu dem eines professionellen Regionalmanagers. Einige der „BezirksbürgermeisterInnen“, die sich große Teile ihrer Zeit mit den kleinen Anliegen ihrer BezirksbewohnerInnen beschäftigen (müssen), erweisen sich bei näherem Hinsehen als ausgeprägte Manager der regionalen Entwicklung:

Man muss einmal schauen, wie man Bauträger findet, die auch bereit sind, das zu finanzieren. Dann muss man sich mit der Stadt auseinandersetzen, damit man die notwendigen Widmungen zusammenbringt.

F: Das heißt, da geht stärker die Initiative von Ihnen aus als von irgendwelchen Bauwerkern?

Nur teilweise, das geht auch vom Rathaus aus, also da will ich bei Gott nicht sagen, dass da nichts geschieht, da gibt es genug Planer, die sich da Gedanken machen. Ich würde schon sagen, das geht von beiden Seiten aus. (...)

Ja, die [formalen Kompetenzen der Bezirke] sagen gar nichts darüber aus. Aber da gibt es keine einheitliche Linie. Hier muss man sich Kontakte schaffen, und je enger diese Kontakte sind, desto mehr wird man erreichen.

F: Welche Kontakte sind da am wichtigsten?

Persönliche Kontakte.

F: Eher Magistrat oder Unternehmen?

Ich würde sagen: beide Seiten. Denn es nützt mir nichts, wenn wir für etwas widmen, und dann finden wir niemand, der es finanziert. Da nützt mir nur die Magistratsseite nichts. Auf der anderen Seite, wenn ich Financiers habe und die Stadtplanung und Stadtgestaltung ist ständig dagegen, ist das auch ein Krampf. Denn da wird mir der abspringen und sagen, da geht nichts weiter. Ich kann mein Geld woanders auch anlegen. Also sind beide Seiten wichtig. (BV 3)

Der eben angesprochene 3. Bezirk ist der Bezirk mit der größten Bautätigkeit Wiens (mit großen Projekten wie Wien-Mitte, der Überbauung der U-Bahn-Hallen in Erdberg, dem TownTown-Projekt mit dem ehemaligen Schlachthof St. Marx – wo ein großes Zentrum für Technologie entsteht –, dem Eurogate auf den Aspang-Gründen etc.), und dies geht somit am Rollenprofil des BV, der beruflich vor seinem Umstieg in die Politik aus dem Bankenbereich (Z) kam, offensichtlich nicht vorüber. Ähnlich wie Erich Hohenberger sieht sich auch der BV des 22. Bezirks, Franz-Karl Effenberg, als Manager eines sich überaus dynamisch entwickelnden, rasch wachsenden Bezirks, der selbst aktiv auf Investorensuche geht:

Dann bin ich einer derjenigen, der immer auf Investorensuche ist – das ist naturgegeben dadurch, dass ich aus einem gewissen Stall komme.⁷ Da liegt mir natürlich die Bezirksentwicklung sehr stark am Herzen, es kann ja noch einiges realisiert werden im Bereich vor Kaisermühlen, wo ich einige Investoren an der Hand habe, wo die Dinge mit der Stadt bisweilen nicht so einfach zu koordinieren sind. Naja, weil es nicht üblich ist, dass ein Politiker auf Investorensuche geht. Ich bin noch dazu einer, der nicht nur den Investor bringt, sondern auch gleich kommt mit einer Projektmappe. Dadurch, dass ich aber aus dem Bereich Finanz komme, sehr viel im Bereich Planung zu tun hatte, auch Regionalplanung, ist es für mich eine klare Sache, wenn ich wo ein Projekt machen will und einen Investor habe, dann muss ich das Projekt irgendwie visualisieren. Da kann es natürlich

⁷ Effenberg war in den 1970er und 1980er Jahren Beamter der Wiener Finanzverwaltung, mit dem angesprochenen „Stall“ ist der Finanzstadtrat und Vizebürgermeister der 1980er und frühen 1990er Jahre Hans Mayr gemeint.

dort und da vorkommen, dass man das nicht gern hat, weil diese Kompetenz eigentlich woanders gelegen ist. (BV 22)

Der BV der Brigittenau (BV 20), eines lange Zeit peripheren Bezirks, erläuterte (ohne sie so zu nennen) im Interview die „Management“-Dimension der Bezirkspolitik besonders anschaulich, weshalb hier eine längere Interviewpassage zitiert werden soll:

Wir hatten in den neunziger Jahren einen der größten Entwicklungsschübe, die wir in der Geschichte des Bezirkes überhaupt je hatten. ... Wir haben in den neunziger Jahren im Bezirk insgesamt 6000 Wohnungen dazu erhalten. Das ist eine ganz gewaltige Entwicklung, und ab dem Gespräch, dass ein Liegenschaftseigentümer kommt mit dem Architekten und Ihnen das Projekt einmal vorstellt, bevor es überhaupt offiziell hinausgeht, ist es ganz klar, dass man die Kontakte aufnimmt. *Aber damals in der Entwicklung, die absehbar war, wo die damals in Planung oder Bau befindliche U6-Nord-Verlängerung quer durch den Bezirk war, so eine große Investition des Bundes und des Landes gibt gewaltige Entwicklungsschübe.* Ich habe auch immer dazu gesagt, Wohnungen dort und dort, aber *wir brauchen auch einen Plan für soziale Infrastruktur.* Weil das Aha-Erlebnis neue Wohnung, das geht ja dann vorüber. Wenn Du dann die Frage hast: „und wo ist der nächste Kindergarten, gibt es genügend Plätze, wo ist die nächste Schule“ – da haben wir dann natürlich auch fünf Schulen in diesem Zeitraum... aber das muss man gemeinsam auch planen, auch Flächen vorsehen, auch Kindertagesheime dazu erhalten, ein zusätzliches Wachzimmer. Wir haben uns einen Plan erstellt: wo haben wir die ärztliche Versorgung in allen Sparten, vom Dentisten, Zahnarzt, Fachärzte bis hin zum Praktiker, sie brauchen eine Krankenkassa, und dann Ärztekammer zu den praktischen Ärzten, Fachärzten, Zahnärzten, und haben da um Verständnis geworben und haben hier nicht alle Wünsche, aber überwiegend unsere Wünsche erfüllt erhalten. Ich habe das immer als gemeinsame Aufgabe gesehen: Ich kann nicht sagen, hurra da werden 300 Wohnungen gebaut, herrlich da tu ich den Spatenstich, Gleichfeier und Eröffnung. *Ich muss immer sagen: Was ist danach?*

Und so habe ich natürlicherweise die Chance genützt auch beim U-Bahn-Bau. Das ist sehr zeitaufwändig, weil man sich sehr intensiv in die Planungen einbringen muss, und wir haben entlang der U-Bahn-Trasse, die ja vom Donaukanal bis zur Donau geht, einen Grünzug durch den Bezirk gebaut, mit Radwegen, und haben Straßen rückgewidmet und Freiflächen für Fußgänger und Spielplätze gemacht (...).

Wir haben auch sehr offensiv Öffentlichkeitsarbeit gemacht, weil in der Bauzeit ist es für die Bewohner natürlich schlimm. Aber wir haben erstens die Pläne an vielen Plätzen dargestellt und auch, wie der Rohbau des Tunnels fertig war, einen Tunnelspaziergang gemacht. Da haben wir die Menschen eingeladen, sind beim Donaukanal rein gegangen, es haben die U-Bahn-Leute die Straßen angeschrieben, da ist dann das und das, und raus gekommen sind wir in der Nähe der Donau. Also (wir haben) auch die Menschen auf das sensibilisiert. Die Bauzeit war fünf Jahre und wirklich schlimm, denn es hat ja nur Sinn, eine U-Bahn zu bauen, wenn es im dichtest bebauten Gebiet ist. Aber wenn ich heute zu den Leuten sage, U-Bahn, wissen Sie noch... sagen die: ‚na, ich kann mich gar nicht mehr erinnern‘, sage ich, ja, am 4. Mai fährt sie schon wieder sieben Jahre, das alles ist auch so raschlebig diesbezüglich, und da sagen die Leute, Na, Herr Vorsteher – oder Karli –, die drei Jahre waren auch vorbei; sage ich, nein es waren fünf Jahre. (BV 20)

Es ist kein Zufall, dass BV Karl Lacina hier ausgerechnet den *U-Bahn-Bau* als zentralen Entwicklungsschub für den Bezirk anspricht: Bisher wurde die U-Bahn immer von der Gemeinde mit 50%iger finanzieller Beteiligung des Bundes errichtet. Unter diesem Gesichtspunkt hatte auch die Gemeinde ein eminentes Interesse, notwendige Infrastrukturverbesserungen in den Bezirken möglichst im U-Bahn-Budget unterzubringen, und Lacina – als ehemaligem Gemeinderat und Vertrautem von Wiens damaligem „starkem Mann“ Hans Mayr – war

dies bewusst. Auch unabhängig von dieser budgetären Seite hat die U-Bahn in den 1-2 Jahrzehnten die durch sie verkehrsmäßig erschlossen, zuvor periphereren Gebiete gleichermaßen als Wohngegenden wie als verkehrsmäßig nun gut angebundene Unternehmensstandorte massiv aufgewertet.

BV als MediatorInnen

Selbst aktiv auf Investorensuche für Projekte im Bezirk geht wohl nur eine Minderheit der BV; direkt angesprochen wurde dieser Aufgabenbereich nur in zwei Interviews (BV 3 und 22). Der Umgang mit Investoren und die Abstimmung von Interessen der BewohnerInnen, der Bezirksentwicklungsinteressen und der Stadt ist hingegen häufige Aufgabe vieler BV. Die BV werden hier vor allem in der Rolle als MediatorInnen tätig, wie der Vorsteher des 23. Bezirks – eines ebenfalls dynamisch wachsenden Bezirks – prägnant erläutert:

Als BV hat man auch eine Art *Mittlerfunktion* zwischen Bürger und anderen Interessengruppen. Die Besprechung, die vorher hier stattgefunden hat, war z.B. eine über die Neuerbauung der alten Brauereigründe in Liesing, da gibt es massive Interessen: Da gibt es Interessen der Investoren, Interessen der Stadtplanung und Interessen der Anrainer. Und meine Aufgabe ist es hier, alle Gruppen zu berücksichtigen, wobei ich natürlich vor allem mich um die hier wohnende Bevölkerung zu kümmern habe, aber ich kann natürlich auch nicht die wirtschaftlichen Interessen ganz außer Acht lassen, weil es ja auch um Steuergelder geht, es geht um Investitionen, die in Wien getätigt werden, es geht um Arbeitsplätze, die hier geschaffen werden, es geht um neue Wohnungen, die hier gebaut werden. Das heißt, dieses Wechselspiel zwischen den Interessen der Privaten, der Stadtpolitik, der Bezirkspolitik, den Anrainern, *das ist eigentlich eine klassische Mediationsfunktion*, die man da mehr oder weniger innehat, zu schauen, dass man hier Ausgleich schafft. (BV 23)

Diese MediatorInnenfunktion ist allerdings nicht nur eine zwischen wirtschaftlichen und BürgerInneninteressen, sondern ebenso eine zwischen unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung. Häufig angesprochen wurden:

- Generationskonflikte zwischen Jugendlichen und PensionistInnen, insbesondere im öffentlichen Raum, z.B. in Parks, aber auch in Gemeindebauten (in einem Teil der Bezirke dadurch akzentuiert, dass die Jugendlichen oft aus MigrantInnenfamilien stammen)
- Aber auch ganz banale Streitigkeiten zwischen MieterInnen u.ä.

Für derartige Problemstellungen gibt es natürlich auch seitens der Gemeinde Wien Einrichtungen wie die Gebietsbetreuungen, auch die Parkbetreuung u.ä., aber deren Einrichtung ist ihrerseits oft erst *Ergebnis* bereits gehäuft auftretender derartiger Konflikte; auch hält deren Existenz die Bevölkerung nicht notwendigerweise davon ab, sich trotzdem auch an die BV (bzw. ganz allgemein an BezirkspolitikerInnen) zu wenden, was wiederum auch zur Folge haben kann, dass manche Fraktionen dies zum Anlass von Anträgen an die Bezirksvertretung und/oder Anfragen an die BV machen.

3.4 BV als Anlaufstelle für Interventionswünsche

Die schon angesprochene „Bürgernähe“ und die ihnen zugeschriebene „Allzuständigkeit“ bedeutet nicht nur, dass sich viele BewohnerInnen mit politischen Themen (wie: Gestaltung

des öffentlichen Raums, Probleme mit der Verwaltung oder Wunsch nach Konfliktregelungen) an die BV (bzw. auch an andere BezirkspolitikerInnen) wenden. Durchaus üblich sind auch Wünsche nach konkreter Hilfe in Verwaltungsangelegenheiten bzw. Wünsche um Interventionen.

Die von den BV in den Interviews dabei beschriebenen Muster sind an sich ähnlich: BV sind grundsätzlich für nahezu alle Probleme im Bezirk eine zentrale Ansprechperson. Allerdings ergeben sich je nach politischer Struktur des Bezirks doch sehr markante Unterschiede:

- Es sind in erster Linie BV der SPÖ, die in quantitativ hohem Ausmaß auch mit sozialen Fragen wie Wünschen nach günstigen Wohnungen, Arbeitsplätzen, Hilfe in Sozialversicherungs- und Sozialhilfefragen konfrontiert werden. Dies spiegelt auch die unterschiedlichen Sozialstrukturen der Bezirke wider, die in den „klassischen Arbeiterbezirken“ mit einem deutlich höheren Anteil an sozial Schwachen eben ungleich mehr derartige Probleme produzieren.⁸
- Hingegen betreffen Vorsprachen von UnternehmerInnen und Gewerbetreibende (betreffend Baugenehmigungen, Betriebsanlagen/Betriebsansiedlungen, Genehmigung von „Schanigärten“ usw.) alle BV unabhängig von ihrer Partei.

a) Wünsche um Interventionen in Wohnungsangelegenheiten und Hilfe bei der Jobsuche

Die Zahl der einschlägigen Interventionswünsche schwankt aber sehr stark, auch im Vergleich der SPÖ-BV:

Ich habe jeden Freitag Sprechstunden, da sind 50% Wohnungsfälle dabei. Wenn ich das hochrechne, ich habe am Freitag ungefähr immer so zwischen 10 und 12 Leute, über den Daumen gepeilt habe ich 40 Freitage, dann sind das 400 Besucher, 50% sind 200, in dieser Größenordnung bewegt sich das. (BV 3)

Und die Nachfrage nach dem Zeitaufwand für derartige Interventionswünsche wird folgendermaßen beantwortet:

Die Frage ist sicher berechtigt: Auf der einen Seite zu viel, weil ich mich damit um große Visionen gar nicht kümmern kann, weil das nimmt mir sicherlich 70% meiner Tätigkeit in Anspruch. Von sämtlichen Leuten, die mich im Jahr besuchen, sind 10%, die weggehen und ich habe keine oder wenig Arbeit damit. Mit 90% habe ich zu tun, und das ist nicht ein Telefonat, da sind oft persönliche Besuche notwendig, denn am Telefon kann man auch nicht alles besprechen. Daher ist 70% nicht übertrieben. Das ist viel. (BV 3)

Die *Belastung ist freilich nicht nur eine zeitliche*, sondern – da es sich ja typischerweise um *echte Sozialfälle* handelt (andere können nämlich mit einigen Informationen durchaus routiniert an die zuständigen Stellen – Wiener Wohnen, Wohnbaugenossenschaften – weiterge-

⁸ Möglicherweise wenden sich manche Fragesteller um Interventionswünsche bei der als „rot“ angesehenen kommunalen Sozialverwaltung in ÖVP-regierten Bezirken eher an SPÖ-BezirkspolitikerInnen; dies kann auf Basis der hier durchgeführten Interviews, von denen eben nur die BV erfasst wurden, freilich nicht beantwortet werden kann

schickt werden) häufig auch eine emotionale. Diese ist vor allem dann groß, wenn es um – nicht erfüllbare – Hoffnungen auf einen Arbeitsplatz geht:

Das ist derzeit die schlimmste Situation. Das belastet mich, weil ich weiß, ich kann da nicht helfen. Bei den Wohnungen weiß ich, ich bringe schon irgendetwas zusammen. Manchmal gleich, manchmal nicht gleich. Aber hier bist Du ohnmächtig. (BV 20)

Die BV von Favoriten (10.), eines typischen „Arbeiterbezirks“ und zudem des *bevölkerungsstärksten* Wiener Bezirks, beschreibt ihren Umgang mit den (aufgrund der Bevölkerungszahl und –struktur) sehr zahlreichen Interventionswünschen folgendermaßen:

Das sind bestimmt 30, 40 Leute in der Woche, die wegen einer Wohnung kommen. Und wegen Arbeit vielleicht die Hälfte, 15, 20. Da ist der jugendliche Arbeitslose genauso dabei wie der, der mit 52 Jahren weg ist vom Fenster. Viele kommen auch, weil sie Debitierung haben, weil sie kein Geld haben zum Leben, weil sie Möbel brauchen, die einfachsten Dinge des täglichen Bedarfs. Manchmal kommen auch welche, die wollen nur reden, das kann auch sein. Da ist man dann wirklich auch Psychologe in der Richtung, da frage ich mich oft, wenn die dann gehen, was war jetzt eigentlich, was war die Quintessenz dieses Gesprächs? Einfach nur mitteilen, einfach nur reden, also das gibt es auch. Nachdem man sich bei mir nicht anmelden muss, ist das möglich, kann man das auch tun. Und das ist auch in Ordnung.

F: Was kann man in solchen Fällen eigentlich machen, z.B. beim Wunsch nach einer Wohnung?

Aufzeigen. Voraussetzungen: Es gibt genaue Richtlinien, wie komme ich zu einer Gemeindewohnung, das einfach zu sagen: hat er überhaupt eine Chance, eine zu bekommen, oder gibt es einen anderen Weg, auf Genossenschafts- oder einer Privatbasis. Da Wege aufzuzeigen, mehr kann man eigentlich nicht machen. Ich schreibe Befürwortungen, das ist ganz klar, wenn ich überzeugt bin davon, dass der Familie jetzt wirklich – *außerhalb* der Norm – geholfen werden muss. Ist manchmal von Erfolg gekrönt, manchmal auch nicht. Aber das geht an und für sich ganz gut, muss ich sagen, da gibt es auch Möglichkeiten, wirklich zu helfen über die Wohnungskommission, über die soziale Schiene, indem man sich einschaltet an den zuständigen Stellen. Wo dann Leute wirklich nach einem Telefonat rausgehen und eine Wohnung haben. Ist möglich. Ist nicht die Norm, aber es geht.

Bei Jobs ist es zunehmend schwieriger. Was vor ein paar Jahren noch gegangen ist, geht heute überhaupt nicht mehr. Also ich bin in letzter Zeit bei Jobs gar nicht mehr erfolgreich, absolut nicht. Ich habe immer gehabt beim Anker, bei Phillips, bei Siemens, Wienerberger, die paar, wo man sagt, da kann man wen unterbringen. Jetzt ist überall Aufnahmesperre. Bei der Stadt Wien selber, wo man immer Problemfälle bei der 42er, bei der 48er unterbringen hat können [Anm: Stadtgartenamt, Müllabfuhr], ist alles zu. Wo noch ein bisschen etwas geht sind Lehrstellen vermitteln. Man kennt doch die Gewerbetreibenden im Bezirk und redet im Laufe des Jahres auch viel mit den Leuten, und sie kommen auch, wenn irgendwo etwas benötigt wird, sei es Halteverbot, sei es eine Kurzparkzone, und da gibt es dann auch Ansprechpartner. Tischlerlehrling, Installateur, da kennt man schon seine Leute, Friseur, weiß man schon, da kann man anrufen und die nehmen vielleicht noch jemanden, und wenn da halt eine Empfehlung von der Frau Bezirksvorsteherin kommt, na dann nimmt man's halt und probiert es halt die drei Jahre. Das geht noch in beschränktem Ausmaß. Aber Erwachsene zurzeit gar nichts. Ob die Qualifikation gut oder nicht gut ist, das ist schon ziemlich egal. Ich verweise halt dann immer auf unser Job-Center auf der Geiselbergstraße, das wir gemeinsam haben mit dem 11. Bezirk, wo man natürlich auch die Verantwortlichen kennt, dort anruft und sagt, pass auf, der kommt jetzt, nimm Dich besonders an. Das kann man tun, aber ob letztendlich dann etwas herauskommt dabei ist eine andere Frage. Also auch da wieder: Wege aufzei-

gen, schauen, dass der in eine Maßnahme kommt oder vielleicht auch einen Kurs machen kann. Also das kann man auch tun, aber richtig Jobs, dass... ich sage jetzt: der geht mit einer Arbeit raus, das ist schon lange nicht vorgekommen.

Ich bin immer gleich sehr bodenständig, ich kläre das meist immer gleich... wenn Sie jetzt da sitzen und sagen, ich habe das Problem, gehe ich zum Telefon, schaue, was kann ich tun, und rufe dort einmal an und versuche das gleich zu erledigen. Nicht einfach nur sagen, danke, kommen Sie in 14 Tagen wieder, denn ich kann das gar nicht, ich muss das wegarbeiten, weil ich komme ja da gar nicht mehr nach mit meinen Terminen. Also bei mir muss das gleich in der Sprechstunde meistens irgendeiner Lösung zugeführt werden. (BV 10.)

Die Nachfrage nach Interventionen hängt zweifellos von der *Sozialstruktur* des Bezirks ab.

F: Interventionswünsche mit Wunsch auf eine Gemeindewohnung, kommt das noch öfter vor?

Ja. Ich will nicht sagen, unbedingt eine Gemeindewohnung. Sie kommen, wenn sie Wohnungsprobleme haben, und sind dann für alle Möglichkeiten, die man ihnen anbietet, eher offen. *Das, was wir relativ selten haben im Bezirk, das sind soziale Probleme: Also der Bezirk ist von der Bewohnerstruktur eher A/B-Schicht, die Kaufkraft im Bezirk liegt über dem Wiener Schnitt, also wir sind ein sehr gut verdienender Bezirk und damit gibt es mehr Wohnungsfälle, weil sich die Kinder mit den Eltern nicht vertragen, als dass sie sich die Miete nicht leisten können.* Oder Scheidungsfälle. Aber nachdem die Möglichkeiten bei Gemeindewohnungen eher eingeschränkt sind, da etwas zu tun, ist das nicht so wie es zu Zeiten war, Du bist ins Bezirkssekretariat der SPÖ gegangen mit der Beitrittserklärung und hast eine Wohnung gekriegt. Das war so nie, sage ich auch noch dazu, aber zumindest hat es die Meinung gegeben. Also in dieser Form rennt es nicht mehr. Mich interessiert auch nicht, wenn einer kommt, ‚ich bin schon so lange Mitglied‘, da sage ich, ‚das ist mir wurscht: Haben Sie ein Problem oder nicht?‘ Also mich interessiert eher das Problem eines Menschen und nicht seine Mitgliedschaft.

Wenn ich von Wohnungsinterventionen pro Jahr ausgehe, (dann sind es) ungefähr hundert. Jobinterventionen etwa auch so viele. Kindergartenplätze keine mehr, wir haben eine 100%-Deckung im Bezirk. Hort-Interventionen brauche ich nicht, da sind wir jetzt dabei, in jeder Schule eine Nachmittagsbetreuung sicherzustellen. Also, manche Dinge haben sich auch schon erledigt. Früher war ein Kindergartenplatz ein Problem, und auch die Erledigung bei den Wohnungsfällen geht wesentlich doch immer einfacher als beispielsweise Job-Erledigungen. Also gerade das Problem, arbeitslose Akademiker unterzubringen, das schaffe ich fast nicht. Das fängt bei Juristen an bis zu den klassischen Orchideenfächern, da ist es extrem schwer. Oder Hilfsarbeiter unterzubringen, also da habe ich unerledigte Fälle liegen, die ich nicht wirklich lösen kann. (BV 9)

[nach dem Hinweis des Interviewers, dass die Vermittlung von Wohnungen früher offensichtlich stark dem Rollenbild vom BV entsprochen hat, aber in jüngerer Zeit anscheinend abgenommen habe:]

Ja, ich glaube auch. *Ich war früher, wie ich BV-StV war [1988-91], so quasi der Wohnungsreferent der Partei.* Und damals war das schon wesentlich weniger als bei meinem Vorgänger: Der hat einmal in der Woche am Abend im Sekretariat Sprechstunde gehabt, und die hat gedauert von sechs bis zehn, elf in der Nacht. Und das waren Wohnungsfälle. Das ist es sicher nicht mehr. Zum Teil glauben die Menschen wahrscheinlich nicht mehr daran, dass man ihnen helfen kann, weil wir alles objektivieren, hol Dir eine Nummer und nach der kriegst Du Deine Wohnung, wurscht wie es Dir geht und wie dringend es ist. Also damit glauben manche, man kann nicht helfen, *also es kommen wirklich die, die ein gravierendes Problem haben.* [bringt ein Beispiel...] Also die Fälle sind dann eher komplizierter, nicht die Dutzendfälle. (BV 9)

Allerdings steht ein Teil der BV Interventionen auch aus prinzipiellen Gründen eher ablehnend gegenüber:

Interventionen gibt es Gott sei Dank nicht allzu viele, denn die Möglichkeiten zu helfen, egal ob es um den Beruf geht, eine Wohnung geht, Schulplatz, alles habe ich schon gehabt, aber da gibt es ja nicht wirklich viele Möglichkeiten und vor allem bedeutet es ja immer, den einen anderen vorziehen zu wollen, und das ist ja eine nicht wirklich faire Angelegenheit. (BV 6)

Oder als (kritische) Einschätzung eines BV, der sich noch selbst um derartige Wohnungswünsche kümmert:

Aber viele meiner Freunde haben Sprechstunden wegen Wohnungen nicht mehr. Denn bei Anmeldungen wird im Büro gesagt: Wohnberatungszentrum oder Wohnungskommission. Bei mir nicht, aber das nimmt schon sehr viel Zeit in Anspruch. (BV 20)

Wenn man das übliche Bild in sozialdemokratischen Bezirken zusammenfassen will, so ergibt sich – zumindest auf Basis des in den Interviews berichteten Bildes –, dass fast alle SPÖ-BV wöchentlich mehrere derartige Vorsprachen pro Woche in ihren Sprechstunden haben, dass in einigen Bezirken aber auch sehr viel mehr, in einigen Bezirken hingegen fast keine derartige Interventionswünsche auftreten. Der Vollständigkeit muss allerdings erwähnt werden, dass innerhalb der SPÖ üblicherweise auch die BezirksparteisekretärInnen derartige Wohnungsfragen bearbeiten, das von den BV gezeichnete Bild also nicht vollständig sein muss. Ebenfalls wichtig ist aber auch zu erwähnen, dass die vor einem Jahrzehnt durchgeführte „Entpolitisierung“ der Wohnungsvergabe durchaus Früchte getragen hat: die Fälle, um die sich die BV persönlich kümmern, betreffen tatsächlich echte soziale Problemfälle.

ÖVP-VorsteherInnen werden mit diesem Thema offensichtlich viel seltener konfrontiert und fühlen sich dafür auch aufgrund ihrer eigenen – traditionell deutlich schlechteren – Zugangsmöglichkeiten zu diesem Bereich der Gemeinde auch weniger zuständig:

Es war am Anfang meiner Funktionsperiode, dass Leute wegen Gemeindebauwohnungen auch zu mir gekommen sind. Aber mittlerweile habe ich immer dasselbe gesagt: Ich habe zu Wiener Wohnen nicht mehr Beziehung als Sie selbst. Denn wenn ich sage, ich bin der Meinung, Sie sollten eine Gemeindebauwohnung im 8. bekommen, werden sie mir dasselbe mitteilen wie Ihnen selber. Und ich habe das immer abgelehnt. Es gibt sicher sehr menschliche Situationen, wo man gern helfen würde, aber da weiß man nicht, wo man anfängt und wo man aufhört. Und nachdem das wirklich ein roter Verein ist mit den Wohnungen, will ich mir das ersparen, mich selbst zu blamieren. (BV 8)

F: (...) Apropos Wohnfragen, kommen eigentlich Leute zu Ihnen als „schwarzem“ BV mit der Erwartung, eine Wohnung zu bekommen?

Ja, wenn auch nicht mehr so wie früher. Das hat sich schon herumgesprochen, dass das ein bisschen anders geworden ist. Ich meine, als ÖVP-BV hat man sowieso weniger Möglichkeiten auch in der Vergangenheit gehabt, aber ich habe das eigentlich, wie soll man sagen, ausgegliedert. Es gibt unsere Hietzinger Gemeinderätin, die hat schon vorher, wie sie noch im Bezirk tätig war, für mich die Wohnungssachen bearbeitet, ist auch in der Wohnungskommission gewesen, und die macht das einfach weiter. Also sie hat die Kontakte, kennt die Leute und weiß auch die rechtlichen Bedingungen, daher brauche ich mich *persönlich* nicht um die Details kümmern. Aber die Leute kommen natürlich schon.

Zum Beispiel war kürzlich eine Frau bei mir, die ich schon gekannt habe, weil ihre Großmutter ist über 100 Jahre⁹ und die pflegt sie. Die hat eine Familie mit fünf Kindern, die braucht eine größere Wohnung und die wären in den 22. Bezirk verpflanzt worden. Das geht halt so, auf dem Papier ist das ja leicht möglich. Und natürlich werde ich mich bemühen und bin auch sicher, dass es gelingt, dass die in der Nähe wo bleiben kann und hier eine Wohnung bekommt. Also solche Fragen kommen natürlich immer wieder. (BV 13).

b) Vorsprachen von Gewerbetreibenden, in Bauangelegenheiten usw.

Vorsprachen von Gewerbetreibenden, Bauwerbern u.ä. gehören zum Arbeitsalltag von BV. Beispielsweise werden Bauprojekte, bevor sie eingereicht werden, regelmäßig auch dem BV präsentiert – ob es sich nun um Wohnbauten oder um Büroflächen/Betriebsanlagen, um Renovierungen oder Großprojekte wie z.B. den Millenniums-Tower handelt. Denn den Projektwerbern ist durchaus bekannt, dass vom Projekt überzeugte BV bei Genehmigungen durch die Gemeinde sehr hilfreiche Verbündete sein können bzw. – so die Genehmigung beim Bezirk liegt – sogar essenziell sind, und dass im umgekehrten Fall BV, die erst durch Anrainer bzw. Bürgerinitiativen *gegen* ein Projekt mobilisiert werden, sich als ernsthaftes Hindernis erweisen.

Auch Gewerbetreibende und Unternehmen haben häufig mit dem Bezirk zu tun – sei es im Umgang mit BewohnerInnen (die sich beschweren könnten), sei es, weil der Bezirk bzw. der/die BV in Genehmigungsverfahren beteiligt sind, sei es, weil der Bezirk selbst zuständig ist (bei unwesentlichen Abweichungen von Bebauungsvorschriften gemäß §69 Wr. BauO), bei der Gestaltung des Straßenraums oder Markierung von Parkplätzen, der Genehmigung von Ladezonen, von Schanigärten usw.

Ich sehe mich eher als eine Art Katalysator, der kraft dieser Funktion und kraft des in Österreich üblichen vorausseilenden Gehorsams vielleicht das eine oder andere beschleunigen oder erreichen kann. Die Funktion als solche gibt mir nicht das Recht dazu. (BV 18)

BV Homole (BV 18) führte dazu näher aus, dass dies zwar Anrufe bei den zuständigen BeamtInnen und die Bitte, sich eine Sache anzusehen, oder die Nachfrage umfasse, wieso etwas nicht gehen soll, zieht aber zugleich eine klare Grenzlinie, was nicht mehr zulässig sei:

Darunter verstehe ich aber nicht – das sage ich ganz dezidiert – Interventionen vielleicht in Bauangelegenheiten oder solche Sachen. Also da bin ich sehr heikel. Ich stelle gerne den Kontakt her, ich erkundige mich, „was ist der Grund, warum sagt ihr da nein dazu“, aber ich bin nicht der, der sagt „heast, bittschön tut’s das“, weil ich mich auf nichts einlassen will. Dass es heißt, der Vorsteher hat da interveniert oder das erreicht usw. (BV 18)

⁹ Erklärung: BV Gerstbach kennt die Großmutter – und daher die für sie sorgenden Familienangehörigen – vermutlich durch die Ehrungen, die BV (spätestens) ab den 100-jährigen Geburtstag immer persönlich vornehmen.

3.5 BV als „Repräsentativorgane“

BV sind auch für die Wahrnehmung zahlreicher Repräsentationstermine zuständig. Sie sind dabei im Grunde für ihren Bezirk VertreterInnen des Bürgermeisters der Stadt Wien. Das heißt, BV übernehmen den Ehrenschatz lokaler (z.B. Kultur-) Veranstaltungen und Bälle und nehmen in ihrer Funktion an kulturellen Terminen (Ausstellungseröffnungen/Vernissagen usw.) teil. Einen besonderen Aufwand stellen Ehrungen dar: Es werden nämlich von der Stadt Wien alle JubilarInnen einer goldenen/diamantenen/steinernen Hochzeit vierteljährlich zu einer Feier ins Rathaus (mit dem Bürgermeister, hier nehmen jedenfalls auch die BV teil) geladen, aber ebenso auch von RepräsentantInnen der Bezirkspolitik besucht; ebenfalls werden hochbetagte JubilarInnen für ihren 90., 95. und jährlich ab dem 100. Geburtstag von BezirkspolitikerInnen besucht und mit einem Geldbetrag gewürdigt.

Viele BV setzen ihren Ehrgeiz darin, diese Ehrungen (sofern von den JubilarInnen nicht andere BezirkspolitikerInnen gewünscht werden) möglichst alle selbst zu machen:

Ich sage immer, mein Motto ist, ich habe die Menschen gern, darum habe ich bis jetzt auch schon 8000 Ehrungen gemacht, Geburtstage, Hochzeiten etc., das heißt ich komme mit sehr vielen Menschen zusammen, und im Endeffekt wirkt sich das bei den Wahlen im 19. Bezirk aus. (BV 19)

Im Regelfall machen die BV die Hochzeitsjubiläen selber, zu Geburtstagen werden in den bevölkerungsreicheren Bezirken aber unterhalb der 100. Geburtstage nolens volens die Termine mit dem BV-StV aufgeteilt und/oder überhaupt BR geschickt. In kleinen Bezirken mit generell niedrigerem Arbeitsanfall (nicht nur bei Ehrungsterminen) machen manche BV hingegen alle Termine selber (meist mehrere Termine nacheinander an ca. zwei Tagen pro Woche). Derartige Termine haben für BV durchaus eine wichtige Funktion: bei Ehrungen ist häufig die gesamte Familie samt Verwandten, Enkelkindern usw. versammelt, es ergeben sich Gelegenheiten zu Gesprächen über diverse Probleme und sie kommen in Häuser, die für sie üblicherweise verschlossen sind – sprich, sie lernen auch entlegene Winkel ihres Bezirks, die Bausubstanz alter Häuser usw. kennen. Für die Besuchten ist der Besuch von BV natürlich ein freudiges Ereignis: Die BV haben (anders als in häufigen anderen Standardkontakten mit BezirkbewohnerInnen, bei denen es um Probleme im Bezirk geht) also sehr positive Rückmeldungen.

Die 200 bis 280 goldenen Hochzeiten pro Jahr, die mache ich überwiegend noch selber. Die teile ich mir zweimal pro Woche drei hintereinander ein, da mache ich von eins bis halb vier drei goldene Hochzeiten. Morgen [Donnerstag] ist wieder so ein Tag und am Freitag auch. Und nachher mache ich meine Sprechstunde bis halb sechs. Aber manchmal sind so viele, weil man das ja auch zum Termin machen will, wenn die Leute wirklich die ‚Goldene‘ haben, nicht drei Wochen später oder so, dass wir beide [gemeint: auch der BV-StV, mit dem sie derartige Termine aufteilen kann] gehen. Das müssen wir uns so einteilen. Aber vorwiegend mache ich die Goldenen, weil ich das sehr gerne mache und weil das eine Chance ist, Menschen kennen zu lernen im Bezirk, denen man sonst nicht begegnet. Man wird dort privat eingeladen in die Wohnung, dort gibt es Kinder, Enkelkinder, Familie, Freunde, und man hat dort die Chance, irrsinnig vielen Menschen im Bezirk zu begegnen, die man so nicht trifft. Und das ist ein schöner Anlass, alle freuen sich. Ich habe natürlich dann das Problem, zu überlegen: Was esse ich bei der ersten, was esse ich bei der zweiten, was mache ich bei der dritten, weil das ist nämlich hart, sehr hart,

weil es ist alles da, und ich mag nicht trinken (...) also es ist schwierig, da durchzukommen. Die Leute, für sie ist es das Fest, und das wird gefeiert, da gibt es Kaffee, Kuchen, Brötchen, Sekt und und und, manche kochen auch warm, das ist ja das allerschlimmste, so gut es gemeint ist. Mein Vorgänger hat gesagt, Du wirst sehen, die ‚Goldenen‘ kosten Dich im Jahr zehn Kilo. Ich habe gemeint, das kann mir nicht passieren – in Wahrheit ist es so. (...) Es ist manchmal schwierig, aber auch sehr schön. (BV 10)

Die Zahl an Hochzeitsjubiläen, die die BV des bevölkerungsreichsten Bezirks Favoriten hier genannt hat, entspricht in kleinen Bezirken der Zahl *aller* Ehrungen.

Allerdings sind die Impressionen nicht *nur* positive, und gerade bei Geburtstagen sind nicht selten auch die sozialarbeiterischen Fähigkeiten der BV gefragt.

Und das wird von den Leuten schon anerkannt und beachtet, dass ich das selber mache. In anderen Bezirken macht es sehr oft der Bezirksrat, da tut es sich der Vorsteher nicht an. Ich sehe das aber sehr kritisch, denn das wollen die Leute. Ich gehe dort ja nicht nur hin und gebe ihnen die Ehrengabe

F: ... sondern man erfährt ja viel von denen und kommt in Wohnungen hinein, in die man sonst nie hineinkommen würde, nehme ich an?

Natürlich, und das ist also das Interessante. Da kommen sie natürlich auch in manche Familien hinein, wo sie überrascht sind, dass es so was heute gibt, so einen Standard. Und das sehe ich auch als eine soziale Aufgabe, um denen aufgrund der Erkenntnis, wie es dort ist, zu sagen, da gibt es den Dienst, den Besuchsdienst, den Pflegedienst, den Reinigungsdienst und und und. Die wissen das oft nicht. Oder sie sehen ihre Situation auch oft gar nicht so. Ein alter Mensch merkt nicht, wenn er nur in der Wohnung ist, wie es dort stinkt, ja? Das kann ich ihnen nicht sagen, bei Ihnen stinkts. Aber ich kann schon sagen, gell, Sie tun sich schon schwer beim Zusammenräumen, wissen Sie, da gibt's ja die Möglichkeit.... Oder: Sie gehen ja so schlecht, haben Sie schon eingereicht für ein Pflegegeld, damit Sie sich eine Pflege leisten können usw.. Das sehe ich auch dabei als wichtig. Dann gehe ich zum Beispiel in den Wohnhäusern grundsätzlich entweder bergauf oder bergab nicht mit dem Aufzug, sondern zu Fuß, um mir auch das Wohnhaus anzuschauen. Um mir eventuell über die Reinigungssituation, über die Akzeptanz der Hausbesorger ein Bild machen zu können. (BV 21)

3.6 BV-Tätigkeit als zeitaufwändiger Hauptberuf

Seit 1997 ist das Amt des BV auch rechtlich zu einem Hauptberuf geworden, der mit der Ausübung einer zusätzlichen Berufstätigkeit nicht mehr vereinbar ist: Binnen dreier Monate nach Antritt des BV-Amtes ist ein Zivilberuf zurückzulegen. Die rechtliche Verankerung der Inkompatibilität *im Zuge der Erweiterung der Bezirksautonomie 1997* war kein Zufall: Durch diesen Dezentralisierungsschritt wurde tatsächlich die Arbeitsbelastung der BezirkspolitikerInnen (nicht nur der BV) deutlich erhöht. Zuvor hatten zumindest einige von der ÖVP gestellte BV von Innenbezirken dieses Amt *neben* ihrem Beruf ausgeübt, während für SPÖ-BV immer schon eine (innerparteilich festgelegte) Inkompatibilität zwischen dem BV-Amt und einem daneben ausgeübten Beruf bestanden hatte. Die SPÖ-interne Regelung ergab sich zweifellos auch aus der typischerweise höheren Arbeitsbelastung sozialdemokratischer BV, die typischerweise die *großen* Bezirke bzw. unter den von der Bevölkerungszahl kleineren Bezirken vor allem diejenigen mit größeren sozialen Problemen und einer höheren Nachfrage nach zeitaufwändigen Interventionsleistungen zu regieren hatten. Seit 1997 wäre aber nach übereinstimmender Aussage der AmtsinhaberInnen mittlerweile auch die Arbeit in kleinen

und überdurchschnittlich „reichen“ Innenbezirken kaum mehr auch nur mit einem nebenbei betriebenen Halbtagsjob vereinbar.

Die eigentliche „Arbeitszeit“ von BV lässt sich allerdings nur unscharf beziffern. Es gibt einen Kernbereich, der eindeutig Arbeitszeit *als BV* ist: Tagungen der Bezirksghremien und deren Vor- und Nachbereitung, bürointerne Besprechungen und Besprechungen mit Beamten des Magistrats (zum Budget und diversen Projekten), Vorsprachen von BewohnerInnen, UnternehmerInnen und ProjektbetreiberInnen. Hinzu kommen zahlreiche Repräsentationsverpflichtungen: Im vorangegangenen Abschnitt wurde auf die zahlreichen Ehrungen (goldene, diamantene, steinerne Hochzeiten, 90., 95., 100. und höhere Geburtstage) hingewiesen. Hinzu kommen aber regelmäßig auch noch Abendtermine (zu diversen Veranstaltungen, Vernissagen, Diskussionsveranstaltungen, auch reine Parteitermine) und ähnliche Termine am Wochenende, die ebenfalls als Ausfluss der Repräsentationspflichten eingestuft werden können. JournalistInnen der monatlich erscheinenden Bezirkszeitungen, aber auch der Tageszeitungen Kurier (der vor einigen Monaten seine Bezirksberichterstattung stark ausgebaut hat) und Krone wollen ebenfalls regelmäßig mit Neuigkeiten aus dem Bezirk „bedient“ werden, weshalb auch die Pressearbeit zunehmend zeitintensiver wird. Nicht zuletzt sind die BV, wie bereits herausgearbeitet wurde, auch hochrangige FunktionärInnen ihrer Parteien, wodurch sich sowohl parteiinterne Termine, als auch – von den erwähnten Repräsentationspflichten oft schwer trennbare – sonstige öffentliche Auftritte ergeben. Besonders typisch für das BV-Amt (wie im übrigen für jede politische Spitzenfunktion) ist das *Ineinanderfließen von Beruf (öffentliches Amt) und Freizeit*.

Wenn irgendjemand sagt, ich arbeite 16 Stunden am Tag, dann stimmt das genauso wie wenn jemand sagt, ich arbeite fünf Stunden. Ich fange in der Regel um neun Uhr vormittags an – das ist ein Privileg, mein Büro muss um halb acht da sein, ich komme um neun. Außer es sind Sitzungen, das gibt's auch, am Montag habe ich einen Termin um acht in der früh. Das sind meine Reservetermine, dann sage ich, okay, dann machen wir es halt vor neun. Und ist, wenn ich am Abend in ein Lokal im Bezirk gehe, das noch Arbeit oder nicht? Das ist eine Definitionsfrage. Meine Frau sagt, wenn sie mit mir alleine einen Abend verbringen will, dann geht sie nicht im Bezirk. Denn ich kann in kein Lokal gehen, ohne dass mich zumindest der Wirt anredet – und nicht fragt, was ich trinken will, sondern ein Problem hat und reden will. Und darum, sage ich, kann man Arbeitszeit nicht werten. Vor 14 Tagen war ich in der Markthalle einkaufen, weil ich wissen wollte, wie geht's nach der Renovierung, die wird neu umgebaut. ... Also meine Frau hat alles eingekauft, hat nach an der Kassa auf mich gewartet, ich habe dort drei Sprechstunden voll gehabt. Die mich angeredet haben, weil sie ein Problem gehabt haben. Ist das Arbeitszeit oder ist das Freizeit? Ich lebe 24 Stunden in meinem Job. (...) Die Wahnsinnigen, die mich um zwei in der Früh anrufen und sagen, du Trottel, ich kann nicht schlafen, weil Du unten aufgraben lässt, jetzt brauchst Du auch nicht schlafen ... Darum, sage ich, kann man das nicht wirklich bewerten. (BV 9)

In diesem Bezirk glaube ich sind es zwei full-time-jobs. Ich beginne in der Früh um halb acht, acht. Ich freue mich, wenn ich um am Abend um acht, viertel neun nach Hause komme. Dann ist das Feiertag, wirklich noch etwas privat zu haben von einem Abend. Meistens ist es zehn, elf; ich schaue immer, dass ich vor Mitternacht nach Hause komme. Wochenende sind fallweise auch... Es gibt freie Tage, die muss man sich aber bewusst nehmen.

F: Flüchten Sie da aus dem Bezirk?

Nein, ich wohne gern da im Bezirk. Ich sage immer, ich gehe jetzt ein bisschen wohnen, also nach Hause wohnen. (BV 10)

Also ich kann mit meinem Kalender leicht nachweisen, dass ich 80 bis 90 Wochenstunden unterwegs bin. Wobei unterwegs heißt: für den Bezirk tätig, ob jetzt im Büro, bei irgendeinem Außentermin, bei einer Bürgerdiskussion oder sei es zu Hause spät in der Nacht, dass ich meine Mails abfrage oder Antworten schreibe.

F: Schaffen Sie es am Wochenende, einen Tag frei zu halten?

Selten. Zum Leidwesen meiner Frau. Aber ich versuche gerade am Wochenende, wenn es Veranstaltungen sind, die eher als Unterhaltungsveranstalten (einzustufen sind), wo ich halt zur Eröffnung eingeladen werde oder zum Teilnehmen usw., dann halt mit meiner Frau präsent zu sein, und eben damit auch quasi das Familienleben wenigstens unter diesem Titel führen. (BV 21)

Die Wochenendtermine werden von einem Teil der BV eher als notwendiges Übel betrachtet, zumindest einen Tag hätten die meisten AmtsinhaberInnen gerne doch allein für sich und ihre Familie:

An sich habe ich mir einmal geschworen, jeden Sonntag frei zu lassen. Das funktioniert fast, nicht ganz. Es gibt einzelne Ausnahmen, wo ich auch am Sonntag dann noch Termine wahrnehme, wenn es besondere Termine sind, aber im Wesentlichen versuche ich den Sonntag wirklich heilig zu halten. (BV 23)

Für einen BV sind die Wochenendtermine hingegen positiv besetzt und geradezu notwendiger Ausdruck seiner besonders bürgernahen Auffassung seines Amtes:

Ich gehe sehr gerne zu den Menschen hin, ob das jetzt auf der Straße ist, ob das bei Kirtagen, beim Flohmarkt, bei Verteilaktionen, bei Ehrungen oder sonst wo ist, ich bin bei jeder Kirchenveranstaltung dabei, ich bin bei jedem Sportverein dabei, ich bin bei jedem Turnverein dabei, bei jedem Kulturverein und und und, das mache ich gerne. *Und die Menschen, die am Wochenende – und das ist ja der Hauptjob; Job ist natürlich die Administration hier, aber die Hauptaufgabe des Mandatars ist ja dann eigentlich am Wochenende, wo jene Menschen Zeit haben, eine Veranstaltung zu organisieren, die halt bis Freitag berufstätig sind, und die haben meiner Meinung nach das gute Recht, zu sagen, der BV soll mit dabei sein, wenn wir etwas tun.* Dabei bin ich am Wochenende zeitlich eher mehr eingesetzt als unter der Woche. Da gibt es halt die Sitzungen und Besprechungen unter der Woche, aber Veranstaltungen von verschiedenen Vereinen finden am Wochenende statt, und da bin ich gerne mit dabei. Und das gehört meiner Meinung nach dazu, und auf der anderen Seite lerne ich natürlich sehr viel, weil man ja in Gesprächen das eine oder andere hört, das eine oder andere Problem kennen lernt oder auch Vorschläge bekommt, wie man etwas lösen könnte oder so. (BV 19)

Die zeitliche Belastung ist allerdings nicht auf alle Jahreszeiten gleichmäßig verteilt, gewisse „Atempausen“ gibt es auch für BV:

Es gibt da einen Zyklus: Es beginnt relativ harmlos im Jänner, da sind noch freie Abende und Nachmittage, und es steigert sich bis zum Juni zu einem sehr dicht gedrängten Programm dann vor dem Urlaubsbeginn, dann sind wieder die Sommermonate ruhig, der August ist sehr ruhig, das ist für interne Arbeiten. Nachdem ich SPÖ-Vorsitzender bin, bereite ich da das Herbstprogramm vor und habe eigentlich wenig Verpflichtungen und viel Freizeit. Es beginnt dann im September relativ ruhig, wobei im September noch so Wochenendveranstaltungen sind, da gibt es Straßenfeste, die in der schönen Jahreszeit noch stattfinden, aber die Abendveranstaltungen und die sonstigen Termine sind da weniger. Und das steigert sich bis Weihnachten zu dem ganz normalen Wahnsinn, wo neben

den Dingen, die man im Jahr noch erledigen muss, die Weihnachtsfeiern sich dazu gesellen. (BV 15)

3.7 BV als besonders stark lokal verwurzelte PolitikerInnen

Die Trennung von Amt und Privatleben wird auch dadurch erschwert, dass fast alle BV im Bezirk wohnen und dort typischerweise auch persönlich und familiär stark verwurzelt sind.

Ich hätte Ende 1988 Landespartei sekretär der Wiener SPÖ werden sollen. Ich habe dann am selben Tag der Beschlussfassung noch abgesagt, denn ich bin ein geborener Brigittenauer, lebe heute noch in der Brigittenau, meine Eltern, Schwiegereltern... Und ich sehe es daher als die schönste Aufgabe, Bezirksvorsteher in meinem Heimatbezirk zu sein. Und das habe ich auch mit einem Mehr an Geldmitteln nicht eingetauscht. Und es ist ja sicherlich auch die schönste Aufgabe. (...) Also ich bin ja schon über 60, Sie kennen ja so viele Menschen, die ich teilweise schon gekannt habe als Bub, von der Schule kennt man noch so viele, ältere Menschen, die meine Eltern noch gekannt haben ... Im eigenen Lebensraum, wo man selbst lebt und gern lebt, wo die Tochter, das Enkelkind, der Bruder, die Schwägerin wohnt – da etwas zu tun, das ist für mich persönlich die schönste Aufgabe. (BV 20)

Ich bin eigentlich mit Leib und Seele Josefstädterin, ich kann mir nicht vorstellen, dass ich in Wien woanders wohne. Die Nähe zur Innenstadt, alles kann man zu Fuß machen, die Infrastruktur stimmt, Kultur gibt's... (BV 8)

Dies hat aber als Konsequenz, dass die BV natürlich *auch in ihrer Freizeit* „öffentliche Personen“ sind, wie bereits beschrieben wurde – ja dass sie *gerade dann* für Personen mit „Schwellenängsten“ vor der Vereinbarung eines formellen Termins besonders einfach „greifbar“ sind.

Dadurch dass ich auch da wohne ist ja meine Amtszeit nicht Amtszeit, sondern wenn ich einkaufen gehe am Samstag mit der Gattin oder spazieren gehe, dann kommen die Leute genauso. Sie sind ja eh überwiegend höflich und fragen immer, ‚dürfen wir Sie anreden‘, ‚dürfen wir Sie stören‘, ja selbstverständlich dürfen sie mich stören, ist ja kein Problem (lacht). Aber natürlich sage ich auch, bitte sind sie so lieb, ich habe nur drei Minuten Zeit, heute habe ich viel zu tun, ich muss rennen... ja? Aber da haben Sie mein Karterl, rufen Sie mich an, oder geben Sie mir Ihr Karterl oder Telefonnummer, ich rufe Sie zurück. (BV 20)

Ich habe es die ersten Wochen versucht, mir das [die Arbeitszeit als BV] irgendwie zu notieren. Ich hab's dann aufgegeben, denn wo ist die Grenze? Wenn ich für eine Einkaufsstrecke dann nicht mehr fünf Minuten brauche, sondern eine dreiviertel Stunde, weil mich fünf Leute erwischen, was ist das jetzt – Privatzeit oder Berufszeit? Es geht fließend eins ins andere. Solange man sich irgendwie im öffentlichen Raum bewegt, ist man BV, ob man will oder nicht. (BV 3)

Hin und wieder flüchtet man auch, das gebe ich offen und ehrlich zu, aber hin und wieder ist es auch von großem Vorteil, da erspare ich mir viele Telefonate, weil sie mir's gleich am Weg sagen können. (BV 8)

Die wenigen BV, die nicht im Bezirk wohnen, haben dennoch enge Beziehungen zum Bezirk: So war der Vorsteher des 2. Bezirks hier zuvor langjähriger Bezirkspartei sekretär, was natür-

lich zur Folge hat, dass er von daher die Bezirksprobleme, alle SPÖ-FunktionärInnen und viele LeopoldstädterInnen zweifellos sehr gut kennt. Der Vorsteher des 15. ist in diesem Bezirk geboren und aufgewachsen, übersiedelte freilich (nicht untypisch für diesen Abwanderbezirk) nach seiner Heirat in die Wohnung seiner Frau:

Ich wohne auch nicht im Bezirk, wohne im 21. Ich bin hier auf die Welt gekommen, habe viele Jahre – bis 1977 – hier im Bezirk gewohnt und bin dann in die Wohnung meiner Frau gezogen. Ich habe mir nicht den Bezirk, sondern meine Frau ausgesucht. (BV 15)

Und die Vorsteherin des 14., die hier – auch vermittelt über ihren Beruf (Geschäftsführerinnen-tätigkeit im Bereich der Kinderfreunde) – innerhalb der Partei „politisch groß geworden“ ist, benennt die Schwierigkeiten, die eine nachträgliche Wohnungssuche im Bezirk für bereits etablierte PolitikerInnen bedeuten würde:

Ich wollte eigentlich immer schon nach Penzing, ich wohne aber mit guter Infrastruktur versorgt in einem anderen Bezirk und habe eigentlich nicht unbedingt in Penzing etwas gefunden, was ich mir leisten hätte können, das in einer ähnlichen Ebene ist. Jetzt ist es ein bisschen schwierig, umzuziehen, denn überall dort wo ich hinziehen würde, wäre wegen der Frau Vorsteher irgendetwas gemacht worden. Das erlebe ich jetzt gerade so mit. Was man natürlich schmunzelnd betrachten muss, weil es ja nicht so ist, aber man braucht nur mit Vorstehern zu reden, die im Bezirk wohnen und dann *im Bezirk umziehen*, wie oft dann gesagt wird, na eh klar, jetzt wohnt er so und so dort und deshalb, nicht? (BV 14)

3.8 BV als KonsenspolitikerInnen

Typisch für die meisten BV in der laufenden Periode dürfte ein relativ konsensorientiertes Politikverständnis sein. Typisch ist z.B. – selbst in Fällen, wo die BV-Partei über absolute Mehrheiten verfügt, also auf die Zustimmung anderer Fraktionen gar nicht angewiesen wäre – das Bemühen um konsensuale Vorgangsweisen bzw. „übergroße“ Mehrheiten für eigene Anträge.

Ich muss dazu sagen, dass ich persönlich mit den Fraktionen, auch mit den Klubobleuten ein relativ gutes Einvernehmen habe, und das ist natürlich immer auch eine persönliche Sache. Über mich sagt man – das hat einmal ein Journalist geschrieben –, *ich bin der Mann, der mit allen kann*, was auch stimmt. Und dadurch tue ich eben im Vorfeld, wenn etwas eher unklar ist, mit dem jeweiligen Klubobmann besprechen, und da kommt man immer schnell zu einem Konsens. (BV 1)

Die Aufgabe ist die, dass ich – das ist durch den 30. September, mein Geburtsmonat gegeben –, *ich bin also geborene Waage und daher also sehr bemüht, soweit als möglich alle zusammenzuhalten und zu einer gemeinsamen Linie zu bringen*. Zweitens glaube ich, dass es nicht so ist, dass nur meine Fraktion die besten Ideen hat, sondern dass jeder gute Ideen haben kann, und wenn sie für die Menschen des Bezirks interessant oder verwirklichtbar sind, dann nehme ich mich dieser Ideen an und versuche sie umzusetzen. Das heißt, wir haben im 19. Bezirk *fast nur* einstimmige Beschlüsse. (BV 19)

Nur in wenigen Bezirken wird auf die Zustimmung einzelner konkreter Parteien (manchmal der FPÖ, manchmal der Grünen) kein Wert gelegt, was offensichtlich Ergebnis konkreter Erfahrungen mit einem als „fundamentaloppositionell“ eingeschätzten Verhalten dieser Par-

teilen, teilweise gepaart mit auch persönlicher Distanz der handelnden Personen ist (vgl. ausführlicher unten Kapitel 4.3).

Dieses Betonen des Konsenses, eines seit langem gewachsenen spezifischen „Klimas“ im Bezirk sollte aber nicht verdecken, dass BV in unterschiedlich ausgeprägtem Ausmaß sehr wohl politisch *gestalten* (und nicht nur administrieren) wollen und dabei auch mehr oder minder explizite politische Grundüberzeugungen einbringen:

Das aber muss mit meiner politischen Einstellung passen. Bei aller Bürgernähe, bei aller Bereitschaft, Bürger mit einzubinden stehe ich für eine bestimmte Linie und Haltung, und ich sage auch den Leuten, wenn euch das nicht gefällt, könnt ihr mich abwählen. (BV 9)

Natürlich ist die grundsätzlich bekundete Konsensbereitschaft zahlreicher BV nicht gleichbedeutend damit, dass im Bezirk tatsächlich politische Entscheidungen immer von einem breiten Konsens geprägt sind. Die Faktoren, die das Verhältnis der Parteien in den Bezirksvertretungen bestimmen können, werden noch weiter unten in Kapitel 4.3 behandelt.

3.9 Zwischenbilanz

Die zitierten Aussagen der BV ergeben in sich ein durchaus schlüssiges Bild: Zwar sind zwischen den einzelnen AmtsinhaberInnen durchaus markante persönliche Unterschiede zu finden: manche vertreten parteiintern einen mehr „eigenwilligen“ oder aber an der Raison der Stadtpartei orientierten Kurs (dies gilt für beide großen Parteien). Typisch ist aber die *starke lokale Verankerung*, ja Verwurzelung. Typisch ist weiters die Dominanz der Beschäftigung mit den „kleinen“ Problemen der BewohnerInnen (die „HausmeisterInnentätigkeit“); die Moderation und Schlichtung auch von Konflikten (zwischen BewohnerInnen von Wohnanlagen, unterschiedlichen BenutzerInnengruppen des öffentlichen Raums u.ä.); die Beratung von/mit UnternehmerInnen etwa anlässlich von (geplanten) Geschäftseröffnungen, neuen Betriebsanlagen, Bauvorhaben oder gewünschten Schanigärten; zumindest in einem Teil der Bezirke auch die soziale Betreuung und Beratung von BewohnerInnen auch in einem ganz handfesten Sinn (bei Interventionswünschen bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche).

Aber, wie erwähnt, ein Teil der Bezirke ist in einem dynamischen Wandel begriffen, Projekte wie der U-Bahn-Bau (der auch für den eigenen Bezirk zunächst einmal durchgesetzt werden muss) vermitteln potentielle markante Qualitätsverbesserungen der Verkehrsanbindung und Aufwertungen ganzer Bezirksteile, und es liegt nicht zuletzt auch am Geschick der BV, die Chancen von Betriebsansiedlungen in ihrem Bezirk wahrzunehmen. Die sozialtherapeutische und „HausmeisterInnentätigkeit“ wird so übergangslos zum professionellen Job einer Bezirksmanagerin, eines Bezirksmanagers. Und zwar tatsächlich *bruchlos*: BV, die in den Interviews zunächst sehr anschaulich ein durchaus „traditionalistisches“ Bild von hochrangigen PolitikerInnen, die beträchtliche Teile ihrer Zeit mit sozialpolitischen Interventionen (vgl. Müller 1988; Heinrich 1989) und Konfliktschlichtungstätigkeiten vermittelt hatten, betreiben in einigen Fällen *zugleich* besonders intensiv professionelles Regionalmanagement.

Die stark lokalbezogene Orientierung der BV ist ein deutlicher Kontrast zu den – freilich ebenfalls stark in den jeweiligen Bezirksorganisationen verankerten – GemeinderätInnen, die

sich in ihrer Sacharbeit, etwa in den Gemeinderatsausschüssen, v.a. an den StadträtInnen und leitenden BeamtInnen (so bei der SPÖ) oder an deren Kritik orientieren. Bezugspunkt von GemeinderätInnen ist deutlich stärker die gesamte Stadt und *deren* Interessen (vgl. Gerlich/Kramer 1968). Im Grunde erlaubt gerade die Existenz der BV den übrigen höheren GemeindepolitikerInnen (insbesondere der jahrzehntelangen Hegemonialpartei SPÖ), sich stärker den Interessen der Stadt zu widmen, da die lokalen Interessen ohnehin prominent von den BV (und BR/Bezirksvertretungen) kontinuierlich wahrgenommen werden. Allerdings haben insbesondere SPÖ-BV in den Interviews den Eindruck vermittelt, dass sie sich (auch) als VertreterInnen der gesamten Stadt, nicht „nur“ ihres Bezirks, verstehen. Dies betonten allerdings nicht nur SPÖ-PolitikerInnen:

Ich sehe meine Aufgabe als jemand, der seinen Eid auf die Stadtverfassung abgeleistet hat, als einer, der hier aktiv mitarbeitet und das nicht als Oppositionspolitik oder irgendwas sieht, sondern als einer, der Verantwortung für die Menschen hier übernommen hat und auch gemeinsam mit der Stadtverfassung und gemeinsam mit den Verantwortlichen der Wiener Stadtregierung versucht, das Beste zu tun. (BV 19)

Die gleichwohl häufigere Bezugnahme auf die Interessen der Stadt mag durchaus auf die beschriebenen unterschiedlichen Karrierewege von SPÖ- und ÖVP-BV und weiters durch die politische Identifikation (resp. bei der ÖVP Nichtidentifikation) mit der Stadtregierung zurückzuführen sein. An der Beharrlichkeit der Verfolgung regionaler Interessen dürfte dies vermutlich wenig ändern; SPÖ-BV bringen freilich ihre Wünsche tendenziell eher parteiintern (etwa im Rahmen des Gemeinderats- und des BV-Klubs oder im Parteivorstand) und nicht so stark in der Öffentlichkeit vor.

4. Das personelle/partecipolitische/institutionelle Umfeld: Die Praxis der Bezirksautonomie

4.1 Die übrigen BezirkspolitikerInnen

Die BV sind im Rahmen der Bezirksautonomie nur die prominentesten und einflussreichsten RepräsentantInnen einer weitaus größeren Gruppe von BezirkspolitikerInnen. Nahezu alle BV haben selbst am Beginn ihrer öffentlichen Laufbahn als BezirksrätInnen (im Folgenden: BR) begonnen, und ihr Team besteht eben aus BR in unterschiedlichen Positionen: So verfügt die BV-Partei als die bei der Bezirksvertretungswahl stärkste Partei noch über eine/n der beiden BV-StellvertreterInnen (BV-StV), eine/n Klubvorsitzende/n, die Vorsitzenden (gegebenenfalls auch je eine/n StellvertreterIn) der Ausschüsse und Kommissionen und weitere BR ohne derartige zusätzliche Funktionen. Im Folgenden soll der Stellenwert dieser Gruppe politischer FunktionärInnen beschrieben werden.

a) Die BezirksrätInnen¹⁰

Während die BV hochrangige (und für eine Vollzeitfunktion entlohnte) PolitikerInnen sind, stellt die Tätigkeit der (einfachen) BR eine weitgehend ehrenamtliche politische Funktion dar.¹¹ Eine BR-Funktion ist zwar kaum mit spezifischem Einfluss verbunden, wohl aber vermittelt dieses öffentliche Mandat gegenüber der Bevölkerung *Reputation*. Derartige Mandate können daher auch als innerparteilicher *Partizipationsanreiz* interpretiert werden, da die Bezirkspolitik auch für einfache BR durchaus mit einem nicht zu vernachlässigenden Zeitaufwand verbunden ist. Die Bewährung in den Bezirksvertretungen stellt zugleich eine *mögliche Stufe des Aufstiegs* in (bzw. der politischen Bewährung für) *eine höhere politische Funktion*, etwa den Gemeinderat, dar: Wie beschrieben, haben nahezu alle BV ursprünglich als BR angefangen, und bei den GemeinderätInnen ist die Situation vermutlich nicht anders.

Das traditionelle Muster der *Auswahl der BR in der SPÖ* veranschaulicht diese Funktion: Zumindest früher war es so, dass für die BR-Funktion *ausschließlich Sektionsvorsitzende* herangezogen wurden. Dabei ist als Hintergrund zu beachten, dass die Zahl der Sektionen (also der „Basisorganisation“ innerhalb des Parteiapparats) zumindest bis in die 1980er Jahre deutlich größer als die der zu besetzenden BR war.

¹⁰ Je nach Zahl der Wahlberechtigten gibt es pro Bezirk zwischen 40 und 60 BR, insgesamt gibt es in ganz Wien 1112 BR.

¹¹ Während die BV derzeit mit brutto etwas mehr als 8.800€/Monat (14-mal pro Jahr) mehr als Nationalratsabgeordnete verdienen, erhalten einfache BR mit brutto ca. 360€/Monat (14-mal pro Jahr) nur eine geringe Aufwandsentschädigung (von der noch Steuern und in der Praxis zusätzlich noch Parteisteuern abzuziehen sind). Klubobleute verdienen ca. das Dreifache von einfachen BR (allerdings werden ihnen Ausschusssitzungen und Kommissionierungen nicht extra abgegolten). Neben den BV könnten aufgrund der Entlohnung nur noch die BV-StV mit knapp über 3.900€/Monat aus diesem Amt einen Vollberuf machen (was aber nur in Einzelfällen tatsächlich gemacht wird).

Erst in jüngerer Zeit wurde dieses Muster dahingehend aufgeweicht, dass auch die Vorsitzenden von Teilorganisationen (etwa die Frauen- oder Jugendvorsitzenden im Bezirk) und sozialdemokratischen Organisationen (z.B. Kinderfreunde, Wirtschaftsverband, WAT), d.h. von Vorfeldorganisationen, herangezogen wurden. Noch jüngeren Datums und nur in einem Teil der Bezirke zu finden ist die Entwicklung, dass BR-Mandate auch unabhängig von einem derartigen Amt an aktive Parteimitglieder vergeben werden.

Die Besetzung der Funktionen durch (mit Ausnahme von Betriebssektionen) *lokal* definierte kleine Parteiorganisationen hatte neben der Vermittlung von Reputation für die AmtsinhaberInnen auch weitergehende Funktionen:

Da hast Du halt Dinge früher und schneller erfahren, wie die früher noch so richtig in den Grätzeln gewohnt haben und Wahrnehmungen gehabt haben. Man hat heute natürlich viele Hilfsinstrumente der Stadt eingerichtet, Bürgerdienst und so, das war aber früher gar nicht so notwendig, denn das [BR/SPÖ-Sektionen] war halt der Bürgerdienst. (BV 20)

Faktoren, die eine Aufweichung dieses traditionellen Funktionärsschemas bewirken, sind auf drei verschiedenen Ebenen zu finden:

Erstens spielt sicherlich der *Erfahrungshintergrund des/der jeweiligen BV* eine wichtige Rolle: Wohl nicht zufällig ist die Auflösung des Musters BR=Sektionsvorsitzende/r gerade dort besonders fortgeschritten, wo der/die BV nur eine Bezirkskarriere gemacht und dieses Amt eher schnell erreicht hatte, also auch offensichtlich stärker unter Gesichtspunkten der institutionalisierten Bezirkspolitik denkt. Die BV haben nämlich offensichtlich ein wichtiges Wort mitzureden, wenn es um die Auswahl „ihres Teams“ geht.

F.: Sind die BR durchwegs Funktionäre?

Nein. Wir haben gemeinsam im Klub der sozialdemokratischen BR nach meiner Amtsübernahme eine Linie verfolgt: die besten Köpfe an die Spitze, egal in welchen Teilorganisationen, Organisationen oder selbst nur einfache Parteimitglieder. Wenn wir der Ansicht waren, dass sie ins Team der Sozialdemokraten Margarethens passen, dann haben sie im Team Platz gefunden, und nicht aus irgend welchen historisch überlieferten Fraktionszugehörigkeiten oder Zuteilungen. Über das haben wir uns gemeinsam und, wie man auch am Wahlergebnis 2001 sieht, mit großem Erfolg hingesetzt.

F.: Wie viele sind jetzt nur BR ohne parteiinternes Amt?

Ohne es jetzt nachzuzählen würde ich sagen, in etwa ein Drittel. (BV 5)

Ähnlich im 3. Bezirk, wo laut BV Hohenberger sogar nur ca. 10 von 24 BR eine „wirkliche Parteifunktion“ haben. In den meisten Bezirken hat allerdings nur eine kleine Minderheit kein Parteiamt.

Ein zweiter wichtiger Faktor ist das Bestreben, die innerparteiliche Vorgabe einer 40%-Frauenquote in öffentlichen Funktionen zu erfüllen:

Ich habe nämlich versucht, dass die Hälfte meiner BR weiblich ist, und die sind relativ jung in dieses Amt gekommen. D.h. wir haben so eine Teilung ältere Männer und junge Frauen, und diese jungen Frauen sind nicht alle Sektionsleiter, sondern haben das halt übersprungen und sind aus ihrer Zugehörigkeit zur SPÖ Bezirksrätinnen geworden. (BV 15)

Da langjährig verdiente Sektionsvorsitzende überwiegend Männer sind, wäre die Erfüllung der Frauenquote aus diesem Personenkreis also oft schwer möglich. Es ist freilich durchaus möglich bzw. wahrscheinlich, dass damit längerfristig v.a. die Reihenfolge der Karriereschritte vertauscht wird, sprich die BR (v.a. Frauen, aber durchaus auch Männer ohne Parteiamt) zunächst z.B. stellvertretende Sektionsvorsitzende werden (bzw. bereits waren) und dann im Falle innerparteilicher Neubesetzungen auch als Sektionsvorsitzende zum Zug kommen.

Ein dritter und zweifellos entscheidender Grund liegt freilich in der *zeitlichen Verfügbarkeit der BR und der gestiegenen Arbeitsbelastung durch die Ausweitung der Dezentralisierung*. In fast allen Interviews mit sozialdemokratischen BV wurde beklagt, dass sogar bei BeamtInnen der Stadt Wien, Bediensteten der Bank Austria u.ä., die sich früher für Bezirkstermine (wie Ausschusssitzungen oder Augenscheine/Kommissionierungen) problemlos frei nehmen konnten, die zeitliche Verfügbarkeit immer schwieriger geworden ist. *Genau gegenläufig dazu hat hingegen die Arbeit für die BR durch die beiden Dezentralisierungsschritte 1987 und 1997 in zwei Schüben stark zugenommen*. Dies ist nicht nur ein Grund dafür, dass BV zumeist davon abgegangen sind, zu *Kommissionierungen* nur *BR der eigenen Partei* zu schicken (eben weil diese das häufig allein gar nicht mehr leisten könnten), sondern auch, dass BV zunehmend die Wichtigkeit betonen, die BR (ergänzend oder auch anstelle des Kriteriums innerparteilicher Ämter) *nach fachlichen Kriterien* und dem Gesichtspunkt der auch tagsüber gegebenen *zeitlichen Verfügbarkeit* auszuwählen.

Aus dem zuletzt genannten Grund ist es offenbar zumindest in einem Teil der Bezirke (unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen) zunehmend schwieriger geworden, die BR-Mandate auch adäquat zu besetzen:

Aber es wird immer schwieriger, Leute zu finden, die sich das antun wollen. Wegen den knapp 5000 Schilling, wo dann knapp die Hälfte bleibt, das andere nimmt Dir dann der Finanzminister, für diesen Stundenaufwand, wenn man es ernst nimmt, da finde ich nicht mehr so viele. Ich finde irgendwelche Leute, aber die helfen mir ja nicht. Ich möchte ja fachkompetente, politisch denkende und auch nach außen wirkende Leute haben, und die sind immer schwieriger zu finden. Vor allem auch, weil das Freinehmen für die verschiedenen Termine immer schwieriger wird. Wenn einer im Beruf Erfolg hat, dann ist er meistens in einer Funktion, wo er sich nicht halbe Tage lang frei nehmen kann. (BV 21)

Es haben sich früher mehr angestellt, die ein solches Amt [als BR] wollten. Die Zahl derer ist erschreckend zurückgegangen. Ich denke mir oft, bitte, wenn mir jetzt irgendein BR ausfällt, aus Krankheit oder was immer, und ich mir die Liste anschau, wer der nächste wäre, der nachrückt, da denke ich mir, hoffentlich bleibt er mir noch lange erhalten. Da waren früher viel mehr, die das machen wollten und auch bereit waren, sich da einzusetzen. Das ist aber nicht nur in Währing sondern in ganz Wien so. Man sieht es ja auch daran oft, welche Probleme Parteien haben, die Mandate dazu gewonnen haben: die müssen dann Leute aus anderen Bezirken beiziehen, weil sie niemanden im eigenen Bezirk haben. Die sind besonders interessant: wenn Leute, die vom 15. kommen, die noch nie in Währing gewohnt haben oder keine Ahnung vom Bezirk haben und dann auf einmal Bezirksrat in Währing sind. Da wissen sie eh, was sie mit denen viel anfangen können, wenn ich die in meiner Vertretung zu einer Ortsverhandlung schicke. (BV 18)

Bei der *ÖVP* ist das Muster der Auswahl der BR im Grunde ähnlich wie bei der *SPÖ*, nur dass hier nicht Sektionen, sondern *eher Funktionen in den Teilorganisationen im Vordergrund*

stehen; daneben finden sich – wie auch bei der SPÖ oder der FPÖ – naturgemäß auch Angestellte des Parteiapparats (und Gemeinderatsklubs) u.ä. Auch in der ÖVP ist nur eine kleine Minderheit an BR zu finden, die innerhalb der Partei bzw. der Teilorganisationen über keine (typischerweise ehrenamtliche) gewählte Funktion verfügen. Bei der ÖVP ist dies sogar noch ausgeprägter, weil hier der Parteiapparat aufgrund der „bündischen“ Struktur noch viel ausdifferenzierter als bei der SPÖ ist (weshalb neue BR spätestens nachträglich auch in der Partei/einem Bund eine derartige Funktion erhalten).

b) Der Zeitaufwand der BR für die Bezirkspolitik

Der Zeitaufwand für die Bezirkspolitik ist durchaus auch für BR erheblich. Der Durchschnitt dürfte – ohne innerparteiliche Verpflichtungen – bei „einfachen“ BR ohne spezielle Funktionen bei einigen Stunden pro Woche liegen, steigt aber dramatisch, wenn ein/e BR Klubvorsitzende/r wird, die Vorsitzfunktion eines arbeitsintensiven Ausschusses (Finanz- oder Bauausschuss) oder Kommission – meist der Verkehrskommission – übernimmt oder auch nur häufig zu Kommissionierungen eingeteilt wird. Die Spannweite liegt vermutlich von 1-2 Stunden pro Woche bei BR, die keine Kommissionierungen übernehmen und nur selten an Ausschuss- und Kommissionssitzungen teilnehmen, über 4-5 Stunden bei BR ohne spezifische Funktionen, aber „durchschnittlichem“ Engagement bis hin zu einer Beinahe-Halbtagsbeschäftigung bei manchen Klub- oder Ausschussvorsitzenden.

Der Zeitaufwand der BR, insbesondere derjenigen mit einem Vorsitzendenamt in Ausschüssen oder Kommissionen, in den Worten einer BV:

Der ist bei den Vorsitzenden der Kommissionen schon sehr hoch. Mit den Ortaugenscheinsverhandlungen werden pro Woche bei den Vorsitzenden bestimmt 10, 12 Stunden notwendig sein, vielleicht auch mehr. Jetzt noch ohne die Sitzung. Wenn die Sitzungen dabei sind, Vollsitzung und Ausschusssitzung, kann das auch 20, 25 Sitzungen betragen.

F: Dann kommt wohl noch einiges an Zeit für die Parteiarbeit dazu?

Das schon, manche sind fast schon Teilzeitpolitiker in ihrer Mehrfachfunktion. Die sind daneben berufstätig. Und der Aufwand, der da ist, die Entschädigung deckt das bei weitem nicht mehr ab. Noch dazu wird es beruflich immer schwieriger für viele, so lange wegzugehen. Das merke ich in der Zeit, in der ich jetzt da bin – mehr als acht Jahre –, dass das zugenommen hat und dass Leute, die früher ohne weiteres stundenlang weg sein haben können, das heute nicht mehr können. Oder dass sie das dann hinterher anderweitig aufarbeiten müssen, also nachher anhängen oder früher kommen. (BV 10)

Dieser Zeitaufwand ist als Ergebnis der Dezentralisierung 1997 erheblich gewachsen. Das Beispiel der Bezirksbudgets zeigt das sehr anschaulich:

Wir haben ja bis vor wenigen Jahren kein Bezirksbudget gehabt. Das was man gemacht hat waren Briefe ans Christkind, sprich an den Finanzstadtrat, „bitte, wir haben eine Schule, die gehört renoviert, bitte wir hätten gerne eine Ampel“, und es war uns auch egal, denn das hat eh die Stadt gezahlt. Man hat einfach diese Wunschkataloge losgeschickt und war empört, wenn es nicht bezahlt wurde. Heute ist das selbst zu finanzieren, mit dem Vorteil, dass man doch einiges überlegt, ob es auch notwendig ist, und mit dem anderen Vorteil, dass man die Schwerpunkte anders setzt. Dass z.B. mit den Schulen mehr geschieht und im Sektor neuer Ampeln halt weniger, und man mehr überlegt, wie man sonst zu mehr Verkehrssicherheit kommen kann. Also diese Dezentralisierung hat Vorteile, sie hat aber auch den Nachteil, dass der Arbeitsaufwand steigt. Und der Finanz-

ausschussvorsitzende ist einer, der nicht nur bei der Budgeterstellung, sondern auch bei jeder Ausgabe immer wieder gefordert ist, zu überlegen, ob das noch finanzierbar ist, und der Zeitaufwand für diese Tätigkeit, um nur ein Beispiel zu nennen, ist gewaltig. (BV 15)

Dadurch ist auch die Zahl der Ausschuss- und Kommissionssitzungen gestiegen. Ähnliches gilt für die Zahl von *Kommissionierungen*, die mit der Zahl der Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der BV automatisch gestiegen sind. Bei diesen handelt es sich um Verhandlungen (Ortsaugenscheine etc.), zu denen der/die BV aufgrund seiner unterschiedlichen Mitwirkungsrechte eingeladen wird; da aber in den Bezirken – je nach Größe, Intensität der Bautätigkeit usw. – zwischen 600 und einigen tausend derartiger Termine zu absolvieren sind, schicken die BV regelmäßig BR als ihre VertreterInnen.

c) Die BV-StV der Mehrheitspartei und die übrigen „höheren“ BezirkspolitikerInnen

Aufgrund dieses gestiegenen Zeitaufwandes gilt in einer wachsenden Zahl von Bezirken das traditionelle Diktum, dass *BV-StV* nur BR mit besseren Darstellungsmöglichkeiten seien (vgl. dazu Sickinger 2002, 57 ff.), zunehmend nicht mehr: BV sind (insbesondere in den größeren Bezirken) in zunehmendem Maße dazu veranlasst, Tätigkeiten zu delegieren, und dafür bietet sich natürlich insbesondere der/die (ja sehr gut bezahlte) BV-StV der eigenen Partei an. So wurde in einigen Interviews angegeben, dass bestimmte Arbeitsbereiche generell delegiert werden – Beispiele sind etwa Fragen der Bezirksentwicklung (wo dann z.B. der BV-StV zugleich Vorsitzender der Bezirksentwicklungskommission ist), Bauangelegenheiten oder das Budget (wo dann z.B. im 13. die BV-StV auch Vorsitzende des Finanzausschusses ist). *Vor allem* aber wird der *Besuch von Veranstaltungen und die Wahrnehmung von Repräsentationsterminen* wie z.B. Ehrungen *mit dem/der BV-StV der eigenen Partei aufgeteilt*. Die BV-StV sind auch meist die Vorsitzenden der Bezirksvertretung, sofern dieses Amt nicht von den BV selbst ausgeübt wird. Dennoch überschreitet der Zeitaufwand der BV-StV fast nirgendwo das maximale Ausmaß eines Teilzeitberufs (was aber für diese daneben meist noch einen weiteren Beruf ausübenden Personen jedenfalls einen relevanten Aufwand bedeutet).

An sich liegt die Vermutung nahe, dass das Amt des BV-StV der stärksten Partei die ideale Vorbereitung auf eine spätere Funktion als BV ist und daher auch dafür verwendet wird, die NachfolgerInnen der amtierenden BV „aufzubauen“. In einigen Fällen spricht dafür auch der erste Anschein: Bei der SPÖ waren immerhin vier BV (ein Viertel der heutigen Amtsinhaber) zuvor BV-StV unter einem SPÖ-BV (und zusätzlich zwei, BV 6 und BV 9, zuerst BV-StV der SPÖ als *zweitstärkster* Partei, was für diese konkrete Fragestellung aber weniger relevant ist). Bei der ÖVP – wo Bezirks- und Stadtkarrieren offenbar stärker entkoppelt sind – waren sogar drei der sechs BV zuvor BV-StV der Mehrheitspartei (und ein weiterer, BV 19, zuvor BV-StV der zweitstärksten Partei).

Allerdings sind BV-StV häufig keineswegs als designierte NachfolgerInnen der amtierenden BV einzuschätzen: Dies ist teilweise auch daran sichtbar, dass die BV-StV teilweise älter als die BV sind (und dies teilweise schon zum Zeitpunkt des erstmaligen Amtsantritts des BV waren) und sicherlich manche BV während einer voraussichtlich bzw. erhofftermaßen noch länger andauernden Karriere ungern designierte NachfolgerInnen um sich haben. Das „Aufbauen von NachfolgerInnen“ mag in den absehbar letzten Jahren der politischen Karriere, also

wenn die BV bereits nahe oder über dem 60 Geburtstag sind und in absehbarer Zeit aufgrund der internen Altersklauseln ihre Nachfolge selbst ordnen wollen, häufiger der Fall sein – hier ist dann aber teilweise das Stellvertreteramt nicht frei verfügbar, weil durch eine/n PolitikerIn in ähnlicher Situation besetzt. Bei der SPÖ gilt zudem das häufige Muster der „Rückkehr“ in den Bezirk nach einer Zwischenstation im Gemeinderat (vgl. oben Kapitel 2.2).

Der Sprung vom BV-StV zum BV ist selbst dann, wenn dies in Zusammenarbeit mit dem bisherigen BV geschah, gleichwohl immer „ein Sprung ins kalte Wasser“:

Ich habe als Stellvertreter mit dem damaligen Vorsteher Dr. Schmitz sehr gut zusammengearbeitet und habe mit ihm oder auch allein sehr viele Aufgaben wahrgenommen, aber ich habe dann gemerkt, wie ich Vorsteher geworden bin, dass sehr wohl ein gewaltiger Sprung drin ist. Ein Sprung insofern, dass natürlich sehr viele Entscheidungen dem BV vorbehalten sind. (BV 1)

Der *Arbeitsaufwand der übrigen höherrangigen BR* für ihr Amt ist vergleichsweise geringer – erzwungenermaßen, da BR und Klubvorsitzende ja nicht für einen Voll- oder Teilzeitberuf bezahlt werden und Ausschussvorsitzende (auch wenn man zusätzliche Aufwandsentschädigungen für Ausschusssitzungen oder Augenscheine zur BR-Aufwandsentschädigung hinzuzählt) ebenfalls nie in diesen Bereich kommen. Diese PolitikerInnen sind daher nolens volens anderweitig berufstätig. Allerdings werden Klubvorsitzende oder BV-StV auch gern aus dem Kreis der Partei- (etwa: dem/der BezirkssekretärIn) oder Rathausklubangestellten rekrutiert, was indirekt eine gute Einbindung in die partei- und stadtinternen Kommunikationskanäle und Freiraum für politische Tätigkeit vermittelt. Das Muster, dass BR aus ParteimitarbeiterInnen rekrutiert werden, umfasst nämlich *nicht nur ehrenamtliche* ParteimitarbeiterInnen. Aber, wie erwähnt: Ausschuss- und Kommissionsvorsitzende, die dies unabhängig von ihrer beruflichen Tätigkeit zu machen haben, müssen mit einem in manchen Fällen sehr zeitaufwändigen Fast-Ehrenamt vorlieb nehmen.

4.2 Die landesweite Koordinierung der Arbeit der Bezirksparteien: die fraktionellen BV-Klubs; bezirksübergreifende Informationsnetzwerke

Die Arbeit der Parteien in den Bezirksvertretungen wird in den fraktionellen BV-Klubs sowie über die Vertretung der BV in den Gemeinderatsklubs koordiniert:

Der *Bezirksvorsteher-Klub der SPÖ* trifft sich einmal monatlich. Vorsitzender ist Karl Lacina (20.), sein Stellvertreter ist Heinz Lehner (21.). Dort werden alle Themen behandelt, die die Bezirke betreffen – von der Kanalsanierung (und cross-border-leasings zur Finanzierung) bis zu den Gebrauchsabgaben und den Öffnungszeiten von Schanigärten. Bei der Besprechung solcher Themen werden immer auch die zuständigen amtsführenden StadträtInnen eingeladen.

Wenn eine Frage auftaucht, dann trifft es fast jeden Bezirk. Und da fordere ich schon immer ein, auch wenn es einen oder eine nicht betrifft, wir sollten schon solidarisch sein, denn alleine sind wir portionierbar. Du musst das ja auch innerhalb des Gemeinderatsklubs repräsentieren und auch die Forderung gemeinsam unterstützen. Dort werden ja in Wahrheit die Budgets festgelegt. (BV 20)

Wir versuchen dort auch, Problematiken und Thematiken anzusprechen, die von den Kollegen kommen und die man selber auch hat und man weiß, das ist ein zentrales Problem, kein bezirksspezifisches Problem, dieses Problem auch auf die Tagesordnung zu bringen, Fachleute einzuladen und Klärungen herbeizuführen.

F.: Zum Beispiel?

Ja, die Schanigärten. Überhaupt alles, was sich im öffentlichen Raum bewegt. Das sind Themen, die bei den Vorstehern besprochen werden, weil die Probleme alle haben. Oder auch Auslagerungen, die die Gemeinde Wien jetzt macht mit Vergaben an Fremdfirmen, bei der 48er und 42er wird es gewünscht, also da reden die Vorsteher schon wesentlich mit und bringen ihre Erfahrungswerte ein. Und das ist auch wichtig, dass man das Problem einer Lösung zuführt, und sei es bis hin zu Gesetzesänderungen im Landtag. (BV 10)

Wie erwähnt, sind die BV prominent im Gemeinderatsklub vertreten (vgl. oben Kapitel 2.1): *Insgesamt ist die Politik der Stadt-SPÖ also auch mit den Bezirken gut koordiniert*, obwohl unter den von der SPÖ gestellten BV durchaus eigenwillige Persönlichkeiten zu finden sind, die einen „Klubzwang“ zum Nachteil ihres Bezirks kaum akzeptieren würden. Die meisten SPÖ-BV betonten, dass sie die Sitzungen des fraktionellen BV-Klubs regelmäßig besuchen würden (es sei denn, ein unaufschiebbarer wichtiger bezirksspezifischer Termin würde das verhindern), ebenso wird meist auch die Bedeutung der (allgemeinen) Klubsitzungen als Kontakt- und Informationsbörse eher hoch eingeschätzt.

Es ist das sozusagen die Verbindung zur Zentrale, wobei man ja doch in verschiedenen Bereichen immer wieder zentrale Aufgaben bekommt. Jetzt bin ich nicht derjenige, der sich dort in Permanenz zu Wort meldet, aber wenn dort und da die Dinge ecken und ich weiß, dieses oder jenes Stadtsenatsmitglied hätte da doch eine positive Erledigung, dann melde ich mich auch dort entsprechend zu Wort. Mit der entsprechenden Sanftheit, je nachdem, oder umgekehrt. (lacht) (BV 22)

An Klubsitzungen, die nur der Vorbereitung von Gemeinderatssitzungen dienen (daher in der Früh knapp vor deren Beginn stattfinden), nimmt aber offenbar nur eine Minderheit teil. Nur wenige BV lassen durchblicken oder sprechen offen aus (BV 11), dass ihnen diese Schienen der landesweiten Koordination eigentlich wenig wichtig seien und sie daher nur selten teilnehmen würden.

Auch die ÖVP-BV treffen sich regelmäßig; laut Auskunft ihres Sprechers Karl Homole (BV 18) alle 6-8 Wochen zum Mittagessen jeweils in einem anderen Bezirk. Stellvertreter ist der BV des 19. Bezirks und Doyen der ÖVP-BV Adolf Tiller. Bei diesen Treffen gibt es keine fixe Tagesordnung, sondern es wird eher locker über anstehende Themen gesprochen. Homole umriss seine Funktion damit, dass er eine reine Sprecherfunktion, keine wirkliche Obmannfunktion ausüben würde: „Ich bin nicht der Chef von ihnen, um das klar zu sagen“. Dieser Klub ist auch eine wichtige Informationsbörse, gerade auch für neue AmtsinhaberInnen.

Seit der Wiener Koalition (1996-2001) trifft sich der Vorstand des SPÖ-BV-Klubs alle 5-6 Wochen auch mit den ÖVP-Vorstehern Homole und Tiller; dies wurde auch nach dem Ende der Wiener Koalition 2001 beibehalten. Nur der grüne BV ist in kein derartiges bezirksübergreifendes BV-Netzwerk eingebunden.

Der Zugang der BezirkspolitikerInnen zu Informationen aus dem Stadtmagistrat bzw. zu geplanten Vorhaben der Gemeinde ist durchaus differenziert einzuschätzen: Klar ist, dass SPÖ-BV voll in den Informationsfluss der Gemeinde und der regierenden SPÖ eingebunden

sind. Auch ÖVP-BV sind kraft ihres Amtes zweifellos sehr gut über alle ihren Bezirk betreffenden Angelegenheiten informiert. Der Unterschied besteht hier eher *in den Informationszugängen der jeweiligen politischen Konkurrenz*, sprich des BV-StV der zweitstärksten Partei oder der Klubobleute der anderen Parteien: ÖVP-BV müssen davon ausgehen, dass ihre SPÖ-StellvertreterInnen über einen ebenso guten Informationsstand wie sie selbst verfügen.

Die SPÖ hat natürlich ein Informationsnetz in Wien, dem wir nichts gleichhalten können. Denn von allen Briefen, die ich bekomme von einem Stadtrat, geht ein Durchschlag dort hinüber, das ist klar, denn ab und zu verirrt sich ein Durchschlag zu mir, daher weiß man's dann. (BV 18)

Noch deutlicher wird das Problem möglicher Informationsvorsprünge der politischen Konkurrenten im Falle des grünen Vorstehers, der sich zudem nicht auf ein eigenes Informationsnetzwerk an BV oder des Klubs stützen kann:

Sie haben ja alle Zugänge, sie wissen die Dinge früher ... also mein (SPÖ-)Stellvertreter weiß sicher die meisten Dinge zumindest genauso wie ich, bin ich mir sicher. Daher muss ich natürlich auf das Rücksicht nehmen und aufpassen. (BV 7)

Und nicht nur der SPÖ-BV-StV ist im 7. Bezirk gut informiert. Der Klubobmann der (knapp drittstärksten) ÖVP ist vom Beruf her Sekretär des ÖVP-Klubs im Rathaus und hat von dieser Seite einen guten Informationszugang, und der FPÖ-Klubobmann im Bezirk war bis vor einem halben Jahr auch Klubdirektor des FPÖ-Rathausklubs:

Ich habe also von drei Seiten (Konkurrenten mit) Informationsvorsprung gehabt – die SPÖ sowieso, und ÖVP und FPÖ dadurch, dass die auch im Rathaus gesessen sind. Womit es für mich natürlich auch nicht einfach war. (BV 7)

4.3 Bestimmungsfaktoren für die Beziehungen der Parteien in den Bezirken

a) Die Stärkeverhältnisse der Parteien im Bezirk

Auf Bezirksebene sind die Machtpositionen in einem streng formalen Sinne (d.h. ohne Rücksicht auf realpolitische Mehrheiten) durch die Wahlergebnisse determiniert: Auf Bezirksebene besteht die Automatik, dass die stärkste Partei die wichtigsten Ämter (insbesondere den BV und einen BV-StV, aber auch die Ausschuss- und Kommissionsvorsitzenden) besetzt und die zweitstärkste Partei ebenfalls einen BV-StV sowie jeweils eine/n der stellvertretenden Ausschuss- bzw. Kommissionsvorsitzenden erhält. Für deren „Wahl“ reicht nämlich regelmäßig, dass die dazu aufgrund des Wahlergebnisses berechnigte Partei einen Wahlvorschlag einreicht, der zumindest von der Hälfte der auf ihrer Liste gewählten BR unterstützt ist (nachträgliche „Parteiabspaltungen“ haben auf diese Rolle der „stärksten“, „zweitstärksten“ usw. Partei keine Auswirkungen). Weil diese Ämter also de facto von den Parteien besetzt und nicht in Mehrheitswahl von der Bezirksvertretung gewählt (oder auch abberufen) werden, *entfällt die Notwendigkeit, dass sich im Falle nicht vorhandener absoluter Mehrheiten die Parteien zu Koalitionen zusammenschließen.*

An dieser Automatik gibt es durchaus auch Kritik: Die ÖVP erhebt seit den 1990er Jahren die Forderung nach einer Direktwahl des BV durch die Bevölkerung, allerdings wird diese Forde-

rung nicht von allen ÖVP-Amtsinnhabern geteilt (skeptisch etwa BV 18). Die Grünen fordern seit langem die Mehrheitswahl der BV durch die Bezirksvertretung. Zumindest letzteres würde das Verhältnis der Parteien in den Bezirksvertretungen deutlich in Richtung formalisierter Koalitionen verändern. Diese Vorschläge haben aber in absehbarer Zeit kaum Aussicht auf Verwirklichung – möglicherweise zur heimlichen Erleichterung einiger BV, deren Partei solche Forderungen erhebt.

Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Ergebnisse der letzten Bezirksvertretungswahl:

Tabelle 6: Ergebnisse der Bezirksvertretungswahl 2001 in Prozenten

Bezirk	Wahlbeteiligung	Ungültig	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne	LIF	Sonstige
1.	61,4%	0,9%	25,6%	33,1%	17,7%	17,3%	4,4%	1,8%
2.	65,5%	1,9%	46,5%	13,8%	19,7%	15,9%	3,1%	1,1%
3.	64,4%	1,7%	41,3%	18,6%	18,4%	17,1%	3,4%	1,0%
4.	65,4%	1,3%	28,7%	30,1%	14,3%	22,1%	3,8%	0,9%
5.	63,3%	1,9%	41,4%	15,1%	19,8%	18,2%	3,6%	1,9%
6.	65,0%	1,4%	30,7%	25,7%	13,7%	24,9%	4,1%	1,0%
7.	64,9%	1,4%	29,4%	17,9%	14,4%	32,6%	4,7%	1,0%
8.	66,1%	1,0%	24,7%	25,2%	13,3%	24,5%	4,4%	7,8%
9.	63,7%	1,4%	32,5%	26,0%	14,6%	21,2%	4,1%	1,5%
10.	64,6%	2,0%	55,6%	10,8%	22,6%	7,9%	2,2%	0,9%
11.	65,5%	2,0%	59,2%	9,8%	21,4%	6,8%	2,1%	0,8%
12.	64,3%	2,1%	48,6%	14,3%	19,9%	11,2%	2,5%	3,5%
13.	69,8%	1,7%	31,6%	36,6%	15,1%	12,2%	3,7%	0,7%
14.	66,8%	1,8%	42,9%	19,1%	19,8%	14,4%	3,2%	0,6%
15.	61,7%	1,5%	47,3%	12,9%	22,0%	14,4%	2,6%	0,9%
16.	65,8%	1,8%	49,5%	13,1%	20,9%	12,5%	2,5%	1,6%
17.	65,7%	1,7%	40,0%	19,5%	20,8%	15,3%	3,7%	0,7%
18.	67,0%	1,4%	28,4%	32,1%	15,1%	19,5%	4,3%	0,6%
19.	68,9%	1,7%	32,6%	36,5%	14,5%	12,6%	3,1%	0,5%
20.	63,8%	2,0%	53,4%	10,4%	22,2%	10,5%	2,6%	1,0%
21.	66,3%	1,6%	55,4%	11,7%	20,2%	9,4%	2,4%	0,8%
22.	66,4%	1,7%	54,3%	11,5%	19,7%	9,5%	2,7%	2,3%
23.	69,9%	1,7%	49,2%	16,8%	18,8%	11,6%	2,9%	0,7%
Wien	65,8%	1,7%	45,7%	17,6%	19,1%	13,3%	3,0%	1,3%

Quelle: amtliche Wahlergebnisse

Tabelle 7: Ergebnisse der Bezirksvertretungswahl 2001 in Mandaten

Bezirk	Mandate	SPÖ	FPÖ	ÖVP	Grüne	LIF	Sonstige	BV	BV-StV	BV-StV
1.	40	11	7	14	7	1	-	ÖVP	ÖVP	SPÖ
2.	60	30	12	8	9	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
3.	56	24	10	10	10	2	-	SPÖ	SPÖ	ÖVP
4.	40	12	6	12	9	1	-	ÖVP	ÖVP	SPÖ
5.	40	18	8	6	7	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
6.	40	13	5	11	10	1	-	SPÖ	SPÖ	ÖVP
7.	40	12	6	7	13	2	-	GRÜNE	GRÜNE	SPÖ
8.	40	10	5	11	10	1	3	ÖVP	ÖVP	SPÖ
9.	40	13	6	11	9	1	-	SPÖ	SPÖ	ÖVP
10.	60	35	14	6	4	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
11.	48	30	10	4	3	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
12.	54	27	11	8	6	1	1	SPÖ	SPÖ	FPÖ
13.	42	14	6	16	5	1	-	ÖVP	ÖVP	SPÖ
14.	54	24	11	10	8	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
15.	48	23	11	6	7	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
16.	58	30	12	8	7	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
17.	40	17	8	8	6	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
18.	40	12	6	13	8	1	-	ÖVP	ÖVP	SPÖ
19.	48	16	7	18	6	1	-	ÖVP	ÖVP	SPÖ
20.	50	28	11	5	5	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
21.	60	35	12	7	5	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
22.	60	34	12	7	6	1	-	SPÖ	SPÖ	FPÖ
23.	54	28	10	9	6	1	-	SPÖ	SPÖ	*(FPÖ)
Wien	1.112	496	206	215	166	25	4			

* Da die FPÖ im 23. Bezirk keinen eindeutigen Wahlvorschlag zustande brachte – stattdessen brachten zwei untereinander „verfeindete“ Fraktionen je einen Wahlvorschlag ein, der von der Hälfte der BR unterstützt wurde – wurde hier der BV-StV in Mehrheitswahl gewählt und fiel daher an die SPÖ. (BV 23)

Quelle: amtliche Wahlergebnisse

b) Politische Wettbewerbsintensität, ideologische Nähe/Distanz und persönliche Faktoren als Erklärungen für das Verhältnis der Parteien im jeweiligen Bezirk

Die Zusammenarbeit der Parteien im Bezirk bzw. das Verhältnis der Parteien zueinander wird von fast allen BV spontan als „gut“ oder „sehr gut“ bezeichnet, teilweise mit Hinweis darauf, dass dies durchaus in Kontrast zum Verhältnis der Parteien auf Gemeinde- oder auch Bundesebene stehe. Von den „höheren“ Ebenen, also Gemeinde und Bund, abweichende Muster werden eben durch die *mangelnde Notwendigkeit von formalisierten Koalitionen* ermöglicht, das Verhältnis der Parteien im Bereich der Bezirksvertretung und den Ausschüssen und Kommissionen kann somit als freies Spiel der Kräfte – oft mit je nach Mandatszahlen mehr oder weniger dominanter BV-Partei – eingestuft werden (vgl. Sickinger 2002, 115).

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche Faktoren dafür ausschlaggebend sein können, wie sich das Verhältnis der Parteien zueinander im jeweiligen Bezirk tatsächlich

entwickelt. Dieses Verhältnis wird offenbar vor allem durch die wahrgenommenen direkten Konkurrenzverhältnisse um WählerInnenstimmen, durch inhaltliche Nahe- bzw. Distanzverhältnisse und nicht zuletzt auch vom „Miteinander-Können“ der konkret handelnden Personen geprägt.

Programmatisch-ideologische Unterschiede bilden einen, aber keineswegs den wichtigsten Faktor, wie gut die Parteien im jeweiligen Bezirk „miteinander können“. Zwar wollen sich die Parteien auch in der Bezirkspolitik im Sinne ihrer allgemeinpolitischen Inhalte profilieren und stellen daher typische bezirkspolitische Fragestellungen (Verkehr, Pflichtschulen/ Kindergärten, Kultur usw.) auch teilweise in eben diesen Kontext; andererseits lassen sich dieselben Fragestellungen aber ebenso als ideologiefrei zu behandelnde Sachthemen auffassen, über die ein Konsens über die Parteigrenzen hinweg möglich sein kann. Zudem geht es in der Bezirkspolitik überwiegend um stark lokalbezogene konkrete Problemstellungen – neben „ideologischen“ (ideologisierten) Themen gibt es daher ausreichend Gelegenheiten, die Paktfähigkeit bei (als solchen definierten) Sachfragen unter Beweis zu stellen. Insofern gilt: *Überwiegend ist die Arbeit auf Bezirksebene durch Sachfragen geprägt, es gibt aber für die Parteien hinreichend Gelegenheit, konkrete Fragestellungen auch zu politischen Grundsatzfragen oder auch zu Fragen der Machtausübung und Machtkontrolle hochzustilisieren.*

Die inhaltlichen (ideologischen) wie auch stilistischen Unterschiede der Parteien sind auch in den Bezirken durchaus sichtbar. Die SPÖ ist naturgemäß am stärksten von allen Parteien eng mit der Politik der Gemeinde verbunden, sie stellt sich als stark sozialpolitisch engagierte, mit dem Magistratsapparat verbundene Partei dar, deren Anhängerschaft überdurchschnittlich stark auch sozial Schwache, auf soziale Transferleistungen (auch der Gemeinde) angewiesene Personen umfasst, die daneben in unterschiedlichen Politikfeldern (etwa Teilbereichen der Kulturpolitik) aber auch betont progressive bzw. linksliberale Akzente setzt. Die ÖVP auf Bezirksebene stellt sich überwiegend als (meist moderat) konservative Partei dar, die gleichermaßen die (nicht selten widersprüchlichen) Interessen von Gewerbetreibenden wie auch von Bewohnern zu vertreten trachtet – was im Einzelnen eine große Bandbreite für das tatsächliche Verhalten offen lässt. Die Wiener FPÖ positioniert sich seit Anfang der 1990er Jahre als Anti-Ausländer-Partei und versucht gezielt, „Law-and-order“-Themen (individuelle Sicherheit/Kriminalitätsbekämpfung, Anti-Drogen...) zu besetzen und sich generell als Oppositionspartei in Wien zu inszenieren. Dies bedeutet etwa auch, dass die Bezirksparteien die Vorgabe der Landespartei haben, das Bezirksbudget (das formell ja Teil des von der FPÖ abgelehnten Gemeindebudgets ist) abzulehnen – eine Vorgabe, die fast alle Bezirksfraktionen der FPÖ seit der Wahl 1996 auch erfüllt haben. Allerdings wurde der radikalrechtspopulistische Kurs der Bundes- und Landespartei nur von einem Teil der Bezirksgruppen konsequent in die Bezirksvertretungen getragen. Die Grünen wiederum markieren in den eben genannten Themen den diametralen Gegenpol zur FPÖ und stellen sich (auch hier regelmäßig als Gegenpol zur FPÖ, überwiegend aber auch zu den anderen Parteien) in besonders ausgeprägtem Ausmaß als „Anti-Autoverkehrs-Partei“ dar. Bei den Grünen kommt – auch als Irritation für die anderen Parteien – allerdings noch hinzu, dass die einzelnen Bezirksgruppen durchaus unterschiedliche innerparteiliche Strömungen repräsentieren können (für manche AktivistInnen ist nicht so sehr der Wohnort, sondern die politische Ausrichtung

ein Motiv, in welcher Bezirksgruppe sie sich engagieren) und die Bezirks-Grünen auch keinen „Klubzwang“ eingeführt haben. Die grünen BR stimmen daher in der Praxis oft nicht einheitlich ab, und in keineswegs allen Bezirken verfügen die Klubobleute auch über ein Mandat, über die inhaltliche Festlegung der Fraktion zu Anträgen und Abstimmungen zu verhandeln.

Einen zentralen Faktor stellt im jeweiligen Bezirk zweifellos die „Unangefochtenheit“ der stärksten, aber auch der zweitstärksten Partei bei künftigen Wahlen dar. Diese Unangefochtenheit ist in den großen *bevölkerungsstarken* Bezirken, die durchwegs von der SPÖ (in einigen Fällen sogar mittlerweile wieder mit absoluter Mehrheit) geführt werden, eindeutig gegeben: SPÖ-BV sind in diesen Bezirken also jedenfalls „ungefährdet“ und können – bzw. könnten – mit den übrigen Parteien einen vergleichsweise gelassenen Umgang pflegen; freilich mag bei einer derartigen Konstellation auch die Gefahr gegeben sein, andere Fraktionen „zu überfahren“ oder ein Entgegenkommen in kleineren Sachfragen bei gleichzeitiger Intransigenz in wichtigeren Themen als – von den anderen Parteien nicht angenommenes – großzügiges eigenes Entgegenkommen zu missverstehen.

In den kleineren, stärker bürgerlich geprägten Innenstadtbezirken (v.a. 1, 4, 6-9) ist hingegen die Position der stärksten Partei (damit der Anspruch auf den BV-Posten) nicht bzw. zumindest deutlich weniger gesichert, teilweise liegen auch die zweit- bis viertstärksten Parteien relativ eng beisammen. Besonders deutlich ist dies in den Bezirken 4 und 6-8, aber auch im 18. Bezirk. In diesem Zusammenhang ist einerseits zu beachten, dass die Grünen 2001 teilweise sehr gute Wahlergebnisse auch auf Bezirksebene erreicht haben und auch die Ergebnisse der Nationalratswahl 2002 auf weiterhin vorhandene Wachstumspotentiale verweisen, dass aber andererseits auch die ÖVP – deren Ergebnisse bei der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahl 2001 eher enttäuschend ausgefallen waren – sich seit der Nationalratswahl 2002 ebenfalls wieder Expansionshoffnungen machen kann. Die FPÖ wiederum hatte 2001 zwar aus damaliger Sicht ein schlechtes Ergebnis erreicht, im Lichte des Ergebnisses der Nationalratswahl vom November 2002 und ihres seither weiter gehenden demoskopischen Absinkens liegt sie damit aber weit über den Möglichkeiten, die sie bei künftigen Wahlen haben würde. Durch die Implosion der FPÖ werden gegenwärtig also die Chancen neu verteilt.

In Bezirken, in denen bei Wahlen die Mehrheiten „gekippt“ sind (etwa im 9. Bezirk 1991, im 6. und 7. Bezirk 2001) war bzw. ist das Verhältnis zwischen ehemaliger und neuer BV-Partei teilweise ebenfalls atmosphärisch beeinträchtigt, insbesondere solange die abgewählten BV weiterhin in der Bezirkspolitik verblieben sind.

SPÖ und ÖVP waren zwischen 1996 und 2001 auf Gemeindeebene in einer Koalition verbunden, die sich de facto meist auch auf Bezirksebene ausgewirkt hatte. Diese Wiener Koalition ist seither zwar vorbei, und seit 2000 ist durch die scharfe Konfrontationspolitik auf Bundesebene (ÖVP-FPÖ-Koalition) das Klima zwischen beiden Parteien deutlich schärfer geworden. Auf Bezirksebene hat sich dies aber keineswegs durchgängig ausgewirkt; wo vor 2001 die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP gut geklappt hatte, wird regelmäßig kein Grund für eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den beiden Parteien gesehen.

Hinzu kommen aber gerade auf der Bezirksebene auch noch *persönliche Faktoren* – d.h. wie gut die beteiligten PolitikerInnen „miteinander können“ und inwieweit die einzelnen Parteien

auch bereit bzw. fähig sind, Kompromisse einzugehen. Wenn die federführend handelnden BezirkspolitikerInnen fähig sind, Politik auch als strategisches Spiel aufzufassen, in dem jede Partei ihre je spezifischen Profilierungszwänge erfüllen muss (also etwa, dass z.B. die Grünen aus prinzipiellen Gründen im Regelfall keinen neuen Garagen zustimmen „können“ oder die FPÖ-Bezirksfraktion periodisch manche „Sicherheits“-Themen betonen „muss“), aber die Parteien zugleich in den viel häufigeren „kleinen“ Bezirksproblemen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit und kollegialem Umgang fähig sind, dann können durchaus auch inhaltlich sehr weit auseinander liegende Parteien (wie SPÖ und FPÖ oder ÖVP und Grüne) gut zusammenarbeiten. Generell gilt: Je „fundamentalistischer“ FPÖ oder Grüne auftreten, desto eher werden sie auch von den BV als Außenseiter eingestuft.

c) Empirische Indikatoren zum tatsächlichen Konflikt- bzw. Konsensverhalten in der Bezirkspolitik

Die meisten BV stellen sich vorwiegend als KonsenspolitikerInnen dar, wobei offen bleiben muss, ob sich das eher aus den konkreten Prägungen und Handlungsmöglichkeiten ergibt, die diesem Amt inhärent sind, oder ob sich von vornherein eher konsensorientierte PolitikerInnen um dieses Amt bemühen (resp. die Parteien von sich aus „konsensfähige“ FunktionärInnen für dieses Amt auswählen). Dies wirkt sich häufig auch auf das tatsächliche Verhältnis der Parteien im Bezirk aus:

Floridsdorf ist anders. So wie Wien anders ist, ist Floridsdorf anders. Das behaupte ich glaube ich auch mit Einverständnis der anderen Fraktionen, weil wir – bis auf ganz wenige Ausnahmen – einen persönlich fairen Zugang zueinander haben. Und mein Stil, ich will das jetzt nicht werten im Vergleich zu anderen, ist, gute Ideen von anderen auch anzuerkennen und sie nicht grundsätzlich abzulehnen, nur weil sie von den anderen kommen. Das hat mir auch von den anderen Achtung und Akzeptanz eingebracht. Und das ist wahrscheinlich auch einer der Gründe, warum ich – mit einer Ausnahme der vorletzten Wahl, wo mich die Freiheitlichen nicht gewählt haben – jetzt bei der letzten Wahl von allen gewählt worden bin. (BV 21)

Mehrmals tauchte ein spezifisches, schon von den Vorgängern überkommenes (Alsergrunder, Hietzinger usw.) „Klima“ auf, selbst wenn dieses zwischenzeitlich durch Parteienkonflikte gestört erscheint:

Ich glaube, das Verhältnis ist sehr gut im Bezirk. Es gibt seit jeher in Diskussionen immer den Ausdruck ‚das Hietzinger Klima‘, weil es bei uns eigentlich zwischen den Fraktionen die ganz groben Schwierigkeiten nie gegeben hat, auch bei der Vorgängerin schon nicht. Wobei es da Aufs und Abs gibt, das ist klar. Aber im Großen und Ganzen vertragen wir uns alle, es gibt auch kaum ernsthafte Beschwerden, jetzt auch umgekehrt über mein Verhalten seitens der anderen Parteien. Weil so wie es oft in anderen Bezirken ist, dass nur die Mehrheitsfraktion für ihre Bezirksräte die Kommissionen bekommt und die anderen bekommen nichts oder nur sogenannte Sandhaufenkommissionen, also wo keine politische ‚Gefahr‘ – unter Anführungszeichen – für die stärkste Partei möglich ist (, das gibt es hier nicht).

F: Also Sie teilen Bezirksräte aller Fraktionen (zu Kommissionierungen) ein?

Ja, ausgenommen die FPÖ. (BV 13)

Aus solchen und ähnlichen Formulierungen (Wahl am Beginn der Periode, Einteilung zu Kommissionierungen) wurde im Lauf der Interviewphase eine Reihe möglicher Indikatoren identifiziert, die zumindest in einem Teil der Bezirke einen guten Blick auf das Verhältnis der Parteien ermöglichen. Eben die *schrittweise* Erarbeitung derartiger möglicher Indikatoren hatte allerdings zur Folge, dass die einzelnen Punkte nicht in allen Interviews zur Sprache kommen konnten. Zudem konnten manche der Indikatoren von den InterviewpartnerInnen auch nicht beantwortet werden – etwa weil in einem Teil der Bezirke die „Wahlen“ am Beginn der Amtsperiode geheim durchgeführt wurden, das Abstimmungsverhalten der einzelnen Klubs offenbar auch nicht einheitlich war (bzw. sich einige BV auch nicht mehr an das genaue Stimmenverhältnis bei dieser Wahl erinnern konnten oder wollten) usw.

Als mögliche Indikatoren für das Verhältnis der Parteien im Bezirk wurden jedenfalls folgende Fragestellungen identifiziert, die sich dann auch zumindest in einem Teil der Bezirke als aussagekräftig erwiesen:¹²

- Die *Wahl der BV* – haben Fraktionen (geschlossen) nicht zugestimmt?
- Welche Fraktionen haben dem *Budget zugestimmt*?
- Werden zu *Ortsverhandlungen* (Kommissionierungen) Bezirksräte aller Fraktionen entsandt – oder werden *BR bestimmter Fraktionen bewusst nicht entsandt*? In einigen Interviews wurde die Nicht-Entsendung nämlich explizit mit dem mangelnden Vertrauen in Angehörige dieser Fraktion begründet. Im Speziellen wurde mehrmals angeführt, dass die jeweilige Fraktion den/die BV nicht gewählt, ihm/ihr also nicht vertraut habe – weshalb umgekehrt auch zu dieser Fraktion kein Vertrauen vorhanden sei.
- In einem Teil der Interviews konnte auch die Frage beantwortet werden, welche *Koalitionen* in dem fiktiven Fall, dass die BV von der Mehrheit der Bezirksvertretung gewählt und abgewählt werden könnten, am wahrscheinlichsten wäre. In manchen Interviews gab es diesbezüglich allerdings sehr unklare bzw. ausweichende Antworten, einige BV gaben an, dass sie dies nicht einschätzen könnten.
- In einigen Fällen wurde von den BV selbst deutlich angesprochen, mit welchen Fraktionen sie ein schlechtes Verhältnis bzw. Arbeitsklima haben.

¹² Weiters wurde die Frage gestellt, ob zur sog. Budgetperlustrierung (der Gesamtbesprechung des Budgetentwurfs mit den VertreterInnen aller Magistratsabteilungen und dem BV, beiden BV-StV und dem/der Vorsitzenden des Finanzausschusses) auch VertreterInnen (Klubvorsitzende) der übrigen (nicht nur der beiden stärksten Fraktionen) beigezogen werden (vgl. als Hintergrund Sickinger 2002, 123 f.). Dieser Indikator erwies sich freilich als indifferent, weil letzteres mittlerweile in fast allen Bezirken der Fall ist. Die Antwort auf diese Frage erwies sich also als wenig tauglicher Indikator.

Tabelle 8: Indikatoren für das Verhältnis der Parteien im Bezirk

Bezirk	Wahl des BV am Beginn der GP durch:	Ablehnung des Budgets durch	Kommisionierungen – BR welcher Fraktionen	fiktive Koalition bei Mehrheitswahl d. BV	schlechtes Arbeitsklima mit:
1.	alle, ausg. FPÖ	FPÖ	alle	ÖVP-SPÖ	–
2.	SPÖ, ÖVP, (Teile) FPÖ	Grüne, FPÖ	SPÖ, ÖVP, FPÖ		Grüne
3.	alle Fraktionen	?	alle		–
4.	dagegen: FPÖ, 3 aus ÖVP	FPÖ, Grüne	ÖVP, SPÖ	nicht beantwortbar	Grüne (auch zwischen SPÖ/Grünen)
5.		FPÖ	alle		FPÖ
6.	(geheime Wahl – keine Einstimmigkeit)	ÖVP, FPÖ	alle	SPÖ-Grüne	–
7.	Grüne, Teile der SPÖ, LIF	FPÖ	alle	nicht beantwortbar	–
8.	Grüne, BFJ, Teil SPÖ	FPÖ, ?	alle	ÖVP-SPÖ	Grüne, BLJ
9.	Alle außer FPÖ	FPÖ	alle, ausg. FPÖ	SPÖ-Grüne oder ÖVP-FPÖ	FPÖ
10.	SPÖ, ÖVP	FPÖ, Grüne	Grüne wollen freiwillig nicht	SPÖ-ÖVP	
11.	alle, ausg. FPÖ	FPÖ	FPÖ, ÖVP	SPÖ-Grüne	FPÖ
12.	ÖVP, Teil Grüne	FPÖ, Grüne	SPÖ, ÖVP	SPÖ-ÖVP (evtl. SPÖ-Grüne)	
13.	alle, ausg. FPÖ	FPÖ	alle, ausg. FPÖ		
14.	keine Fraktion geschlossen dagegen (geheime Wahl)	FPÖ	alle	keine ausgeschlossen	–
15.	dagegen: vermutlich FPÖ	FPÖ, zuletzt auch ÖVP	alle	mit ÖVP oder Grünen	–
16.	alle Fraktionen	Grüne	SPÖ (nur je 1 ÖVP, FPÖ, Grüne)		keiner Partei
17.	alle, ausg. FPÖ	FPÖ, Teil Grüne	alle (aber Grüne, FPÖ seltener)	SPÖ-ÖVP (dzt. gute Zusammenarbeit)	
18.		FPÖ, Grüne	alle, ausgen. Grüne		Grüne
19.		keine Partei			
20.		Grüne, (erst seit 2002) FPÖ			
21.	alle Fraktionen	FPÖ, Grüne	alle		–
22.	alle, ausg. FPÖ	FPÖ, Grüne	fast nur SPÖ		(v.a. vorige Periode) FPÖ
23.	alle, ausg. FPÖ	FPÖ	alle, ausg. FPÖ		Teil der FPÖ

Quelle: Interviews. In den zeitlich ersten Interviews, insbesondere mit den BV 18 und 20, wurden diese Fragen teilweise noch nicht gestellt. Im 19. Bezirk weist das Interview auf ein sehr stark konsensorientiertes Verhältnis der Parteien hin, die einstimmige Verabschiedung des Budgets ist dafür der aussagekräftigste Indikator.

Die (leider fragmentarischen) Ergebnisse sind in Tabelle 8 angeführt. Diese Tabelle gibt sicherlich nicht überall einen trennscharfen Überblick über das tatsächliche Verhältnis der Parteien, da z.B. manche BV relativ ungerührt reagieren, wenn einzelne Parteien das Bezirks-

budget ablehnen (eben weil sie z.B. wissen, dass die FPÖ landesweit die Order ausgegeben hat, den Bezirksbudgets nicht zuzustimmen, und dies also nicht als spezifische Indolenz der Bezirksfraktion dieser Partei interpretieren; weil sie – zumindest solange sie deren Stimmen nicht notwendigerweise brauchen – zur Kenntnis nehmen, dass die Grünen ein Budget, in dem ein umstrittenes Straßenbauprojekt enthalten ist, eben ablehnen). Nicht einmal der Ausschluss von BR bestimmter Parteien von Kommissionierungen ist immer ein sicherer Indikator: In Bezirken mit einer klaren absoluten Mehrheit (der SPÖ) tritt gelegentlich noch das früher offenbar durchgängige Muster zu Tage, dass die BV (fast) nur BR ihrer eigenen Partei als Vertreter zu solchen Verhandlungen entsenden.

In Bezirken mit geringem Vorsprung der stärksten Partei sind die hier präsentierten Indikatoren (insbesondere wenn diese in dieselbe Richtung weisen) also deutlich aussagekräftiger als in Bezirken mit stark dominanter Mehrheitspartei.

4.4 Die Arbeit in den Bezirksinstitutionen

a) Die Arbeit in den Bezirksvertretungen

Ebenfalls einen Hinweis auf den Status Quo der Bezirksautonomie bilden natürlich Angaben zur Arbeit in der Bezirksvertretung sowie in den Ausschüssen und Kommissionen. Hier werden sehr deutliche Kontraste in der Tagungsintensität, der Dauer der Sitzungen und der Zahl der Anträge und Anfragen deutlich.

Tabelle 9: Bezirksvertretungssitzungen

Bezirk	Häufigkeit pro Jahr	Dauer (Stunden)	Anträge pro Sitzung	Anfragen pro Sitzung
1.	4	5	30-35	
2.	5	3-4	20-30	
3.	5	3-4	25-30	5-10
4.	4	2,5	10-20	
5.	4	3-3,5	6-32	6-37
6.	5	4-5	15-20	3-5
7.	5	2,5-3	15	10
8.	4	5-6	20	15-25
9.	5	4	10-30	5-15
10.	5-6	3-5	15-30	10-15
11.	4-5	3,5		10-18
12.	4	4-5	20-25	20-25
13.	5	2	bis zu 40	5-10
14.	6	1,5-2	30-50	
15.	5	1,5-3	15	10
16.	6	1	15-17	4-5
17.	4	2-3	20-30	12-20
18.	4	1,5	7-15	
19.	6		einstellige Zahl	einstellige Zahl
20.	7-8	max. 1,5	max. 6 (2001 insg. 17)	1-3 (2001 insg. 8)
21.	6	3-5	ca. 15	ca. 10 (5-30)
22.	5	5-7		8-20
23.	5	2-3	20	20

Quelle: Interviews.

Das Problem ist, dass auch diese Zahlen keinen klaren Aufschluss über das Verhältnis der Parteien im Bezirk bzw. über den Stellenwert, den BV-Sitzungen tatsächlich haben, vermitteln können, sondern genau genommen nur im Kontext der bisherigen politischen Entwicklung des jeweiligen Bezirks und im Vergleich zu früheren allgemeinen (bezirksübergreifenden) Trends interpretiert werden können. In der vergangenen Legislaturperiode lagen die Zahlen nach übereinstimmender Aussage mehrerer BV nämlich deutlich höher: Ab 1996 fühlte sich die FPÖ massiv im Aufwind und versuchte zunehmend auch die Bezirksvertretungssitzungen als Bühne für ihre (dezidierte Oppositions-)Politik zu nützen. Aus dieser Periode stammt der FPÖ-Usus, in fast allen Bezirken dem Budget nicht mehr zuzustimmen. Die FPÖ versuchte vor allem auch deutlich mehr Sitzungen pro Jahr durchzusetzen. Weil SPÖ und ÖVP dem zumeist nicht Rechnung zu tragen bereit waren und versuchten, die Sitzungszahl bei den gesetzlich vorgeschriebenen vier Sitzungen pro Jahr (plus eventuell einer fünften Sitzung, z.B. aus Anlass des Budgetbeschlusses) zu halten, wurde von der FPÖ als Instrument vor allem die Ausdehnung der Sitzungen, etwa durch eine erhöhte Zahl an Anfragen und Anträge und das Erzwingen von Diskussionen eingesetzt. Bei der Einbringung von Anträgen zogen dann durchaus auch die „Regierungsparteien“ nach, um ihre intensiven Bemühungen um die Interessen der BewohnerInnen auch solcherart zu dokumentieren.

Folge war, dass etwa im 1. Bezirk in der vergangenen Periode üblicherweise von 14:30 bis ca. 23:00 Uhr über gut 60 Anträge pro Sitzung diskutiert wurde (Sickinger 2002, 77 ff.), während in noch krasserem Fällen wie im 22. Bezirk die Sitzungen mehrmals entweder bis in die Morgenstunden dauerten oder nach Mitternacht unterbrochen und am nächsten Tag fortgesetzt wurden. Die Tatsache, dass die Rückgänge der FPÖ bei der Wahl 2001 in den einzelnen Bezirken völlig unabhängig von derartigem Aktionismus ausfielen (also v.a. dem landesweiten Trend folgten), spricht für die geringe Resonanz einer derartigen Strategie; zudem dürfte ein Teil der FPÖ-Bezirksgruppen seither (insbesondere ab Herbst 2002) in eine deutliche Resignation verfallen sein.

Allerdings sind die Sitzungsdauer und die Zahl an Anträgen sowie Anfragen eben *nicht nur* auf derartige oppositionelle Strategien zurückzuführen: In manchen Bezirken wurde traditionell (schon vor dem Aufstieg der FPÖ und ihrer Transformation in eine populistisch agierende Oppositionspartei) ein sehr toleranter Maßstab an die Zulässigkeit von Anträgen angelegt und getrachtet, über Anträge auch möglichst einen Konsens zu erreichen (vgl. Sickinger 2002, 78 ff.). Dies förderte geradezu eine Tendenz, auch relativ „kleine“ Anliegen in Antragsform zu gießen und zum Thema bei der Bezirksvertretungssitzung zu machen – lange Bezirksvertretungssitzungen und hohe Antragszahlen können also auch auf ein eher konkordanzorientiertes Klima statt auf konfliktorientierte Verhaltensmuster der Parteien hinweisen. In anderen Bezirken haben BV, gewissermaßen in der früher sprichwörtlichen Rolle von (eher autoritär agierenden) „Bezirksherrn“, derartigen Bestrebungen von Minderheitsparteien offenbar erfolgreich einen Riegel vorschieben können, weshalb die Parteien dann eben ihre Differenzen nur anhand einer kleinen Zahl an Anträgen ausgetragen haben.

Verhindert werden kann eine derartige Strategie der „Dehnung“ von Sitzungen und Inflation von Anträgen (und Anfragen) aber genau genommen nicht. Der BV des 18. Bezirks betonte zwar, dass er die Sitzungen relativ straff leiten würde, keine rechtlich unzulässigen Anträge zulasse und damit auch Erfolg habe – dies dürfte aber in der Realität wohl eher deshalb gelingen, weil der Problemhaushalt des Bezirks sehr moderat und die Neigung der in diesem Bezirk deutlich oppositionellen Grünen zur Obstruktion offenbar begrenzt ist. Eine besonders „straffe“, „autoritäre“ Führung der Bezirksvertretungssitzungen wäre in den meisten Bezirken, wie eine andere BV (auf derartige offenbar breiter bekannte Aussagen des BV des Nachbarbezirks Bezug nehmend) ausführt, kaum möglich:

Natürlich, wenn man es ganz straff macht, sagt man, ich beantworte alles schriftlich, und der Fall ist erledigt. Kann man auch machen, habe ich auch schon gemacht. Aber letztlich haben spätestens bei den Anträgen die Leute die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden. Und da kann eine Fraktion die Sitzung bis ins Unendliche verlängern, wenn sie das möchte. Und ich denke, weil es Leute gibt, die sagen, sie machen das [die BV-Sitzung] in einer halben Stunde und dann sind sie fertig, das wäre in Hernals nie möglich gewesen. Wir haben immer Fraktionen da gehabt, die sofort mit der Geschäftsordnung in der Hand Oppositionsarbeit betrieben hätten in einer exzessiven Art. Und da wären wir dann lange gesessen. Es hat ja früher Bezirke gegeben, die haben unterbrechen müssen um Mitternacht und sich am nächsten Tag wieder zusammengesetzt. Das ist Gott sei Dank nie passiert. Also unsere längste Sitzung war einmal bei vier Stunden, das hat eh schon lange gedauert. (BV 17)

Rational betrachtet stellt sich die Frage nach dem Sinn derartiger Marathonsitzungen. Die Öffentlichkeit derartiger Plenarsitzungen ist in fast allen Bezirken nämlich nur eine eher theoretische:

Wozu diese große Show, für wen? Es sitzt ja niemand hinten, der zuhört. Es sind da zwei, drei Leute, die kommen immer, schon seit Jahren, für die ist es vielleicht ein Unterhaltungsprogramm, aber sonst ist niemand da, für die man diese Show macht. Auch keine Journalisten. (BV 18)

Obwohl BV-Sitzungen ja öffentlich zugänglich sind, sind sie in Wirklichkeit exklusive und geheime Treffs, die keine öffentliche Wirkung haben.

F.: Wie viele Leute kommen da?

Fünf. Das sind der ehemalige BV, der ehemalige Obmann der SPÖ und drei andere. Also zwischen 5 und 10 Leute kommen, mehr nicht. Bürgerinnen und Bürger, die sagen, ich gehe zur Bezirksvertretungssitzung, die findet man da glaube ich da nicht. Zu Recht. Journalisten auch nicht. (BV 7)

Die JournalistInnen der Bezirkszeitungen und LokaljournalistInnen der Tageszeitungen holen sich ihre Informationen darüber, was in der Bezirksvertretungssitzung an Wissenswertem passiert ist bzw. passieren wird, nämlich typischerweise direkt von den BV und Klubobleuten und sehen sich die Sitzungen, über deren Ergebnisse sie schreiben, fast nie selbst an.

Der *typische Ablauf von Bezirksvertretungssitzungen* beginnt mit Bekanntmachungen des BV und der anschließenden Beschlussfassung von Aktenstücken. Anschließend werden die von den BR eingebrachten Anfragen, dann deren Anträge aufgerufen. In einem Bezirk wurde dieser Ablauf allerdings am Beginn dieser Gesetzgebungsperiode umgedreht:

Der wichtigste Punkt für jemanden aus der Bevölkerung, der interessiert ist, sind die Anträge, die neu eingebracht werden. *Daher haben wir es von der Tagesordnung her so, dass wir zuerst die neuen Anträge behandeln.* Das heißt vom Procedere her: Begrüßung des Vorsitzenden und dann Behandlung von neu eingebrachten Anträgen, und erst im Anschluss kommt der Bericht über die erledigten Anträge, über die offenen Anträge, über die erledigten Anfragen, über die offenen Anfragen, über die Anträge, die aus den Ausschüssen kommen, und erst ganz zum Schluss kommen die ganzen budgetären Dinge, die Budgetanträge. (BV 14)

Anfragen haben in den Bezirken einen sehr unterschiedlichen Stellenwert; in der Praxis stellen sie sich meist als oppositionelles Instrument dar, das v.a. von der FPÖ und den Grünen genützt wird:

Wenn sich die Grünen nicht besonders hervortun sind es 15, sonst sind es auch 25. (...) Wobei in diesen Anfragen noch zusätzliche Einzelfragen verpackt sind. Ich habe es mir einmal ausgerechnet, bei einer BV-Sitzung bin ich auf über 100 Einzelfragen gekommen. (BV 2)

Die BV-Parteien greifen auf das Mittel der Anfrage hingegen nur selten (meist dann, wenn sie ein Thema ausspielen wollen) zurück, da sie ja den BV jederzeit persönlich fragen können; SPÖ bzw. ÖVP setzen dieses Mittel aber auch bei einem „andersfärbigen“ BV nur spärlich ein. Dies ist sicherlich *auch* Ausdruck der Tatsache, dass insbesondere die SPÖ in ÖVP-Bezirken trotzdem ohnehin sehr gut über alle relevanten Ereignisse und Probleme informiert

sind und die ÖVP in zahlreichen SPÖ-dominierten Arbeiterbezirken nur drittstärkste Partei ohne hartes oppositionelles Profil ist.

Manche BV führen die Tatsache, dass es in ihrem Bezirk nur wenige Anfragen gibt, auf ihr offensives Informationsverhalten gegenüber den anderen Fraktionen und deren intensive Einbindung in politische Entscheidungen zurück (etwa BV 19). Tatsache ist aber, dass es auch BV gibt, die dies ebenfalls versuchen, aber trotzdem mit einer beträchtlichen Zahl an Anfragen konfrontiert werden. Immerhin, ein sehr offensives Informationsverhalten gegenüber den Fraktionen mag hier Abhilfe schaffen (allerdings gibt es im nun zitierten 6. Bezirk „zum Ausgleich“ für die deshalb moderate Zahl an Anfragen eine beträchtliche Zahl an Anträgen in jeder BV-Sitzung):

Also wir tagen viel länger als früher, weil mein Vorgänger drei Berichtspunkte gehabt hat und ich habe 50. Aber es gibt so wenig Möglichkeit, alle ... Die anderen Fraktionen, das weiß ich aus meiner oppositionellen Zeit, man hat *so* einen Wissensdurst und hat in Wirklichkeit nur die Möglichkeit nachzufragen wenn man konkret etwas weiß. Und alles was bis zur nächsten BV-Sitzung reinkommt, wo ich weiß, da bekomme *nur ich* die Information, kommt in unsere BV-Mappe und darüber berichte ich dann. Wird dazu mehr Information gewünscht, dann erzähle ich mehr, wenn nicht, dann nenne ich nur die Überschrift und dann war es das ganz einfach. Aber um mich nicht dem Vorwurf auszusetzen, dass ich Dinge unter den Tisch fallen lasse. Und bei uns gibt es etwas, was es in anderen Bezirken wahrscheinlich nicht gibt, bei uns gibt es für jede Kommission und jeden Ausschuss eine Mappe, wo alle Unterlagen hineinkommen und jeder Bezirksrat darf sich das anschauen. Egal ob's der Finanzausschuss ist, die Verkehrskommission, sobald eine Antwort oder ein Vorschlag von der Magistratsabteilung kommt, dann kommt das da hinein, und wer kommt – es sind eh nur einige, die interessiert sind, aber wer Interesse hat, kann sich das anschauen, kann sich das kopieren.

F: Sind das eher die Klubobleute, die sich das anschauen?

Nein, Bezirksräte, in jeder Fraktion gibt es einige ganz Interessierte, die sich das anschauen. Mitnehmen darf niemand etwas, aber Einsicht hat jeder. (BV 6)

Anfragen müssen – so wie Anträge – drei Werktage vor der BV-Sitzung eingelangt sein. Sie können mündlich in der Sitzung oder auch schriftlich bis zur nächsten Sitzung beantwortet werden. Während manche BV fast durchwegs bzw. „immer“ sogleich mündlich antworten, beantworten einige BV nur schriftlich. Letzteres verweist auf eine weitere Möglichkeit, nämlich solche Fragen tatsächlich als Informationsmittel über komplexere Themen – Immissionswerte usw. – zu nützen.

Bei uns kommen regelmäßig Anfragen, manchmal auch sehr viele, und die werden allesamt schriftlich beantwortet. Erstens, weil ich mir gern Meinungen der Fachabteilungen einhole, teilweise sind es auch Anfragen, die ich gar nicht beantworten könnte. Wenn beispielsweise gefragt wird, wie viele freie Grundstücke hat die MA 69 im Bezirk, wie sind die Erstoptionen auf die Grundstücke, wie soll die Verwertung erfolgen, das könnte ich gar nicht beantworten. Und ich glaube eigentlich, dass es Sinn macht, da schriftliche Antworten zu geben: Das können die Leute auch ablegen, und ich merke auch, dass das eher positiv aufgenommen wird. (BV 14)

Den Kernpunkt jeder BV-Sitzung bilden durchwegs die *Anträge der BR* (dazu Sickinger 2002, 77 ff.). Diese können von jedem Mitglied der Bezirksvertretung spätestens drei Werktage vor der Bezirksvertretungssitzung eingebracht werden. Weil in manchen Bezirken (seitens der Grünen wie der FPÖ) in den vergangenen Gesetzgebungsperioden geradezu eine

Inflation (eigentlich unzulässiger) allgemeinpolitischer Anträge zu verzeichnen war, wurde Ende der vergangenen Periode die Zulässigkeit präzisiert:

Die Bezirksvertretung hat das Recht, Anträge an andere Organe der öffentlichen Verwaltung im Inland in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde zu beschließen, die das Interesse des Bezirks berühren. Angelegenheiten der Gesetzgebung, der Gemeindeabgaben, Entgelte und Tarife sowie Personalangelegenheiten können nicht Gegenstand von Anträgen sein. (§ 104 Abs. 1 WStV)

Dies lässt freilich immer noch erhebliche Spielräume für allgemeinpolitische Anträge offen, sofern überhaupt ein Bezug zum Bezirk konstruiert werden kann. *Typisch für Anträge an die BV sind aber eher stark lokalbezogene Themen*, insbesondere zu Verkehrsfragen und zur Gestaltung des öffentlichen Raums im Allgemeinen. Das Problem ist in diesen Fragen weniger der Bezirksbezug, sondern die Frage, ob hier nicht aus einem so empfundenen Profilierungsdruck Anträge gestellt werden, *deren Administrierung hohe Kosten aufwirft* und deren Ziel in Wirklichkeit nicht selten leicht durch ein Telefonat des BV verwirklicht werden könnte.

In manchen Bezirken ist die Strategie des BV, gegenüber allen Fraktionen möglichst offen zu sein, diese sachpolitisch intensiv einzubinden und gleichzeitig regelmäßige Überzeugungsarbeit zu leisten, dass nur grundlegende Themen sinnvollerweise in (möglichst einstimmig zu verabschiedende) Anträge zu gießen seien, offenbar durchaus erfolgreich (so im 19. und 20. Bezirk – zwei Bezirken mit langjährig erfahrenen, konsensorientierten BV). Im allgemeinen gibt es aber zur Bewältigung der zumeist vorhandenen größeren Zahl an Anträgen zwei Strategien: entweder die Anträge werden direkt in der BV diskutiert (was dann meist zu „Marathonsitzungen“ führt), oder aber die *Verweisung fast aller Anträge zur Vorberatung in Kommissionen und Ausschüsse*. Sofern letzteres als „Begräbnis erster Klasse“ gedacht wäre, würde dies freilich nur bedingt zur Entlastung der BV-Sitzungen taugen, da über den Antrag und die beantragte Verweisung ebenfalls eine ausführliche Diskussion provoziert werden könnte. Angesichts des zunehmenden Gewichts der Kommissionen ist die Verweisung mittlerweile sehr üblich geworden – und zwar *eher als Konkordanzelement*, seltener als „Endlagerung“ von Anträgen.

Insgesamt gilt, dass in den BV das Verhältnis der Parteien zueinander, gelegentlichem Theaterdonner und öffentlichen Kontroversen zum Trotz, zumeist doch überwiegend sachorientiert und positiv ist, und dies wirkt sich offensichtlich auf die Behandlung auch von Anträgen aus:

[Das Verhältnis zwischen den Parteien im Bezirk ist] eigentlich ein sehr gutes, muss man sagen. Es hat auch mit den Personen zu tun, die da sind, die wechseln ja auch immer wieder in den Parteien, das ist auch Sympathie oder nicht Sympathie. Aber wir machen 95 oder mehr Prozent der Beschlüsse für den Bezirk einstimmig. Also das ist ein hoher Prozentsatz, es geht nur dort nicht einstimmig, wo es um Ideologie, um politische Unterschiedlichkeiten geht. (BV 10)

BV als Vorsitzende der Bezirksvertretung

Eine nicht uninteressante Frage für das Amtsverständnis der BV könnte sein, ob diese den Vorsitz in der Bezirksvertretung führen; das Nichtausüben dieser Rolle könnte nämlich als

Hinweis auf die Akzeptanz einer stärkeren Eigenständigkeit des „Bezirksparlaments“ gedeutet werden. In vergangenen Jahrzehnten waren BV nämlich typischerweise zugleich die Vorsitzenden der Bezirksvertretung. Diesem Leitbild folgend waren bis Ende der vergangenen Legislaturperiode BV ex lege automatisch Vorsitzende der Bezirksvertretung, es sei denn, sie hatten kein Mandat als BR. Nur in dem Fall, dass BV *kein BR-Mandat* hatten (dies war und ist typischerweise dann der Fall, wenn sie dieses nach der Angelobung als BV zurückgelegt haben), musste also ein/e eigene/r Vorsitzende/r gewählt werden, welche/r die Bezirksvertretungssitzungen zu leiten hatte.

Erst seit 2001 ist in jedem Fall ein/e eigene/r Vorsitzende/r zu wählen (in den Fällen, in denen die BV ihr BR-Mandat nicht zurückgelegt haben, sind dies in der Praxis regelmäßig aber nach wie vor diese). Allerdings wurde es seit den 1990er Jahren zunehmend ein gängiges Muster, dass BV nach ihrer Angelobung ihr BR-Mandat zurücklegen. Tabelle 10 gibt einen Überblick über die Situation in den einzelnen Bezirken; da das Faktum der Mandatsrücklegung/Wahl zum Vorsitzenden der BV für sich alleine ohne Betrachtung der Mehrheitsverhältnisse wenig aussagekräftig wäre, sind auch die Mandatszahlen unmittelbar nach der BV-Wahl 2001 (typischerweise dem Zeitpunkt der Mandatsrücklegung bzw. Wahl zum/zur BV-Vorsitzenden) angeführt:

Tabelle 10: BV als Vorsitzende der Bezirksvertretung

Bezirk	BV-Partei	BV=BR, Vors. BV?	M.	SPÖ	FPÖ	ÖVP	Grüne	LIF	Sonst.
1.	ÖVP	nein	40	11	7	14	7	1	-
2.	SPÖ	nein	60	30	12	8	9	1	-
3.	SPÖ	Vors. BV*	56	24	10	10	10	2	-
4.	ÖVP	nein	40	12	6	*12	9	1	-
5.	SPÖ	nein	40	18	8	6	7	1	-
6.	SPÖ	nein	40	13	5	11	10	1	-
7.	Grüne	nein	40	12	6	7	13	2	-
8.	ÖVP	Vors. BV	40	10	5	11	10	1	3
9.	SPÖ	Vors. BV	40	13	6	11	9	1	-
10.	SPÖ	nein	60	35	14	6	4	1	-
11.	SPÖ	nein	48	30	10	4	3	1	-
12.	SPÖ	Vors. BV	54	27	11	8	6	1	1
13.	ÖVP	nein	42	14	6	16	5	1	-
14.	SPÖ	nein	54	24	11	10	8	1	-
15.	SPÖ	nein	48	23	11	6	7	1	-
16.	SPÖ	Vors. BV	58	30	12	8	7	1	-
17.	SPÖ	nein	40	17	8	8	6	1	-
18.	ÖVP	Vors. BV	40	12	6	13	8	1	-
19.	ÖVP	nein	48	16	7	18	6	1	-
20.	SPÖ	Vors. BV	50	28	11	5	5	1	-
21.	SPÖ	Vors. BV	60	35	12	7	5	1	-
22.	SPÖ	nein	60	34	12	7	6	1	-
23.	SPÖ	ja, aber nur BR	54	28	10	9	6	1	-

BV 3 ist zudem Vorsitzender der Verkehrskommission.

Quelle: amtliche Wahlergebnisse, Interviews.

Der (auch in den Interviews deklarierte) Grund für die Niederlegung des BR-Mandats liegt im Regelfall darin, Platz für eine/n weitere/n BezirksmandatarIn zu schaffen. Dieses Muster wurde also erst mit dem starken Rückgang der Mandatszahlen von ÖVP und SPÖ in den 1990er Jahren (und der gleichzeitig steigenden Arbeitsbelastung der BR durch die beiden Ausweitungen der Dezentralisierung) üblich.

Von den 23 BV haben in der laufenden Periode 14 ihr Amt als BR nach ihrer Angelobung zurückgelegt; von den übrigen 9 sind 8 zugleich Vorsitzende der Bezirksvertretung. Das heißt, knapp über ein Drittel der BV praktizieren das traditionelle Rollenmuster, nach dem BV eben auch wirklich „VorsteherInnen“ der Bezirksvertretung sind. Interessant ist aber, dass kein wirklich eindeutiges Muster zu erkennen ist, wann dies der Fall ist: In einigen Fällen handelt es sich um Bezirke mit sehr starken Mehrheiten der BV-Partei (hier gibt es aber auch Gegenbeispiele, wo die BV das BR-Mandat trotzdem zurückgelegt haben), aber auch einige Bezirke mit sehr knappen Mehrheiten – wo, wie sogleich zu zeigen wird, *gerade deshalb* die BV nicht auf die Vorsitzführung in der Bezirksvertretung verzichten wollten. Vom Dienstal der BV betrachtet ist ebenfalls kein klarer Trend zu sehen: Einige „KumuliererInnen“ sind überdurchschnittlich lang im Amt, andere langgediente BV praktizieren aber seit langem die Trennung.

Für die BV, die nach wie vor Vorsitzende der Bezirksvertretung sind, ist dies zumeist ein selbstverständlicher Teil ihres Rollenbildes – wobei interessanterweise im Grunde kein Zusammenhang zu sehen ist zwischen einem betont konsens- oder aber konfliktorientierten Rollenverständnis: Es sind keineswegs nur zu einer autoritär-straffen Führung bereite AmtsinhaberInnen, die diese Personallunion pflegen. Auch stark (und teilweise sehr erfolgreich) um die Einbindung möglichst aller Fraktionen bemühte BV praktizieren diese Kumulation:

Das kann ja nicht sein, dass ich in dem Gremium sitze wie ein Zuhörer! Ich kann es aus taktischen Gründen wegen Mehrheiten machen, wenn's an der Kippe ist – dann muss ich es tun. Aber da kann man schon ein bisschen eingreifen, sollte es Emotionen geben. (BV 20)

Sehr grundsätzlich und analytisch konsistent bringt ein anderer BV die Gegenposition auf den Punkt:

Für mich war das eine Selbstverständlichkeit. In meiner beruflichen Ausbildung habe ich eines gelernt, nie moderierend und präsentierend bei der gleichen Veranstaltung zu sein. Und hier ist genau dieses Spannungsfeld zu sehen, und daher mache ich's wie jeder andere Profi bei einer Veranstaltung, entweder moderiere ich, oder präsentiere ich. Damit ist für mich klar, dass ich den Vorsitzenden [der BV] vom Vorsteher trenne und nicht selbst den Vorsitz ausübe. (BV 5)

Mehr praktisch auf die Aufgaben bezogen benennt eine weitere BV Argumente für die Ämtertrennung:

Es ist ein anderes Arbeiten, ein spannenderes Arbeiten, und man kann sich vor allem freier in der Bezirksvertretungssitzung in der Wortwahl bewegen. Man darf nicht vergessen, der, der den Vorsitz in der Bezirksvertretung hat, hat auch Aufgaben zu erfüllen: Die Aufgabe der Ordnungsgemäßheit, dass die Debattenredezeiten eingehalten werden, der ordnungsgemäßen Abwicklung der Anträge, der gegenseitigen Debattenreden, dass es da nicht zu allzu starken Entgleisungen kommt etc. Das heißt, wenn man sich als BV angesprochen erlebt, müsste man eigentlich den Vorsitz immer wieder abgeben und sagen, ich melde mich jetzt selber. Diese Doppelfunktion ist insofern mühsam, weil man sich eigentlich aufgrund der ordnungsgemäßen Abwicklung selber auch immer wieder zurücknehmen muss. (BV 17)

Und ein BV, dessen Rollenverständnis generell in Richtung eines Moderators geht, formuliert auf die Frage, ob die Ämtertrennung Vorteile biete, folgendes:

Naja, für mich schon. *Mein Vorteil ist, dass ich mehr oder weniger auch ein bisschen über den Fraktionen schweben darf*, ab und zu, und wieder meine Rolle als Mittler ein bisschen ausnützen kann. Das passiert auch in den Bezirksvertretungssitzungen, wenn sich jetzt mehrere Fraktionen bekämpfen – unter Führungszeichen –, suche ich dann einen Kompromissvorschlag zu erstellen, und das ist dann etwas, das dann auch meist angenommen wird. Also es lässt mir die Freiheit, ein bisschen darüber zu sein. Das kommt auch in der Öffentlichkeit ganz gut an. (BV 23)

In einigen Bezirken war die *Beibehaltung* hingegen keine grundsätzliche Frage. Im 9. Bezirk resultierte sie eher aus der Überlegung, so einer sehr angriffigen Oppositionspartei besser Paroli bieten zu können:

Ich habe das in der vorigen Funktionsperiode zurückgelegt gehabt, war also nur mehr BV und wir hatten einen eigenen Vorsitzenden der Bezirksvertretung. Wir haben aber – das

war eine Entscheidung, die wir in der Fraktion getroffen haben – gesagt, in Anbetracht der speziellen Situation, die wir mit den Freiheitlichen haben, und da wir auch nicht wissen, wie sich die Situation entwickeln wird, soll ich die Funktion nicht zurücklegen. Ganz einfach, weil ich halt möglicherweise mehr Routine habe und auch die Autorität, die manche Schwachsinnigkeiten möglicherweise verhindert.

F.: Und geht das Kalkül auf, oder ist das in Wirklichkeit eh egal?

Man kann ja nicht sagen, wie es anders wäre, wenn ich es nicht habe. Ich glaube aber schon, dass diese Autorität, die da ist, manche Probleme beseitigt. Einfach formuliert: Manche haben Beißhemmungen bei mir, die sie bei anderen möglicherweise nicht hätten. Wenn ich sage, jetzt ist es aus, dann nehmen sie das auch zur Kenntnis. (BV 9)

Dieses Kalkül ist vermutlich auch in den anderen Bezirken mit knappen Mehrheiten ausschlaggebend, in denen diese „Ämterkumulierung“ gehandhabt wird. Ansonsten würde diese Konstellation nämlich eher für das Kalkül eines zusätzlichen BR-Mandats sprechen.

b) Ausschüsse und Kommissionen

Ein eigentliches Ausschusssystem auf Bezirksebene gibt es erst seit dem Dezentralisierungsschritt 1987, die Ausweitung der Dezentralisierung 1997 hat hier noch eine weitere Verstärkung gebracht. *In vielen Bezirken ist es seither üblich geworden, Anträge an die Bezirksvertretung, die auf konkrete Maßnahmen (etwa im Verkehrsbereich) zielen, in einer Kommission zu beraten*, um in diesem Rahmen z.B. gemeinsam mit den zuständigen Magistratsbediensteten die Umsetzbarkeit und Sinnhaftigkeit abzuklären. Die Bedeutung der Ausschüsse und Kommissionen nimmt somit langfristig deutlich zu.

Die drei Ausschüsse

Die Einrichtung des Finanz-, des Bau- und des Umweltausschusses ist durch § 66a Wiener Stadtverfassung verpflichtend vorgeschrieben. Die Zahl der Mitglieder liegt zwischen 10 und 15; sie werden analog den Ausschussmitgliedern im Gemeinderat bestellt.¹³ Das heißt: Die Ausschussmitglieder werden von den Fraktionen nominiert; kommt ein gültiger Wahlvorschlag zustande (der von zumindest der Hälfte der Fraktionsmitglieder unterstützt werden muss), sind dessen Mitglieder de facto bereits gewählt; die Aufteilung der Mandate auf die Fraktionen erfolgt nach dem Teilzahlenverfahren nach d'Hondt.¹⁴ Letzteres ist auch für die Bestellung der Ausschussvorsitzenden und der beiden StellvertreterInnen vorgesehen.

Die Ausschüsse haben rechtlich festgelegte, teilweise behördliche Kompetenzen:

Der **Finanzausschuss** ist in die Erarbeitung und den Vollzug des Budgets eingebunden, dessen Ausschuss passieren alle finanzwirksamen Akten. Auch im Budgetvollzug hat dieser

¹³ § 66b WStV verweist auf § 96 Wr. Gemeindevahlordnung, dieser wiederum bei der Aufteilung der Mandate auf das zweite Ermittlungsverfahren bei Gemeinderatswahlen (§ 87)

¹⁴ Wiener Gemeindevahlordnung, § 87 Abs. 6: (...)Die Summen der Reststimmen werden, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander geschrieben; unter jede Summe sind die Hälfte, darunter das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiterfolgenden Teilzahlen zu schreiben. Als Wahlzahl gilt bei bloß einem zu vergebenden Restmandat die größte, bei zwei zu vergebenden Restmandaten die zweitgrößte, bei drei Restmandaten die drittgrößte, bei vier die viertgrößte Zahl usw. der so angeschriebenen Zahlen.

(7) Jede Partei erhält so viele Restmandate, wie die Wahlzahl in ihrer Reststimmensumme enthalten ist.

Ausschuss Entscheidungskompetenzen: Ausgaben bis 64.000 € (die durch einen Budgetposten abgedeckt sind) darf der BV selbst unterschreiben, für darüber liegende Beträge bis 128.000€ ist der Finanzausschuss zuständig, noch höhere Beträge müssen durch einen Beschluss der Bezirksvertretung freigegeben werden.

Wie bereits beschrieben, hat die Erweiterung der Dezentralisierung 1997, die u.a. eine Verdoppelung der Bezirksbudgets gebracht hat, die Bedeutung des jeweiligen Finanzausschusses deutlich erhöht. Heute ist der Finanzausschuss *normalerweise der arbeitsaufwändigste Ausschuss*, nur in manchen Bezirken mit intensiver Bautätigkeit übertroffen durch den Bauausschuss. Die Termine des Finanzausschusses werden zumeist auch bereits am Beginn des Jahres fix festgelegt; üblicherweise tagt der Finanzausschuss ca. einmal pro Monat.

Der **Bauausschuss** hat u.a. die sogenannten „unwesentlichen Abweichungen“ von den Bauvorschriften (§69a Wr. BauO) zu behandeln und genehmigen/untersagen. Zum Teil werden hier auch Angelegenheiten der Flächenwidmung beraten.

Dem **Umweltausschuss** sind ebenfalls eine Reihe von allgemein gehaltenen Aufgaben zugewiesen: Erstellung von Konzepten betreffend die Erhaltung und Ausgestaltung der städtischen Grünräume; Vorschläge zur Verbesserung der Umweltbedingungen im Bezirk; Mitwirkung bei der Errichtung und Auflassung von Parkanlagen, sonstigen nicht betrieblich genutzten Grünanlagen und Erholungsflächen; Vorschläge für die Standorte der Ersatzpflanzungen nach dem Wiener Baumschutzgesetz auf öffentlichem Gut; Stellungnahmen zu Rodungen im Rodungsverfahren; Mitwirkung bei der Erstellung der Pläne für die Straßenreinigung und Müllabfuhr sowie bei Maßnahmen zu deren Überwachung; Mitwirkung bei der Entscheidung über den Einsatz der den Bezirken zugeteilten Schneeräum- und Schneeabfuhrfahrzeuge (§ 103j WStV).

Dass die *Ausschüsse behördliche Aufgaben zu erfüllen* haben, hat für die BR einen angenehmen Effekt – die Teilnahme wird analog der Teilnahme an Lokalausganscheinigen (Kommissionierungsterminen) mit einer Aufwandsentschädigung abgegolten.

Kommissionen

Zusätzlich zu den Ausschüssen können die Bezirke zur Vorberatung weiterer Angelegenheiten und Berichterstattung an die Bezirksvertretung weitere *Kommissionen* einrichten. Kommissionen sind also fakultativ und haben keine gesetzlich zugewiesenen Kompetenzen. In der Praxis sind die Unterschiede allerdings fließend: So werden z.B. auch allgemeine Bau- und Raumordnungsfragen oft im *Bauausschuss* behandelt, statt – wie es genau genommen rechtlich korrekt wäre – eine zusätzliche Baukommission damit zu befassen; ähnliches ist bei umweltbezogenen Themen (Umweltausschuss statt Umweltkommission) festzustellen.

Kommissionen bestehen aus mindestens sechs Mitgliedern (und ebenso vielen Ersatzmitgliedern); im Übrigen richtet sich ihre Zusammensetzung nach den Regeln für die Ausschüsse. Die Teilnahme an Kommissionssitzungen erfolgt grundsätzlich unentgeltlich; allerdings kann jeder Bezirk diesbezüglich eine Kommission den Ausschüssen gleichstellen.

Verkehrskommission: Jeder Bezirk hat eine Verkehrskommission eingerichtet. Im 12. Bezirk (der daneben nur noch eine Kulturkommission kennt) heißt diese Kommission aus historischen Gründen zwar „vorberatende Bezirkskommission der Bezirksvertretung“, diese behandelt aber zu über 90% die klassischen Themen einer Verkehrskommission: Dies ist v.a. die Behandlung konkreter Vorhaben/Anträge wie Ampelschaltungen, Parkplatzmarkierungen, Einbahnregelungen usw. Die besondere Wichtigkeit – und hohe Arbeitsbelastung – dieser Kommissionen wird dadurch unterstrichen, dass fast durchwegs diese Kommission hinsichtlich der Tagungsentschädigungen den Ausschüssen gleichgestellt ist. In einem Fall, dem 3. Bezirk, ist sogar der BV Vorsitzender der Verkehrskommission (was mit der Praxis einiger anderer BV scharf kontrastiert, an Kommissions- und Ausschusssitzungen selber gar nicht teilzunehmen).

Bezirksentwicklungskommission: In einer Reihe von Bezirken ist auch eine Bezirksentwicklungskommission eingerichtet. Diese Kommissionen dienen einerseits der Erarbeitung von Bezirksentwicklungskonzepten bzw. der grundsätzlichen Diskussion von Zukunftsperspektiven des Bezirks, aber es werden beispielsweise auch große Verkehrsprojekte wie der U-Bahn-Bau hier behandelt.

Kulturkommission: Seit dem Dezentralisierungsschritt 1997 haben die Bezirke jeweils auch ein kleines Kulturbudget, mit dem sie kulturelle Veranstaltungen (etwa die Bezirksfestwochen, Einladungen für Ausstellungen und Vernissagen, Konzerte) bzw. lokal tätige Kulturvereine fördern können. Die Bedeutung dieser (meist nur geringe Beträge und insgesamt meist 2-5% des Bezirksbudgets umfassenden) Förderung der Kulturarbeit hat dabei in den letzten Jahren zweifellos zugenommen, weshalb auch die Beträge tendenziell im Steigen begriffen sind. In einigen Bezirken werden in der Kulturkommission nicht nur die eingegangenen Anträge auf Förderungen beraten, sondern zugleich bereits faktisch vorab entschieden; in anderen Bezirken wird dies freilich im zuständigen Finanzausschuss oder überhaupt auf höherer Ebene (im 9. etwa in der Präsidiale¹⁵) entschieden.

Sozialkommission: Häufig ist auch eine Sozialkommission eingerichtet, wobei in diesem Rahmen je nach Bezirk oft sehr unterschiedliche Angelegenheiten diskutiert werden. Von Konflikten zwischen Jugendlichen und Pensionisten in Parks, Fragen der Parkbetreuung u.ä. über Obdachlosigkeit, Drogenangelegenheiten bis hin zur Funktion einer Auffangkommission für Angelegenheiten, die in keine andere Kommission passen (so in einigen Bezirken) reicht die mögliche Bandbreite.

Kleingartenkommission: Diese ist in dem Teil der Bezirke, die viele Schrebergärten aufweisen, alles andere als unwesentlich. Hier geht es um Parkplätze, Ver- und Entsorgung, Müll, das ganzjährige Wohnen und der Ankauf von Kleingärten, aber auch Umwidmungen für zusätzliche Kleingärten; üblicherweise wird jedes Jahr mit allen Obleuten der Kleingartenvereine eine Versammlung gemacht, wo jeder alles loswerden kann, was ihm am Herzen liegt.

¹⁵ BV Benke begründete dies damit, dass es dabei in Wirklichkeit „nicht (um) eine Frage der Beurteilung des künstlerischen Wertes, sondern grundsätzlich eher politische Entscheidungen: Wem geben wir wie viel Geld“ ginge (BV 9).

Daneben gibt es in einzelnen Bezirken noch weitere Kommissionen: etwa zumeist eine (selten zusammentretende) Katastrophenschutzkommission, und je nach Schwerpunktsetzungen auch noch weitere – Frauen, Jugend/Senioren, Sicherheit (wenn die oben erwähnten Fragen etwa von Drogen und Obdachlosigkeit eher als polizeiliche Themen wahrgenommen werden) etc. Allerdings gibt es daneben auch noch die Praxis, bestimmte BR zu „Beauftragte“ für ein bestimmtes Fachgebiet – Jugend, Frauen, Senioren usw. – zu machen.

Besetzung der Vorsitzendenfunktionen

Die Besetzung der Vorsitzenden und der beiden StellvertreterInnen ist durch einen Verweis in § 66b WStV auf die Wahl der Ausschussvorsitzenden und deren StellvertreterInnen auf Gemeindeebene in § 97 Wiener Gemeinderatswahlordnung geregelt. Daraus ergibt sich, dass diese Wahl nach dem Teilzahlenverfahren nach d’Hondt zu erfolgen hat. Durch die schwer verständliche Textierung und die mehrfachen Weiterverweise sind die Gesetzesbestimmungen allerdings schwer verständlich; offensichtlich ist daher auch die Meinung verbreitet, dass das Verteilungsmuster dasselbe wie bei den BV und den beiden BV-StV ist.¹⁶ Dieses Ergebnis, dass der BV-Partei neben dem/der Vorsitzenden auch der/die erste StellvertreterIn und der zweitstärksten Partei der/die zweite StellvertreterIn; zusteht, resultiert aus dem Berechnungsverfahren nach d’Hondt aber nur in den Bezirken, wo die stärkste Partei zumindest doppelt so stark wie die zweitstärkste Partei ist. Tatsächlich lautet das Muster typischerweise: Vorsitzende/r stärkste Partei, ein StV stärkste oder zweitstärkste Partei, ein StV zweit- oder drittstärkste Partei.

Im Grunde ist es realpolitisch relativ folgenlos, welche Parteien die Positionen von *stellvertretenden* Vorsitzenden bekommen, weil die Einberufung der Sitzungen bzw. Festlegung der Termine durch den/die Vorsitzende/n erfolgt und dabei selbstverständlich auf dessen zeitliche Verfügbarkeit Bedacht genommen wird. StellvertreterInnen kommen daher normalerweise nicht in die Situation, eine Sitzung zu leiten (es sei denn der/die Vorsitzende tritt zurück und muss erst nachbesetzt werden). Gleichwohl wird manchmal das Abweichen von der gesetzlich vorgegebenen Besetzung als symbolische Konzession gehandhabt, die offensichtlich einen Hinweis auf die besonders enge Zusammenarbeit zwischen bestimmten Parteien gibt. Sehr klar ist hingegen die politische Botschaft, wenn eine *Vorsitzfunktion* an eine andere Partei abgetreten wird, was in Einzelfällen ebenfalls vorkommt.

Folgende Abweichungen von der gesetzlichen Regelung sind in der Praxis festzustellen:¹⁷

Im 1. Bezirk (Rangfolge nach d’Hondt: ÖVP, SPÖ, FPÖ) überließ die ÖVP der SPÖ die Vorsitzenden des Umweltausschusses und der Sozialkommission (die ÖVP hat dort einen Stv.), im Finanzausschuss und der Bezirksentwicklungskommission haben die Grünen statt der FPÖ einen stv. Vorsitzenden.

¹⁶ So fiel im 9. Bezirk erst am Beginn dieser Gesetzgebungsperiode auf, dass eigentlich nicht der SPÖ, sondern der FPÖ einer der beiden stv. Vorsitzenden in den Ausschüssen zugestanden wäre. Unzutreffend ist daher auch die Interpretation der Aufteilung im 1. Bezirk in Sickinger 2002, 83 f.

¹⁷ Basis ist neben den Interviews mit den BV im Folgenden die Website des Wiener Stadtmagistrats zu den Bezirksvertretungen (<http://www.magwien.gv.at/ma53/stpoliti/bv.htm>).

Im 3. Bezirk (SPÖ/SPÖ/ÖVP), wo die 2.-4. Partei je 10 Mandate (und die SPÖ 24 Mandate) haben, nimmt zwar die SPÖ durchwegs die Funktion des Vorsitzenden wahr, die StV wurden hingegen im Einvernehmen auf alle Parteien aufgeteilt: Finanzausschuss und Verkehrskommission: ÖVP/FPÖ, Bauausschuss SPÖ/ÖVP, Umweltausschuss, Kulturkommission, Jugend- und Sozialkommission: ÖVP/Grüne, Zivilschutzkommission: ÖVP/LIF.

Im 4. Bezirk (ÖVP/SPÖ/Grüne) ist – vermutlich aufgrund einer Fehlinterpretation der rechtlichen Vorschriften (im Interview wurde dies nicht angesprochen) – das durchgängige Muster der Aufteilung ÖVP/ÖVP/SPÖ.

Im 5. Bezirk (SPÖ/SPÖ/FPÖ) hat die SPÖ den (knapp hinter der FPÖ drittstärksten) Grünen einen StV im Umweltausschuss überlassen; diese stellen weiters (anstelle der FPÖ) eine stv. Vorsitzende der Sozialkommission.

Im 6. Bezirk (SPÖ/ÖVP/Grüne) haben die FPÖ den Vorsitz im Umweltausschuss und die Grünen vier Kommissionsvorsitze erhalten (die Grünen nahmen stattdessen einige stv. Vorsitzende nicht in Anspruch). Der ÖVP wurden ebenfalls Vorsitzendenfunktionen angeboten, lehnte diese aber ab.

Im 7. Bezirk (Grüne/SPÖ/ÖVP) hat die ÖVP auf ihre stv. Vorsitzenden verzichtet; die Grünen haben der SPÖ den Vorsitzenden des Bauausschusses überlassen und stellen überall sonst den/die Vorsitzenden; den eigentlich der ÖVP zustehenden StellvertreterInnenposten nehmen teils die Grünen, teils die FPÖ (Umweltausschuss, Verkehrskommission) ein.

Im 9. Bezirk (SPÖ/ÖVP/Grüne) hat die SPÖ der ÖVP (*ad personam*) den Obmann des Bauausschusses und den Grünen den Obmann der Infrastrukturkommission (entspricht der Bezirksentwicklungskommission in anderen Bezirken) überlassen (und stellt hier stattdessen jeweils einen Stellvertreter).

Im 17. Bezirk (SPÖ/SPÖ/FPÖ) hat die SPÖ den Grünen den Vorsitz in der Sozialkommission und in den übrigen Ausschüssen/Kommissionen ihre Stellvertreterfunktion der ÖVP überlassen.

Im 19. Bezirk (ÖVP/SPÖ/ÖVP) ist Vorsitzender des Bauausschusses ein der SPÖ angehörender Architekt (die ÖVP hat hier *ad personam* auf den Vorsitz verzichtet), und in allen Ausschüssen/Kommissionen wurde die jeweilige ÖVP-Stellvertreterfunktion an die FPÖ bzw. die Grünen abgetreten.

Die Entwicklung zum „kommunalen System im Kleinen“

In manchen Bezirken wird bewusst gerade in den Ausschüssen und Kommissionen eine Art kommunales politisches System im Kleinen praktiziert – eben mit einem Nebeneinander von Bezirksvertretung (entsprechend einem Gemeinderat) und einem intensiven Arbeiten in Ausschüssen und Kommissionen (entsprechend Gemeinderatsausschüssen):

Was bei uns wahrscheinlich zum Unterschied zu allen anderen Bezirken sehr aktiv ist, ist das Leben in den Kommissionen und Ausschüssen. Wir haben überdurchschnittlich viele Kommissionen, und die tagen auch überdurchschnittlich oft. Und ich habe sie aufgeteilt auf alle Parteien. Wir haben 12 Kommissionen und Ausschüsse, und fünf davon haben die anderen Parteien. Wobei ich sagen muss, die ÖVP hat abgelehnt, also es haben nur die FPÖ und die Grünen Ausschussvorsitzende beansprucht, aber da wird dann wirklich gearbeitet. Ein großer Teil unserer Anträge wird in die Kommissionen und Ausschüsse

zur Beratung verwiesen und dort wirklich so lange oder so oft bis zur nächsten [BV-]Sitzung diskutiert, bis wir da wirklich einen Konsens erreichen. Bzw. einiges wird bis zur nächsten Sitzung sogar schon erledigt sein. Und wahrscheinlich schafft das dann auch Zufriedenheit bei den anderen. (BV 6)

Tatsächlich hat der 6. Bezirk eine Rekordzahl an Kommissionen: eine Frauenkommission, eine Integrationskommission, eine Jugendkommission, eine Katastropheneinsatzkommission, eine Kulturkommission, eine Planungskommission, eine Schulraum- und Kindergartenkommission, eine Seniorenkommission, eine Sozialkommission, eine Verkehrskommission, eine Wirtschaftskommission und eine Behindertenkommission. Zudem treten diese Kommissionen auch relativ häufig zusammen.

Generell hat der Stellenwert solcher Einrichtungen offensichtlich zugenommen:

Früher einmal, wie ich noch jung war, hat es immer geheißt, wenn man einen Antrag einem Ausschuss zuweist, ist das ein Begräbnis erster Klasse. Das erlebe ich wohlwollend mit, dass das bei uns nicht unbedingt der Fall ist, aber in vielen Bereichen es manchmal ganz sinnvoll ist, dass man es einem Ausschuss zuweist, weil man Beamte einladen kann, man abhören kann, was überhaupt möglich ist, bzw. im Ausschuss sagen kann, okay, lassen wir das einmal in einem Lokalaugenschein prüfen, bevor wir sagen, wir stimmen das ab, und dann bekommen wir zurück, dass das eh nicht realisierbar ist. Also da findet dann schon auch die Arbeit im Ausschuss statt. (BV 14).

Den BV ist freilich durchaus bewusst, dass *Kommissionen keine Entscheidungsgremien* sind:

Wobei die Kommissionen laut Verfassung eigentlich nur für das zuständig sind, von dem die Bezirksvertretung wünscht, dass die Kommission vorberät. Es ist natürlich in der Praxis wesentlich mehr; alles das, was eigentlich interessant ist an Verkehrsproblemen, wird dort zur Sprache gebracht und diskutiert. Aber natürlich, die Bezirksräte hören es nicht gern, aber das was dort besprochen oder beschlossen wird ist für Dich nicht bindend. Normalerweise will ich ja schon haben, dass dort gut beraten wird und dass etwas rauskommt, das mache ich auch gerne, wenn ich zuständig bin, aber ich bin nicht verpflichtet. Manche Dinge, die mir nicht gefallen, mache ich natürlich nicht.

F: Kommt das öfter vor?

Eher selten. aber in letzter Zeit schon hin und wieder, weil ich halte schon relativ viel von Verkehrsberuhigung. Und derzeit ist der Trend, zumindest bei uns in der Bezirksvertretung, wieder allgemein „keine unnötigen Schikanen“, und es gibt halt immer wieder Bezirksräte, die meinen, das seien Schikanen. Nur, der Fußgänger ist auch ein Verkehrsteilnehmer, vor allem dort wo Unfälle mit Fußgängern, aber auch mit Radfahrern häufiger sind als sonst, da muss man etwas tun. Und auch wenn die Verkehrskommission mehrheitlich oder einstimmig meint, dort brauchen wir nichts, mache ich es trotzdem, wenn ich es für sinnvoll halte.

F: Also da sitzen die Autofahrer drinnen?

Zum größeren Anteil, ja. Aber auch bei den Beamten, leider. Auch in der MA 46, Verkehrsabteilung, sind die Fußgänger nicht so gut vertreten. (BV 13)

Typisch für ein „parlamentarisches“ Ausschusssystem ist in Österreich (auf Nationalrats- wie Landtags-/Gemeinderatsebene), dass die zuständigen MinisterInnen bzw. StadträtInnen an Ausschusssitzungen teilnehmen. Dies ist zumindest bei den Ausschüssen der BV wohl das häufigste Muster. Allerdings nehmen einige BV bewusst *nicht* an den meisten Ausschuss- und Kommissionssitzungen teil:

Würde ich dort dabei sitzen, ziehe ich das automatisch an mich – da brauche ich ja keinen Vorsitzenden, da mache ich es gleich selber... Ich möchte mir den Rücken frei halten, um gegebenenfalls im Nachhinein Dinge korrigieren zu können oder zu beeinflussen. Wenn ich dort sitze, dann werde ich konfrontiert mit einer Frage, da erwartet man sich eine Antwort, ich habe gar keine Gelegenheit nachzudenken. Und da gibt es einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter, das funktioniert seit 13 Jahren blendend. Und ich bin dadurch frei. Was soll ich dort? Im Finanzausschuss, wo es um ein Geschäftsstück geht, das ich eh vorher unterschreiben muss? (BV 18)

Immer dann, wenn besondere Entscheidungen zu treffen sind, bin ich natürlich dabei. Aber sonst bespreche ich das mit meinen Ausschussvorsitzenden, wie es weitergeht, und ich bin Anhänger einer verteilten Arbeitsweise, weil dadurch mehr weitergeht. Mein Vorgänger war da eher eine Person, die das weitestgehend selbst entschieden hat, ich glaube aber, dass meine Vorgangsweise die ist, wo mehr bewegt wird. Denn jeder bringt Arbeit ein, jeder kann in der Zeit etwas weiterbringen. Würden wir alle uns gegenseitig bei Sitzungen binden, dann kann in der Zeit nichts anderes passieren. (BV 15)

4.5 Beziehungen zur Stadt und die Einschätzung des Status Quo der Bezirksautonomie

a) Kontakte zu BeamtInnen und StadträtInnen

Für die alltägliche Arbeit der BV ist eine *gute Arbeitsbeziehung zu den für den Bezirk zuständigen BeamtInnen, besonders zur mittleren BeamtInnenebene*, von entscheidender Bedeutung:

Man muss nicht den Bürgermeister unbedingt so kennen, man muss die Stadträte natürlich kennen, *aber wichtig sind immer die Beamten*. (...) Und was man auch als Politikerin tun muss –, erstens einmal bin ich eine Teamworkerin, ich bin keine Einzelkämpferin –, (das ist) seine Mitarbeiter, sprich die Bezirksräte, einzubinden und nicht anzuschaffen, *und das zweite ist auch immer die Beamtenschaft einzubinden*. (BV 16)

SPÖ-BV haben dies in den Interviews seltener angesprochen als ÖVP-BV – vermutlich aber nur deshalb, weil für sie die Identifikation mit „der Stadt“ und ihrem politisch-administrativen System (daher auch ihren BeamtInnen) eine Selbstverständlichkeit darstellt. Für ÖVP-BV ist diese Zusammenarbeit insofern weniger selbstverständlich, als die höhere Wiener BeamtInnenschaft politisch überwiegend sozialdemokratisch orientiert ist, eine beiderseitig vertrauensvolle Zusammenarbeit insofern erst *herzustellen* ist. ÖVP-BV haben darüber hinaus zweifellos einen gewissen Spagat zwischen Ihrer Landespartei, die seit 2001 wieder in Opposition zur Stadt-SPÖ steht, und ihren eigenen Konsensnotwendigkeiten mit der Stadtverwaltung und dem amtsführenden StadträtInnen zu leisten.

Für *große* Projekte, bei denen z.B. Zusatzfinanzierungen aus dem Zentralbudget notwendig sind, oder Projekte, die in der Kompetenz der Stadt liegen, ist natürlich auch ein entsprechender Draht zu den amtsführenden StadträtInnen von großer Bedeutung. Hier wirkt sich aus Sicht eines Teils der ÖVP-BV die neuerliche absolute SPÖ-Mehrheit auf Stadtebene natürlich deutlich aus:

Naja, man merkt schon die Demut der Alleinmacht. (BV 8; ähnlich BV 4)

Für den BV des 1. Bezirks ist die Tatsache, dass die ÖVP nicht mehr in der Stadtregierung vertreten ist, hingegen wenig zu bemerken:

Was den Bezirk betrifft nicht. Das sind aber auch meine persönlichen Kontakte zum Rathaus.

F: Beziehen Sie „persönliche Kontakte“ eher auf die Beamten oder die Stadträte?

Auch auf die Stadträte. Und da gibt es leider oft Phasen, wo die ÖVP dann sagt im Bezirk, ich hätte ein zu starkes Naheverhältnis zu den Roten, also zu den Sozialdemokraten. Das hat für manchen vielleicht den Anschein, stimmt auch so, das will ich auch nicht abstreiten, ABER ich kann auf diese Art für den Bezirk viel mehr erreichen und rausholen. Der Bezirk hat ja nur ein bestimmtes Bezirksbudget, dann gibt's aber Sachen, die zu gestalten sind, wo ich aufgrund dieser Gespräche und Kontakte aus dem Zentralbudget enorme Mittel bekomme. Indem wir uns gut verstehen, ist das leichter. (BV 1)

Ähnlich der Doyen der ÖVP-BV:

Der Draht in die Stadtpolitik, das kann ich so sagen, ist ein ausgesprochen guter. Mit dem Bürgermeister Zilk hat mich insofern sehr viel verbunden, weil der Zilk auch eine ähnliche Art hatte wie ich, er war ein sogenannter Machertyp. Ihm ist daran gelegen, dass er etwas umgesetzt hat. Ob das jetzt der Straßenkehrer war oder das mit den Radfahrern, oft auch kleine Dinge – so ist meine Art im 19. Bezirk. Und daher haben wir uns sehr gut verstanden, und wenn ich mit ihm irgendwo gegangen bin und gesagt habe, Du, Herr Bürgermeister, schau Dir das da an, das ist doch ganz furchtbar, dann haben wir in den guten 10 Jahren, in denen er Bürgermeister war, kein einziges Fax gebraucht, keinen Brief, sondern wir haben entweder persönlich gesprochen – da hat er gesagt, ja, mach ich, waaßt eh –, und dann war das erledigt, oder wir haben telefoniert und dann war das erledigt, oder er hat mir ganz ehrlich gesagt, Du, das kann ich nicht machen, oder ich habe da eine andere Meinung, da hat man auch gewusst, wie man dran ist. (...)

Auf der Beamtenebene gibt es im Grunde genommen überhaupt kein Problem, und zwar deshalb nicht, weil ich ja 25 Jahre im Amt bin und daher fast alle verantwortlichen Beamtinnen und Beamte *persönlich kenne*. Also wenn man da am Telefon anruft, wissen die, wie der glatzerte Tiller aussieht, und ich weiß, wie das Vis-a-vis aussieht, und daher spricht man sich leichter. Es ist auch nicht so, dass immer alles funktioniert, aber im Großen und Ganzen gibt es da eine unheimlich gute Gesprächsbasis, und im Rahmen der Stadt Wien ist es schon auch sehr notwendig, dass man die verantwortlichen Spitzenbeamten kennt und das eine oder andere Problem ohne einen Stadtrat lösen kann. (BV 19)

Und ebenso wie die beiden soeben zitierten Politiker betonte auch der BV des 13. Bezirks prägnant:

Aber ich bin wie gesagt auch aus meiner Arbeit heraus kein Oppositionspolitiker. (BV 13)

Obwohl SPÖ-BV im allgemeinen wohl einen deutlich einfacheren Zugang zu den amtsführenden StadträtInnen haben, wird auch ihnen offensichtlich nichts „geschenkt“, auch sie müssen die Erfahrung machen, dass Stadtinteressen vor Bezirksinteressen gestellt werden können:

Also bei den Stadtpolitikern im Sinne von Stadträten ist der Kontakt bei Sachthemen schon gegeben, aber ich merke, dass es auch für einen Politiker eines großen Bezirks nicht immer leicht ist, von dem Stadtrat die Beachtung zu dem Thema zu finden. (BV 21)

b) Einschätzungen der BV zum Status Quo der Bezirksautonomie

Die Bezirksautonomie schafft zweifellos zusätzliche lokale politische Partizipationsmöglichkeiten und die Gewähr, dass lokale Belange im Wiener politisch-administrativen System systematisch berücksichtigt werden. Sie trägt offensichtlich maßgeblich zur Bürgernähe der Wiener Politik und Verwaltung und führt in einigen Bereichen sicher auch zu anders gelagerten Schwerpunktsetzungen: Der Dezentralisierungsschritt 1997 (bei dem z.B. die Kompetenz für die Erhaltung der Pflichtschulen zu den Bezirken gekommen ist) hat z.B. maßgeblich zu einem landesweit implementierten Schulsanierungsprogramm beigetragen. Interessant ist aber, dass die *Kehrseite* nur von einem BV – der sich mit dem erreichten Status Quo durchaus zufrieden zeigt – ausdrücklich angesprochen wird:

Ich glaube, dass es richtig war, dass es diese Dezentralisierung in ihrer jetzigen Form gibt, weil wir vor Ort etwas oft viel leichter beurteilen können als die in der Ferne. *Aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass das keine Verwaltungsvereinfachung, sondern eine Verkomplizierung und viel mehr Papieraufwand mit sich gebracht hat.* (BV 21).

Die parteipolitische Besetzung des Themas „Bezirksautonomie“ war in den 1980er und 1990er Jahre eindeutig. Es wurde bereits angesprochen, dass die ÖVP z.B. für die Direktwahl der BV durch die Bezirksbevölkerung bzw. die Grünen für deren (Mehrheits-)Wahl durch die Bezirksvertretung eintreten. Die SPÖ hingegen ist mit dem institutionellen Status Quo weitgehend zufrieden, hat aber ihrerseits 2002 mit der Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts auch für (bereits seit fünf Jahren ansässige) Nicht-EU-StaatsbürgerInnen für die Bezirksvertretungen¹⁸ ihrerseits (gegen den vehementen Widerstand von ÖVP und FPÖ) für die Bezirksebene spezifische demokratiepolitische Akzente gesetzt.

Bei den folgenden Ausführungen soll es aber vor allem um die *Kompetenzsituation* der Bezirke gehen. Die Forderung nach einer Ausweitung der Bezirksautonomie wurde am vehementesten von ÖVP-BV und der Stadt-ÖVP erhoben. Pointiert (und dann mit einer Reihe kleinerer Beispiele unterfüttert) der BV des 19. Bezirks:

Ich würde mir einen Schritt drei der Dezentralisierung wünschen, weil wir viele Dinge in den Bezirken einfacher, rascher, unbürokratischer und natürlich billiger machen können. (BV 19)

Dass diese Wünsche zumindest in der Öffentlichkeit v.a. von ÖVP-Seite artikuliert wurden, hängt natürlich maßgeblich auch damit zusammen, dass die informellen Einflussmöglichkeiten von SPÖ-BV zumeist besser als diejenigen der ÖVP (oder des grünen BV) sind:

Da muss man natürlich schon sagen, dass es einen enormen Unterschied macht, welche Färbung der Bezirk hat. Ein kleiner schwarzer Innenstadtbezirk tut sich da natürlich um einiges schwerer als mancher rote große Bezirk, sage ich mal. Jetzt unabhängig davon, ob der Bezirk die Kompetenz hat oder nicht. (BV 4)

Ein weiterer Ausbau der Dezentralisierung ist freilich derzeit offensichtlich nicht aktuell. Darüber hinaus sehen sich die BV – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – mit tenden-

¹⁸ Das passive Wahlrecht erstreckt sich aus verfassungsrechtlichen Gründen (behördliche Funktionen) allerdings nicht auf die Funktionen von BV, BV-StV und die Mitgliedschaft im Bauausschuss.

ziell geringer werdenden Spielräumen ihrer Bezirksbudgets konfrontiert (was in Zeiten angestrebter „Maastricht-Budgets“ bzw. „Nulldefizite“ und einer politisch andersfärbigen Bundesregierung samt der daraus resultierenden schlechteren Ausgangsposition in Finanzausgleichsfragen freilich auch für das Wiener Gemeindebudget gilt). BV Lacina, langjährig erfahrener Verhandler derartiger Agenden auf Seite der SPÖ-BV, kritisierte etwa die Tendenz im Stadtmagistrat, den Bezirken zunehmend Kosten für Tätigkeiten aufzubürden, die zuvor von Magistratsbediensteten erledigt wurden, die nach deren Pensionierung und Nicht-Nachbesetzung nun aber von den Bezirken als Sachaufwand extern zugekauft werden müssen. (BV 20)

Kritischer der Befund aus Sicht einer ÖVP-BV:

Es ist Spielraum für die Bezirke da, ihre Projekte zu machen, aber es ist ein sehr geringer. Und wenn dann Budgets gekürzt werden und woanders wieder zusätzliche Töpfe aufgemacht werden, die aber nur für bestimmte Dinge sind, dann ist das ein gewisser Lenkungseffekt (BV 4).

..., und zwar ein Lenkungseffekt in eine Richtung, die nicht die Zustimmung dieser BV fand. Angesprochen auf ihre konkreten Wünsche für künftige Änderungen, formulierte BV Reichard diese folgendermaßen:

Bei der Dezentralisierung hat es damals (1998) geheißen, es wird weiter ausgebaut, dass auch mehr Budgets kommen. Da hat es geheißen, das geht auch für andere Bereiche weiter, weil ja eigentlich nur die damals schwarzen Ressorts in die Dezentralisierung gegangen sind, das waren die Planung, was die Straßenplanung betrifft, und das Kulturbudget mit den Bezirkskulturbudgets. Eigentlich nicht viel mehr, wenn man ehrlich ist. Und was wirklich notwendig wäre, das wäre irgend ein Topf für Sozialfälle. Es gibt zwar einen Sozialtopf, das sind 700 Euro im Jahr, wo man Notfällen aushelfen kann, aber das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aber vor Ort weiß man, welche Vereine was leisten und wo Unterstützung brauchen, auch die diversen Sportvereine; also auch Sport- und Freizeitbereich. Da wäre es ganz wichtig, wenn die Bezirke auch dezentrale Mittel a la Kulturbudget hätten. Dass man die Bezirksvereine vor Ort fördern kann, denn die sind chancenlos, von oben etwas zu bekommen, weil sie zu klein sind und weil auch nicht das Wissen da ist, wer wirklich vor Ort etwas leistet für den Bezirk, die Bevölkerung, die Kinder, die Älteren. Da merkt man, es ist einfach gestoppt worden. (BV 4)

Dies ist ein Befund, der offensichtlich generell für *nicht von der SPÖ gestellte* BV gilt. Der grüne BV des 7. Bezirks etwa formuliert:

Ich würde mir denken, dass es beispielsweise im Sozialbereich durchaus Einrichtungen geben sollte, die die Bezirke organisieren. Bei den Sozialämtern gibt es ja die Tendenz, das zu zentralisieren, es gibt ja nicht einmal mehr in jedem Bezirk eines, das im 7. soll in zwei Jahren auch weg kommen. Und ich denke mir, das sind Einrichtungen der Stadt, die eigentlich zentral in einen Bezirk gehören und wo auch der Bezirk die Möglichkeit hätte, Aufgaben zu übernehmen. Oder grundsätzlich soziale Einrichtungen, weil man hier näher an den Leuten ist.

[Wenig sinnvoll seien z.B. Budgetkompetenzen wie die für Beleuchtung...] aber andere Sachen, die den Bezirk mehr und näher betreffen, könnten und sollten im Bezirk entschieden werden können. Mit Aufgaben und mit Geld, und damit Personal und all dem. Das ist natürlich ein großer Schritt, weil man damit de facto den Magistrat in gewissen Bereichen entmachtet. (BV 7)

Durchaus ähnlich (wenn auch naturgemäß ohne parteipolitische Spitzen) der Befund einer SPÖ-Vorsteherin, ebenfalls aus einem kleinen Innenstadtbezirk:

Der Nachteil ist, dass wir in vielen Bereichen ja nicht wirklich die Möglichkeit haben, etwas entscheidend zu beeinflussen. Wir haben Mitsprache, Mitwirkung und Anhörung, aber in 80% der Fälle geht es nur um die Anhörung, die Mitwirkung ist auch ein sehr schwaches Instrument und die Mitsprache de facto genauso. Denn in Wirklichkeit sind es die Fachabteilungen, die aus ihrer Fachkompetenz heraus die Entscheidungen zu treffen haben, und das ist der große Nachteil. (BV 6)

Grundlegende *institutionelle Reformvorschläge* werden nur ansatzweise vorgebracht. ÖVP-BV artikulieren teilweise den Wunsch nach Mitsprache bei den Magistratischen Bezirksämtern (BV 18). Vereinzelt wird der Gedanke artikuliert, geschäftsführende BR zu schaffen, die im Unterschied zu den übrigen BV häufig an Ausschuss- und Kommissionssitzungen teilnehmen, Augenscheinsverhandlungen absolvieren usw., und dafür auch entsprechend besser bezahlt werden sollten (BV 8). Aber generell herrscht zugleich der Eindruck vor, dass es vor allem darauf ankomme, was die AmtsinhaberInnen aus ihrem Amt tatsächlich machen würden:

F: Wie zufrieden sind Sie eigentlich mit den Kompetenzen, die Sie haben?

Ich bin an sich zufrieden, *weil ich umgehen gelernt habe damit*. Natürlich, es ist nicht befriedigend, wenn man zum Beispiel – viele Kollegen klagen, ich habe das Problem Gott sei Dank nicht – im Bereich der MA 46/Verkehrsorganisation etwas haben will, und der Beamte, der das nicht machen will, macht es halt nicht, und man hat keine Möglichkeit, Weisungen zu geben. Ich habe das anders... ich habe regelmäßig Besprechungen mit den Kollegen [=Beamten], und die machen das selbstverständlich, wenn es sinnvoll ist. Einfach durch das gute Verhältnis und den guten Umgang, und durch die lange Praxis natürlich auch, die wir haben. Also es geht auch ohne Weisungen. Aber es wäre natürlich einfacher in vielen Fällen, wenn man die Möglichkeit hätte. Also ich brauche diesbezüglich keine Änderung, auch wenn ich mir manchmal denke, es wäre hilfreicher, Überzeugungsarbeit ist halt aufwändiger. Aber sie ist vielleicht wirksamer. (BV 13)

Der Wunsch, über das Instrument einer möglichen Weisung verfügen zu können, wird in der Interviewpassage (auch den anschließenden Ausführungen im selben Interview) zwar durchaus deutlich, ebenso aber das Bewusstsein, dass es auch ohne Weisungen geht, nicht zuletzt, *weil ein gutes Verhältnis zum BV umgekehrt durchaus auch die Handlungsmöglichkeiten der BeamtInnen erweitern kann, die Vorteile eines guten Einvernehmens also wechselseitig sind*:

Denn die Beamten haben am Anfang der Dezentralisierung damit ja genau genommen auch nicht umgehen wollen. Sie sind aber draufgekommen, dass es vielleicht doch auch angenehmer ist, als wenn man nur vom Chef in der Abteilung den Auftrag bekommt und das dann machen muss. Sie haben ja Gestaltungsmöglichkeiten, glaube ich. Und es ist ja nicht so, dass man als BV mit einer fixen Meinung hingeht, ‚ich will das haben, und Du machst das jetzt‘, sondern man redet ja, welche Lösung am sinnvollsten ist. Und wenn es sinnvoll ist, ist es auch klar, dass man es macht. (BV 13)

Nicht so sehr der Wunsch nach erweiterten Tätigkeitsbereichen, wohl aber nach effektiveren Gestaltungsmöglichkeiten wird in folgenden Ausführungen eines SPÖ-BV angesprochen:

Ich sage nicht unbedingt, ich möchte viel mehr Bereiche und Tätigkeitsfelder haben, denn wenn nicht gleichzeitig Personal dazu kommt, kann man das sowieso nicht beherrschen.

Was mich am meisten bedrückt und einengt und wo ich mir mehr Gestaltungsspielraum erwarten würde, ist einfach flexibler reagieren zu können auf Bauvorhaben. Ich sage Ihnen ein konkretes Beispiel: Firmen kommen zu mir und sagen, wir haben die Chance, jetzt zu investieren, wir haben vom amerikanischen Mutterkonzern Geld zur Verfügung gestellt bekommen, wir können ein Forschungszentrum hier im Bezirk einrichten, aber das muss innerhalb des nächsten halben Jahres passieren, sonst ist das Geld wieder weg. Und dann beginnt die Uhr zu laufen und dann wird es ganz grimmig, weil man dann versuchen muss, dieses Vorhaben durchzukriegen. (...) das ist insofern ein großes Bezirksproblem, weil wir eben sehr viele Betriebe haben, und weil wir immer wieder diese Fälle haben, wo Betriebe binnen kurzer Zeit investieren müssen. (...) *Also ich möchte nicht mehr Kompetenzen, ich möchte nicht mehr Betätigungsfelder, aber ich möchte ein bisschen mehr Gestaltungsspielraum in diesen Feldern, wo wir schon tätig sind.* (BV 23)

Bemerkenswert ist, dass etwa die beiden SPÖ-Vorsteher der transdanubischen Bezirke und ähnlich die BV des größten Bezirks, Favoriten (BV 10), die genau genommen schon für sich betrachtet im österreichischen Kontext bereits große Städte bzw. kleine Bundesländer sein könnten, die Bezirkskompetenzen als durchaus ausreichend erachten (siehe auch die eingangs zitierte Interviewpassage mit Heinz Lehner, BV 21):

Man kann mit dem, wie es ist, ganz gut leben, es kommt natürlich darauf an, was man daraus macht. Ich denke, und da muss ich schon über den Tellerrand hinausschauen, ich bin ja für Wien tätig. Würde man die Autonomie der Bezirke hinauslagern, ist das für Wien nicht wirklich gut. Man soll die Sachen schon ein bisschen in der Hand haben. Dass es dann dort und da welche gibt, die ein bisschen an der langen Leine herumlaufen,¹⁹ ja, soll so sein. Und dann sage ich, ich bin wirklich im wahrsten Sinne des Wortes für Wien tätig, es geht mir ja nicht nur um den Bezirk, es geht mir um die Bundeshauptstadt. (BV 22)

Dies ist zweifellos auch darauf zurückzuführen, dass die Wünsche derart großer Bezirke bzw. ihrer „Bezirksbürgermeister“ in Wien zweifellos ein großes Gewicht haben und die dortigen Bezirksparteiorganisationen auch innerhalb der Stadt-SPÖ zweifellos absolute „Schwergewichte“ darstellen; zahlreiche Gemeinderäte und sonstige wichtige innerparteiliche AmtsträgerInnen sind hier verankert. Es ist evident, dass Wünsche derartiger Bezirke innerhalb des SPÖ-Rathausklubs zweifellos gewichtiger als die kleiner Innenstadtbzirke sind. Die Zufriedenheit mit den vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten und Kompetenzen erklärt sich also wohl zuallererst aus den realen Gestaltungsspielräumen der AmtsinhaberInnen.

4.6 Schlussbemerkung

In diesem Kapitel wurde ein Überblick über die Beziehungen der Parteien in den Bezirksinstitutionen gegeben. Weiters wurden auch die übrigen BezirkspolitikerInnen der jeweiligen Mehrheitspartei analysiert. *Ziel war eine geraffte Darstellung des parteipolitischen und institutionellen Umfeldes, innerhalb dessen die BV politisch agieren und das zweifellos auch prägende Rückwirkungen auf ihr eigenes Amtsverständnis hat.* Für die Beschreibung der

¹⁹ Aus dem Interview wurde sehr deutlich, dass BV Effenberg selbst zweifellos einer dieser BV ist, die da „an der langen Leine herumlaufen“.

Beziehungen zwischen den Parteien wurde eine Reihe möglicher Erklärungsfaktoren und deskriptiver Indikatoren präsentiert.

Ziel dieses Kapitels war hingegen *nicht* eine *thematisch umfassende vergleichende Darstellung der Wiener Bezirkspolitik*, weil dies aufgrund der begrenzten Ressourcen, die für die hier dokumentierte Forschungsarbeit zur Verfügung standen, nicht möglich gewesen wäre. Wie schon im Einleitungskapitel beschrieben, ist eine derartige breiter angelegte Arbeit, die sich nicht nur auf Interviews mit *den BV* stützt, sondern in einigen ausgewählten Bezirken auch die übrigen BezirkspolitikerInnen systematisch in den Kreis der Befragten einbezieht und auch die Ebene der konkreten policies, das heißt der auf dieser Ebene verfolgten politischen Inhalte, systematisch dargestellt, allerdings in Vorbereitung.

Literatur

- Dachs, Herbert/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Franz Horner/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.) (1997). Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. 3., erweiterte und völlig neubearbeitete Auflage, Wien.
- Gerlich, Peter/Helmut Kramer (1969). Abgeordnete in der Parteiendemokratie. Eine empirische Untersuchung des Wiener Gemeinderates und Landtages, Wien.
- Heinrich, Hans-Georg (1989). Politische Kultur in Wien, in: Hans-Georg Heinrich/Alfred Klose/Eduard Ploier (Hg.): Politische Kultur in Wien. Gewidmet Heinrich Schneider, Linz, S. 18-27.
- Heinrich, Hans-Georg/Slawomir Wiatr (1991). Political Culture in Vienna and Warsaw, Boulder u.a.
- Institut für Konfliktforschung (2000). Demokratie in der kleinen Einheit: Politische Graswurzeln am Beispiel des Ersten Wiener Gemeindebezirks (Projektleiter: Anton Pelinka, Verfasser: Hubert Sickinger, Finanzierung: Magistrat der Stadt Wien, MA 18 Wissenschafts- und Forschungsförderung), Wien: Institut für Konfliktforschung, Juni 2000.
- Müller, Wolfgang C. (1988). Patronage im österreichischen Parteiensystem. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien/Köln/Graz, S. 457-487.
- Müller, Wolfgang C./Marcelo Jenny/Barbara Steininger/Martin Dolezal/Wilfried Philipp/Sabine Preisl-Westphal (2001). Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten, Wien.
- Müller, Wolfgang C./Josef Melchior (1992). Parteien und Parteiensystem in Wien, in: Herbert Dachs (Hg.): Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945 – 1991, Wien/München, S. 533-604.
- Rauchenberger, Josef (Hg.) (1990). Bezirksvertretungen in Wien, Wien.
- Rauchenberger, Josef (Hg.) (1994). Stichwort Demokratie. 50 Jahre Zeitgeschehen. Politisches Handbuch, Wien.
- Sickinger, Hubert (2002). Demokratie in der kleinen Einheit. Wien, Innere Stadt – Eine Fallstudie, Wien.
- Steininger, Barbara (1998). Zwischen Konflikt und Konsens: Frauen im politischen System Österreichs, in: Beate Hoecker (Hg.): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen, S. 275-296.
- Welan, Manfred (2002). Die Bezirksvorsteher der Bundeshauptstadt Wien. Neue überarbeitete Fassung Jänner 2002, Dokumentation Nr. 20-Dok-2002, Institut für Wirtschaft, Politik und Recht, Universität für Bodenkultur Wien.